

Info-Blatt 74

Zeitung für internationalistische und emanzipatorische Perspektiven und so

Juli 2009



Schwerpunkt: zuhören

Liebe Leserinnen und Leser,

im Rahmen unseres Selbstverständnisses, soziale Bewegungen in Mittelamerika solidarisch zu unterstützen und interessierte Menschen hier über die dortigen Entwicklungen zu informieren, ist Zuhören für uns von zentraler Bedeutung. Der Artikel „Warum wir schwerhörig sind“ versucht, verschiedene Aspekte des Themas zu beleuchten und interpretiert Kommunikation als Machtverhältnis.

In dem Artikel „Nicaragua zuhören“ reflektieren wir am Beispiel des Wandels unserer Einschätzung der Politik der FSLN im Laufe der vergangenen 25 Jahre das Selektive beim Zuhören. Der Artikel stellt sich kritisch die Frage „Wem hören wir zu und was bewirkt dies bei uns?“ Bei dem Artikel „Zuhören und Selbstbemächtigung“ von Brigitte Hauschild und dem Interview mit Vertreterinnen der nicaraguanischen Organisation „Aguas bravas“ geht es um die Bedeutung des Zuhörens bei der Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs.

Das Manifest der Anderen Kampagne setzt sich auseinander mit dem Kampf zwischen Oben und Unten: anstatt den Oberen zuzuhören, ziehen es die Unteren vor, sich selbst zuzuhören.

Seit dem 1. Juni 2009 amtiert in El Salvador mit Mauricio Funes ein neuer Präsident. In den Wahlen im März siegte er für die FMLN und beendete damit eine zwanzigjährige Herrschaft der rechten ARENA-Partei. Einen Eindruck von der Umbruchs- und Aufbruchsstimmung, die nach diesem historischen Wahlsieg in El Salvador herrscht, vermittelt der Artikel „Tropischer Obstsalat“ von Ulf Baumgärtner.

Seitdem Daniel Ortega in Nicaragua wieder Präsident ist, war unsere Berichterstattung dazu überwiegend kritisch. Diesmal kommt mit Douglas Moran vom Movimiento Comunal jemand zu Wort, der die Politik der Re-

gierung Ortega von deren positiven Auswirkungen auf die Landbevölkerung her beurteilt. Wobei wir seine Meinung nicht in allen Punkten teilen. Ganz anders ist die Einschätzung von Carlos Ruiz, der auch beim Movimiento Comunal engagiert ist. Sein Artikel „Kritik und Befürchtungen gegenüber der Regierung Daniel Ortegas“ finden wir sehr bemerkenswert, weil Carlos Ruiz von einem dezidiert linken Standpunkt ausgehend zu einer strikten Ablehnung der FSLN unter Daniel Ortega kommt.

Mexiko hat es in den letzten Monaten auch bei uns wieder einmal in die Schlagzeilen geschafft. Dies hat es der von der WHO als Pandemie eingestuftene Schweinegrippe zu verdanken. Dass es dabei in Mexiko nicht nur um Gesundheitspolitik geht, war den Nachrichten bei uns nicht zu entnehmen. Der Artikel „Schweinegrippe Pandemie: Sind wir Mexikaner schuld?“ beleuchtet das Phänomen Schweinegrippe unter dem Aspekt der Menschenrechte in einem Land, das seit langem mit täglichen Morden und Straflosigkeit leben muss.

Mit dem Artikel von Eva Bahl „Antisemitismus in der lateinamerikanischen Linken“ möchten wir ein Problem ansprechen, das über unseren eigenen Interessensraum Mittelamerika hinaus weist. Das Thema ist mit diesem Artikel nur angerissen, wir werden darauf zurückkommen.

Das Interview mit Jürgen Wagner zur Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit soll in den neuen Arbeitsschwerpunkt „EU-Außenpolitik“ des Ökumenischen Büros einführen. Wir wollen damit auch auf das von uns im Herbst geplante Seminar zu diesem Thema hinweisen.

Wir danken Julia Jäckel für das Titelbild

Das Redaktionskollektiv

Inhaltsverzeichnis

zuhören

Warum wir schwerhörig sind ...	
Zuhören, Macht, Verlernen	3
Nicaragua zuhören	6
Zuhören und Selbstbemächtigung	10
Wir sind ins Wasser gesprungen ...	12
Auszüge aus dem Manifest der anderen Kampagne	15

El Salvador

Tropischer Obstsalat, Der 1. Mai in San Salvador	18
--	----

Nicaragua

Konkrete Fortschritte für die Basis	21
Die Taktik war in Wirklichkeit Strategie	24

Mexiko

Schweinegrippe Pandemie: Sind wir Mexikaner schuld?	28
---	----

Antisemitismus

Der Feind deines Feindes als besserer Freund?	31
---	----

Rezensionen

Aufbruch nach Nicaragua	34
Somos Viento	34

Europäische Union

Morgens Nahrungsmittel verteilen, mittags bombardieren und abends eine Schule aufbauen	35
--	----

Impressum:

Das Info-Blatt wird herausgegeben vom Ökumenischen Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V., Pariser Str. 13, 81667 München.

Telefon: 089 - 448 59 45
Telefax: 089 - 48 76 73
E-mail: info@oeku-buero.de
Homepage: www.oeku-buero.de

Konto: 561 76 258, SSK München, BLZ 701 500 00

Flugdienst: 089 - 89 22 49 61 / Fax -62

E-mail: flug@oeku-buero.de

Redaktion und Layout: Babs Kwapkowski, Detlef von Bismarck, Eberhard Albrecht (ea), Eva Bahl (eb), Eva-Maria Bach, Kaus Pinzek, Marianne Walther, Ruth Weizel, Zara Pfeiffer (zp)

Fotos: Ökumenisches Büro

Druck: ulenspiegel druck gmbh, Andechs

Auflage: 1.000

Onlineausgabe unter www.oeku-buero.de

V.i.S.d.P.: Klaus Pinzek (Ökumenisches Büro)

Das Infoblatt des Ökumenischen Büros wird gefördert durch die



Landeshauptstadt
München
Kulturreferat

Warum wir schwerhörig sind ...

Zuhören, Macht, Verlernen

[zp] „Ich bin schwerhörig“, so der Kommentar von Eberhard, einem Mitglied der Redaktion, als wir uns bei der Suche nach einem geeigneten Schwerpunkt für das Infoblatt das Thema *zuhören* ausgedacht haben. Was es bedeutet, schwerhörig zu sein, hat in den Diskussionen der Redaktion in den letzten Wochen und Monaten immer wieder eine wichtige Rolle gespielt. Nun sind wir nicht unter die Mediziner_innen gegangen und haben auch nicht die technischen Besonderheiten von Hörgeräten diskutiert. Was uns an dem Thema *zuhören* vor allem interessiert hat, war die Frage nach dem Verhältnis zwischen Zuhören und Macht. Was können wir hören und was nicht? Wie wird über Zuhören Macht ausgeübt? Wem hören wir zu und wem hören wir nicht zu? Welche Herrschaftsverhältnisse strukturieren die Beziehung zwischen Zuhörenden und Sprechenden? Welche Schwierigkeiten ergeben sich bei einem Zuhören auf internationalistischer Ebene und wie können wir mit diesen Schwierigkeiten umgehen? Warum wollen oder können wir manche Dinge einfach nicht hören? Warum sind wir schwerhörig?

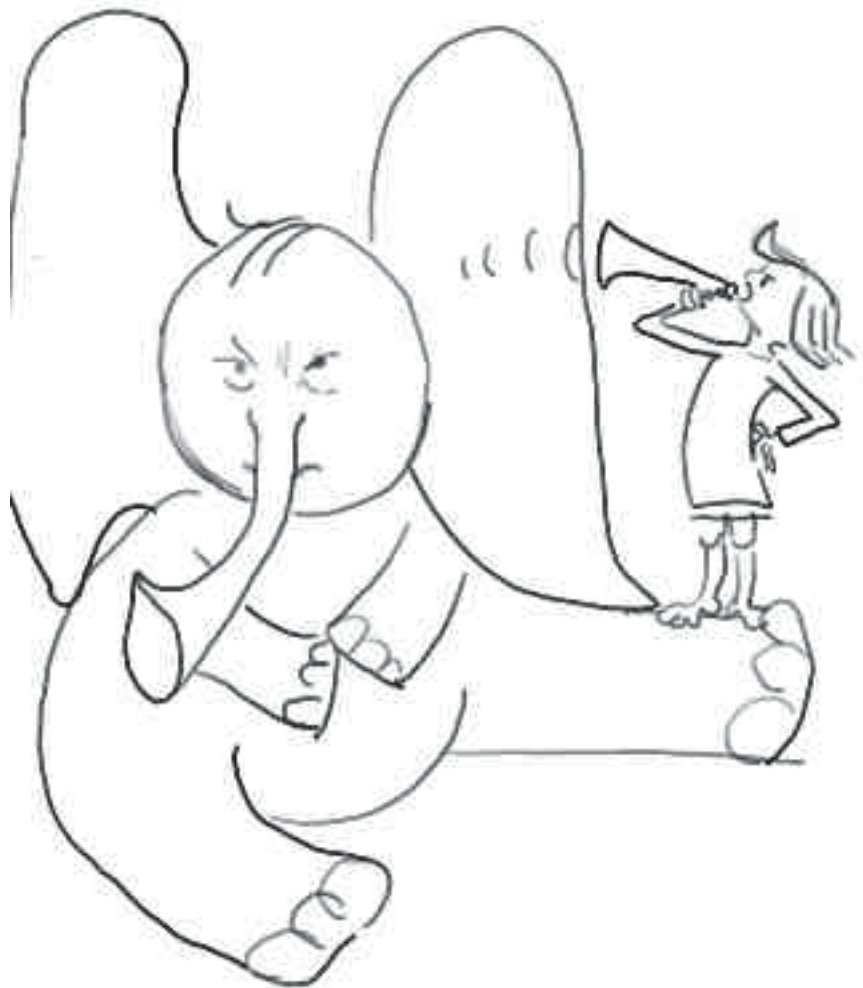
... was am Ende ankommt?

Flüsterpost. Wer kennt sie nicht? Am Anfang steht ein Satz, den sich die Teilnehmer_innen nacheinander zuflüstern und am Ende der Reihe ist dieser Satz meistens mehr oder weniger verändert, unverständlich und unsinnig. Soweit das Spiel. Für uns interessant ist in erster Linie die Differenz zwischen dem Gesagten und dem Gehörten, die in diesem Spiel deutlich wird. Die Person am Anfang der Reihe hat wenig bis keine Kontrolle über den Weg und die Entwicklung, die ihre Äußerung nimmt. Während bei der Flüsterpost die Kluft zwischen Ausgangssatz und Endsatz relativ ein-

fach aufgelöst werden kann, gestaltet sich dies in der alltäglichen Kommunikation wesentlich schwieriger und wird bisweilen unmöglich. Denn worauf die Flüsterpost offen hinweist, wird außerhalb des Spiels häufig nicht einmal registriert. Wem wir zuhören, was wir hören können und was wir davon verstehen oder sogar merken, ist höchst selektiv und keinesfalls zufällig, sondern geprägt von unseren bisherigen Erfahrungen, von unserem sozialen und kulturellen Umfeld, unserer persönlichen Lebenssituation, unserer momentanen Stimmung, unseren politischen Einstellungen etc. Bewusst und unbewusst wählen wir aus, wen oder was wir hören wollen und ernst neh-

men und wen oder was nicht, wobei unsere Entscheidung keinesfalls frei ist von Machtstrukturen und Herrschaftsverhältnissen.

Zuhören ist hegemonial strukturiert. Was gesagt wird, muss innerhalb einer bestimmten Struktur und auf bestimmte Art und Weise gesagt werden, damit wir es auch hören können. Dabei kann Zuhören ebenso eine Form der Machtausübung sein wie Nicht-zuhören. Roland Barthes unterscheidet arrogantes und serviles Zuhören^[1] und Christina Thürmer Rohrer differenziert Zuhören nach oben und Zuhören nach unten folgendermaßen: „Grob gesagt ist es das Privileg dominanter Gruppen, daß sie sich jederzeit Gehör ver-



Zeichnung: Julia Jäckel

schaffen können und das Zuhören nach unten nicht nötig haben – es sei denn zum Zweck des Abhörens und Aushorchens. Umgekehrt ist es die Realität dominierter Gruppen und Minderheiten, daß sie in der Mehrheitsgesellschaft kein Gehör finden und zum eigenen Schutz aufs Zuhören nach oben angewiesen sind.¹²¹

Kann die Subalterne sprechen?

In der internationalistischen Auseinandersetzung verschärft sich die Kluft zwischen Gesagtem und Gehörtem noch einmal. Ohne interkulturelle Kommunikationsklischees bedienen zu wollen, jede Übersetzung ist eine Bedeutungsverschiebung. Ein Dilemma, das sich auch uns als Infoblatt-Redaktion immer wieder stellt, ist nicht nur die Übersetzung, sondern auch der Umgang mit dem Kürzen von Texten und Interviews, bei dem wir immer wieder mit der Frage konfrontiert werden, was wir hören wollen und was nicht. Gerade weil wir uns als Teil einer internationalistischen Solidaritätsbewegung verstehen, agieren wir in einem strukturellen und globalen Macht- und Ausbeutungsverhältnis, das wir kritisieren und keinesfalls reproduzieren wollen. Dass uns dies nicht immer gelungen ist und gelingt, versuchen wir immer wieder auch zu reflektieren. Gestolpert sind wir dabei vor allem über die Idee, ein *Sprachrohr* zu sein für die Unterdrückten dieser Welt und über die Versuche, für die Bewegungen und Menschen zu sprechen, mit denen wir solidarisch sind.

Die postkoloniale und feministische Literaturwissenschaftlerin Gayatri Chakravorty Spivak hat mit ihrem Text *Can the Subaltern speak?* auf genau dieses Problem der Repräsentation hingewiesen. Spivaks Antwort auf die Frage *Können Subalterne sprechen?* lautet *Nein*. Am Beispiel der indischen Witwenverbrennung erläutert sie, dass eine Artikulation von eigenen Interessen für die indischen Frauen im kolonialen und patriarchalen Indien unmöglich war. Egal, wie sie sich zur Witwenverbrennung verhielten, ihre Äußerungen wurden entweder durch die Brille der Kolonialherren oder durch die Brille

des einheimischen Patriarchats gelesen. Für die englische Kolonialmacht galten sie als Beispiel für die rückständige und barbarische indische Gesellschaft, welche folglich völlig zu Recht kolonialisiert und zivilisiert werden musste. Für die patriarchale indische Gesellschaft dagegen wurden sie als Bewahrerinnen der lokalen Tradition gefeiert. Eine dritte eigene Position so zu artikulieren, dass sie als solche wahrgenommen wurde, war vor diesem Hintergrund faktisch unmöglich. Was Spivak mit diesem Beispiel deutlich macht, ist, dass Subalterne nicht sprechen können. Nicht, weil sie nicht in der Lage sind, sich zu artikulieren, sondern weil das, was sie zu sagen haben, nicht gehört wird oder in einer Art und Weise gehört und verinnahmt wird, die wenig bis nichts mit dem zu tun hat, was sie tatsächlich beabsichtigen zu sagen. Es geht also, wie Nikita Dhawan anmerkt, „[...] nicht um Sprachlosigkeit, sondern darum aufzuzeigen, dass das Zuhören hegemonial strukturiert ist.“¹²² Denn das Sprechen ist auf das Zuhören angewiesen, um zum Sprechakt zu werden und beide verlaufen innerhalb hegemonialer Strukturen.¹²³ Spivak selbst schreibt: „Für mich ist die Frage ‘Wer soll sprechen?’ weniger wichtig als ‘Wer wird zuhören?’ [...] Aber wenn die offiziellen Zuhörer, die Leute, die die Hegemonie verkörpern, die dominanten Leute, darüber reden, dass man jemandem zuhört, der ‘als dieser oder jener spricht’, ist das meiner Meinung nach ein Problem. Wenn sie einen Inder als Inder sprechen hören wollen, eine Frau aus der Dritten Welt als Frau aus der Dritten Welt, verstecken sie die Ignoranz, die sie haben dürfen, in einer Art Homogenisierung.“¹²⁴

Was bedeuten diese Überlegungen nun für uns als Redaktion, wenn wir Themen und Texte auswählen, Interviewpartner_innen suchen, Fragen stellen, übersetzen, umstellen, kürzen? Zunächst ganz simpel, dass wir eben genau dies tun und dass die Idee, *Sprachrohr* zu sein und für die Menschen in Zentralamerika zu sprechen, so nicht nur nicht funktioniert, sondern ein bestehendes Machtverhältnis reproduziert. Der Reflex, der sich nach dieser Erkenntnis einstellt, ist die Vorstellung, die anderen, die Sub-

alternen *für sich selbst* sprechen zu lassen. Aber genau dieses die „[...] ,anderen für sich selbst sprechen’ zu lassen ist [...] laut Spivak eine uneingestandene Geste der Selbsterhöhung.“¹²⁵ Letztlich handelt es sich um ein Dilemma, dem wir nicht so einfach entkommen.

Die eigenen Privilegien als Verlust verlernen

Ein Weg, mit diesem Dilemma umzugehen, ist möglicherweise das, was Spivak mit dem Satz *Unlearning one’s privilege as one’s loss – Die eigenen Privilegien als Verlust verlernen* bezeichnet. Was meint Spivak mit diesem Satz? Zunächst geht es darum, die eigene soziale Position und die eigenen Privilegien zu erkennen und zu hinterfragen, um dann verstehen zu können, dass diese Privilegien nicht nur für die anderen, die diese Privilegien nicht haben, ein Verlust sind, sondern auch für uns selbst. Wie sind wir zu dem geworden, was wir sind? Auf wessen Kosten? Was und wen können wir auf Grund unserer Privilegien nicht wahrnehmen, nicht hören? Welche Perspektiven werden uns durch diese Privilegien versperrt? Welche Möglichkeiten haben wir in unserem Leben? Wem bleiben diese Möglichkeiten versperrt und warum?¹²⁶

Die eigenen Privilegien als Verlust zu verlernen bedeutet, sie zu erkennen, zu verstehen, dass mit diesen Privilegien ein Verlust einhergeht und sich schließlich daranzumachen, diese Privilegien zu verlernen. Verlernen meint dabei die Machtverhältnisse und vermeintlichen Selbstverständlichkeiten aufzuzeigen und zu destabilisieren, welche die Vermittlung von Wissen unausgesprochen strukturieren. Ein Wissen, das eine Ignoranz produziert, die die eigenen Privilegien und die eigene Machtposition stabilisiert. Es geht dabei, wie Maria do Mar Castro Varela feststellt, „[...] nicht um die Proklamierung der Veränderung der Verhältnisse – dies hält Spivak lediglich für eine Geste der Überlegenheit –, sondern darum zu lernen, wie das, was das Hier und Jetzt ausmacht, aus der spezifischen Logik der Marginalisierten heraus erfahrbar gemacht werden kann.“¹²⁷

Zuhören macht verwundbar

Eine Möglichkeit, das Hier und Jetzt aus der spezifischen Logik der Marginalisierten heraus zu verstehen, ist der Versuch zuzuhören. Denn vielleicht, schreibt Hito Steyerl „[...] ist auch das Ziel einer gemeinsamen Sprache nur ein Stolperstein, der uns den Blick auf das gemeinsame Zuhören verstellt. Das Vermächtnis von Spivaks Text ist der Hinweis auf diesen Moment des Bruchs – und die Aufgabe, vor die er uns auch heute stellt, besteht nicht darin, das autistische ‘Für-sich-selbst-Sprechen’ der einzelnen Subjekte zu verstärken, sondern vielmehr darin, ihr gemeinsames Schweigen zu hören.“^[9] Nicht dem vergeblichen Reden, sondern dem Schweigen der Subalternen zuzuhören öffnet den Blick für die eigenen Privilegien und macht uns verwundbar. Zuhören macht verwundbar.^[10] „Zuhören bedeutet Bejahung der Anderen, Angewiesensein auf ihre Existenz. Diesem Zuhören widerspricht die Norm der Unterdrückung von Stimmen, die anders sind als die eigenen und die das Geborgenheitsgefühl im unverwüstlichen Wir der dominanten Kultur und ihrer dominanten Gruppen stören.“^[11] Dem Schweigen nicht zuzuhören und auf die eigene Verwundbarkeit zu verzichten könnte der Verlust sein, von dem Spivak spricht, und den wir erleiden, wenn wir auf unseren Privilegien beharren.

Sind wir schwerhörig?

Die Frage ist durchaus ernst gemeint. Woran wir leiden, ist eine strukturelle hegemoniale Schwerhörigkeit, die uns daran hindert, diejenigen als Subjekte anzuerkennen, die wir nicht hören können. Um als Subjekt anerkannt zu werden, um sprechen zu können, ist es aber notwendig, gehört zu werden. Die Frage, der wir uns stellen müssen, lautet deshalb auch, wie umgehen mit unserer Schwerhörigkeit. Auf der individuellen zwischenmenschlichen Ebene hat das Thema Zuhören unter anderem dazu geführt, dass wir angefangen haben, uns selbst zu beobachten, unser Gesprächsverhalten, unsere Unaufmerksamkeiten, unser Abgelenktsein etc. Wer spricht wann, wessen Wort hat welches Gewicht? Der Versuch, uns gegenseitig besser

zuzuhören, aufmerksamer, gleichberechtigter, hat uns als Redaktion ziemlich gut getan. Dass der moralische Zeigefinger *Immer gut zuhören!* keine zufriedenstellende Antwort auf unsere Fragen sein kann, war uns trotzdem schnell klar. Schon eher, dem Schweigen zuhören und verlernen üben. Ich bin schwerhörig, sagt Eberhard. Wir auch.

[1] Vgl. Barthes, Roland: *Zuhören als Haltung*, S. 88.

[2] Thürmer-Rohr, Christina: *Achtlose Ohren – Zur Politisierung des Zuhörens*, S. 270.

[3] Dhawan, Nikita: *Kulturrisse*, <http://eipcp.net/publications/spivak/rezension-dhawan>

[4] Vgl. Spivak, Gayatri Chakravorty: *Can the Subaltern Speak?* S. 127.

[5] Spivak, Gayatri Chakravorty: *The Post-Colonial Critic*, S. 60. [Übersetzung: Eva-Maria Bach]

[6] Steyerl, Hito: *Die Gegenwart der Subalternen*, <http://translate.eipcp.net/strands/03/steyerl-strands02en/print?lid=steyerl-strands02de>

[7] Vgl. Castro Varela, Maria do Mar: *Verlernen und die Strategie des unsichtbaren Ausbesserns*, <http://www.linksnet.de/de/artikel/20768>

[8] Ebd.

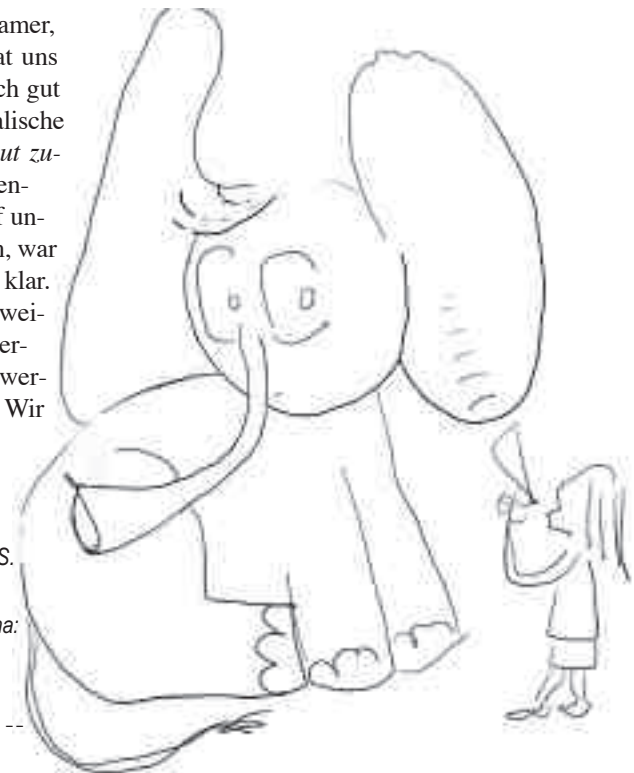
[9] Steyerl, Hito: *Die Gegenwart der Subalternen*, <http://translate.eipcp.net/strands/03/steyerl-strands02en/print?lid=steyerl-strands02de>

[10] Vgl. Thürmer-Rohr, Christina: *Achtlose Ohren – Zur Politisierung des Zuhörens*, S. 265.

[11] Ebd.

Literatur

- Barthes, Roland: *Zuhören als Haltung*, in: Volker Bernius / Peter Kemper / Regina Oehler / Karl-Heinz Wellmann (Hg.): *Der Aufstand des Ohrs – die neue Lust am Hören*, Reader Neues Funkkolleg, Göttingen: Vandenhoeck & Rupprecht, 2006, S. 76-89.



Zeichnung: Julia Jäckel

- Castro Varela, Maria do Mar: *Verlernen und die Strategie des unsichtbaren Ausbesserns*. Online: 11.07.2009 [<http://www.linksnet.de/de/artikel/20768>]
- Dhawan, Nikita: *Kulturrisse*. Online: 15.02.2009 [<http://eipcp.net/publications/spivak/rezension-dhawan>]
- Spivak, Gayatri Chakravorty: *Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation*, Wien: Turia + Kant, 2008.
- Spivak, Gayatri Chakravorty: *The Post-Colonial Critic. Interviews, Strategies, Dialogues*. New York/London: Routledge, 1990.
- Steyerl, Hito: *Die Gegenwart der Subalternen*. Online: 15.02.2009 [<http://translate.eipcp.net/strands/03/steyerl-strands02en/print?lid=steyerl-strands02de>]
- Steyerl, Hito: *Können Zeugen sprechen? Zur Philosophie des Interviews*. Online: 15.02.2009 [<http://eipcp.net/transversal/0408/steyerl/de/print>]
- Thürmer-Rohr, Christina: *Achtlose Ohren – Zur Politisierung des Zuhörens*, in: Volker Bernius / Peter Kemper / Regina Oehler / Karl-Heinz Wellmann (Hg.): *Der Aufstand des Ohrs – die neue Lust am Hören*, Reader Neues Funkkolleg, Göttingen: Vandenhoeck & Rupprecht, 2006, S. 267-274.

Nicaragua zuhören

Dieser Text ist das Ergebnis eines Gesprächs zwischen Eberhard Albrecht, Eva-Maria Bach, Matthias Böhne und Marianne Walther.

[ea] Seit mindestens 20 Jahren beschäftigen wir uns mit Nicaragua. Wir, das sind Eberhard, Eva-Maria, Marianne und Matthias. In den 1980er Jahren stießen wir zum Ökumenischen Büro, weil wir mit auf Brigade fahren wollten. Die sandinistische Revolution wollten wir unterstützen. Die Menschen, die sich aus der Diktatur Somozas befreit hatten und sich daran machten, gegen allen Widerstand ihr Leben auf eine neue Basis zu stellen, faszinierten uns. Nicaragua war uns sehr wichtig, aber auch sehr fremd. Wir wollten es kennen lernen, wir wollten verstehen, wie es zu dieser Revolution gekommen war, die in eine alles umfassende Veränderung der Gesellschaft mündete. Dazu mussten wir uns informieren, wir mussten zuhören.

Heute beschäftigen wir uns immer noch mit Nicaragua, aber fasziniert sind wir nicht mehr, wenn wir das politische Geschehen verfolgen, obwohl seit den letzten Präsidentschaftswahlen wieder vieles ähnlich wie damals ist. Der Präsident ist wieder Daniel Ortega und die Frente Sandinista, die an der Spitze der Revolution von 1979 gestanden hat, stellt heute wie damals die Regierung. Auch wenn uns Nicaragua etwas weniger fremd erscheint als damals, genau zuhören müssen wir immer noch. Dieser Aspekt des Zuhörens im Zusammenhang mit unserer veränderten Einstellung gegenüber der entscheidenden politischen Kraft des Landes, der FSLN, hat uns interessiert. In einem langen Gespräch haben wir vier uns Fragen nach möglichen Zusammenhängen gestellt. Haben sich unsere Informationsquellen geändert, hören wir inzwischen anderen Menschen und Medien zu? Haben wir uns geändert und hören deshalb heute die Dinge anders oder wollten wir manches, was

uns heute irritiert, damals gar nicht hören? Haben sich die Verhältnisse geändert, so dass wir erst heute Dinge erfahren, zu denen wir damals gar keinen Zugang bekommen konnten?

Bei dem Gespräch ist uns klar geworden, dass unter uns vieren Erinnerungen an die Zeit, als wir in den 1980ern und Anfang der 1990er Jahre Nicaragua bei Brigadeaufenthalten kennen gelernt haben, sehr unterschiedlich sind. Auch die politischen Einschätzungen der gemeinsam erlebten Situationen differieren zumindest graduell. Aber es gab natürlich die gemeinsa-

me Grundüberzeugung, die wir mit den anderen Mitgliedern der Nicaraguasolidarität teilten, dass der so sehr angefeindete Versuch dieses Landes, eine selbstbestimmte Entwicklung voranzutreiben, unterstützt werden muss. „Ich hatte den Eindruck, dass es dort ein Land gibt, wo alle am selben Strick ziehen. Wo trotz unterschiedlicher Meinungen alle zusammen eine andere Gesellschaft aufbauen wollten. Das fand ich irrsinnig faszinierend. (Matthias)“

Und die Rolle, die der FSLN in diesem Prozess zukam, war zwischen uns auch unstrittig: „Die FSLN war für mich eine Partei, die machte es so, wie ich mir vorstellte, dass es gemacht werden musste. (Marianne)“, „Die FSLN hatte eine Autorität, die nicht hinterfragt wurde. Wegen des Respekts vor der Revolution und dem Land. (Eva-Maria)“, „Damals hat die FSLN in unseren Augen die Wahrheit gesagt. (Eberhard)“

Die damalige politische Situation Nicaraguas ist natürlich nicht mit der heutigen zu vergleichen. Die Erinnerung an die erfolgreiche Revolution gegen die Somoza-Diktatur, die eine unvergleichliche weltweite Welle der Solidarität ausgelöst hatte, war noch ganz frisch. Bei der auf nationaler und internationaler Ebene geführten Auseinandersetzung um die politische Entwicklung des Landes schreckten die Gegner_innen der sandinistischen Regierung vor nichts zurück. Gegen den von den USA massiv unterstützten Contra-Krieg und die Politik des wirtschaftlichen Drucks der BRD haben wir uns empört und Partei für die nicaraguanische Regierung der FSLN ergriffen.

Wem haben wir damals zugehört?

Jeder von uns vier begann auf seine Art, sich auf Nicaragua vorzubereiten. Spanisch lernen und alles lesen, was zu Nicaragua geschrieben worden war, stand am Anfang. Nicaragua war damals ja interessant, wir waren bei



weitem nicht die Einzigen, die sich dafür engagierten und das Informationsangebot in den deutschen Medien war wesentlich umfangreicher als heute. „Damals stand relativ viel in deutschen Zeitungen zu Nicaragua. Vor allem in der taz (Eberhard).“ „Es lief bei mir so, dass ich in den Gastteig (Münchener Stadtbibliothek) gegangen bin und dort alles ausgeliehen habe, was die über Nicaragua hatten. (Matthias)“. Trotzdem war der Zugang zu aktuellen Informationen nicht einfach, neben der Tagespresse gab es nur noch den Rundbrief vom Informationsbüro Nicaragua e. V., der monatlich erschien. Wir wollten aber authentische Informationen. So waren persönliche Kontakte mit Leuten, die schon dort gewesen waren, für uns ganz wichtig. Erfahrungsberichte von Brigadist_innen, Referate zur Geschichte des Landes und das eigene Erarbeiten von Themen zur Politik und zu den gesellschaftlichen Verhältnissen waren Schwerpunkte der Brigadevorbereitung im Ökumenischen Büro. Die Vorbereitung war intensiv und bedeutete für uns Treffen alle 14 Tage und mehrere Wochenendseminare über einen Zeitraum von einem halben Jahr. Das dabei erworbene Wissen war ganz wichtig für die späteren Aufenthalte. „Ich fand das einfach hervorragend, hatte das Gefühl, ich hätte so viel gelernt. Die Geschichte des Landes, die Organisationen usw. (Marianne)“

Aber diese Anstrengungen waren nur notwendige Vorbereitung für den direkten Kontakt mit den Menschen in Nicaragua. Ihnen wollten wir zuhören. Als Brigadist_innen waren dies vor allem unsere Gastfamilien, bei denen wir während des Landaufenthaltes wohnten und die Vertreter_innen der verschiedenen Organisationen, die uns in Informationsveranstaltungen von ihrer Arbeit und ihrem Leben berichteten. Weitere private Kontakte waren zufällig und eher selten, die Spanischkenntnisse waren zumindest bei dem ersten Aufenthalt trotz der vorangegangenen Intensivkurse dafür doch nicht ausreichend. Wie gesagt, wir waren verschieden und deshalb kamen einige durch ihre Vorerfahrungen besser mit der Situation zurecht und haben mehr profitiert als diejenigen, die von der Fremdheit irritiert waren.

„Ich bin der Meinung, meine Fähigkeiten zum Zuhören waren sehr stark geprägt von meinen vorhergehenden Reiseerfahrungen. Das hat mir in Nicaragua sicher geholfen, so dass ich dort eigentlich immer etwas Interessantes zum Anhören gefunden habe. (Eva-Maria)“

In unserem Gespräch wurden wir uns auch bewusst, dass wir entsprechend unseren persönlichen Interessen selektiv zugehört hatten. Erinnern konnten wir uns besonders gut an Gespräche und Informationsveranstaltungen, bei denen es um Dinge ging, die wir kannten, mit denen wir uns zu Hause schon intensiv beschäftigt hatten. „Dabei habe ich dann Sachen gefunden, die in mein politisches Weltbild passten, wie z. B. Kooperativen, Kollektive. Das war in meinem Privatleben auch schon vorher wichtig. (Eva-Maria)“ „Bei mir waren es die Gewerkschaften und die Frauen. Kooperativen waren zwar spannend, ich hatte aber keine Ahnung davon. (Marianne)“

Unser Zuhören war von unseren Interessen geleitet worden, aber auch unsere Partner_innen hatten Interessen. Partnerin war bis 1990 die lokale Vertretung des Erziehungsministeriums in der Provinz Río San Juan, d. h., es waren überzeugte Anhänger_innen der FSLN. Diese vermittelten uns die Kontakte, wählten Gesprächspartner_innen aus. Sie hatten Interesse daran, dass wir den besten Eindruck von den Errungenschaften der sandinistischen Revolution bekamen und brachten uns natürlich nicht mit Leuten zusammen, die ihrer Politik ablehnend gegenüber standen.

Lernen durch zuhören

Neben der Erkenntnis, dass ein Volkshochschulkurs in Spanisch für ein Gespräch mit Leuten in Nicaragua nicht ausreicht, haben wir beim Zuhören noch vieles anderes gelernt. „Ich habe mich daran gewöhnen müssen, dass die Leute ganz anders auftreten, als ich es gewohnt bin. Ich habe trotzdem alles mitgeschrieben, auch wenn die Essenz erst ganz zum Schluss oder gar nicht kam. (Marianne)“. Uns wurde klar, dass diese für uns ungewohnte Art und Weise zu kommunizieren durch die Bildungsverhältnisse ge-

prägt war. „Für mich war das immer eine orale Kultur, wegen der hohen Analphabetenrate, und nicht wie bei uns eine Lese-Schreibkultur. Die Leute haben Radio gehört, batteriebetriebene gab es die überall. (Eva-Maria)“ Die Früchte der oralen Kultur waren beeindruckend. Alle konnte man zu allem fragen und alle waren dazu in der Lage, aus dem Stegreif erschöpfend Auskunft geben.

Wem haben wir damals nicht zugehört?

Dass wir keinen Kontakt mit Menschen hatten, die der Regierung kritisch gegenüber standen, war für uns kein Problem, denn wir wollten ja die sandinistische Regierung unterstützen. Mit gegnerischen Meinungen hatten wir uns schon zuvor in Deutschland auseinander gesetzt. Aber das, was da an Anschuldigungen z. B. hinsichtlich Menschenrechtsverletzungen vorgebracht wurde, hat uns nicht überzeugen können. Wir waren uns unserer Sache sicher. „Und deshalb habe ich vielen anderen Meinungen nicht zugehört und sie als Propaganda abgetan, die wollen nur diesen Staat fertig machen. Die Gegner_innen der sandinistischen Regierung sind halt Amifreund_innen, die sich gegen eine gerechtere Verteilung der Einkommen sträuben, die nicht wollen, dass alle am Gesundheitswesen und Erziehungswesen teilnehmen. Die wollen das nicht, weil ein wissendes Volk sich anders verhält als ein dummes Volk. (Marianne)“ Kritiker_innen musste man nicht zuhören. „Wenn dann in der Brigade Leute dabei waren, die auch mal mit der gegnerischen Seite reden wollten, das kam überhaupt nicht in Frage, auch für mich nicht. Sonst haben wir nur Parteileuten zugehört. Also das waren Vertreter_innen von Organisationen, Frauen, Gewerkschaften usw., immer Leute, die der FSLN sehr nahe standen. (Marianne)“

Vertrauen und Glaubwürdigkeit

Wir wollten solidarisch sein mit diesem Land, das uns durch seine Fremdartigkeit immer wieder verunsicherte. Vieles war nicht leicht zu ver-

stehen und man konnte so viele Fehler machen. In dieser Situation war unser Vertrauen in die Partner_innen von entscheidender Bedeutung. Partner_innen waren die Partnerorganisation und im weiteren Sinne auch die FSLN. Bei den vereinzelt Zweifeln und Kontroversen, die sich bei einigen von uns schon lange vor 1990 einstellten und die nach vielen Jahren zum Bruch mit der FSLN führten, ging es immer um Vertrauenskrisen. Die ersten Probleme hingen damit zusammen, dass wir ziemlich naiv den Traum der FSLN vom neuen Menschen zu wörtlich genommen hatten. Erlebnisse von kleinen Diebstählen, großen Besäufnissen und FSLN-Repräsentant_innen, die die heile Familie predigten und selbst fremd gingen, waren vor allem lehrreich. Aber neben der Erkenntnis, dass auch Held_innen im Alltag normale Menschen sind, kamen Zweifel auf. „Irgendwann hat man es dann mitbekommen, dass einiges nicht so genau stimmte, und dann kamen die Zweifel: Nehmen sie es denn immer so genau? Ich glaube,

hier wurde der Grundstein dafür gelegt, dass wir viel später der FSLN nicht mehr glauben konnten. (Eberhard)“

Grundsätzlicher wurden die Zweifel, als nach dem Wahlverlust der FSLN 1990 Informationen über die „Piñata“¹ bekannt wurden. Zwar gab es einleuchtende Erklärungen dafür: „Woran ich mich erinnern kann, ist, dass ich Teile davon für gerechtfertigt hielt, dass man zum Schluss noch ganz schnell die ganzen Landtitel vergab und versuchte zu sichern, was noch geht. Das fand ich o. k. (Mathias)“ „Da war ich viel moralischer. Ich war der Meinung, wenn jemand ein Vorbild sein will, wie die Leute von der FSLN, dann müssen sie auch integere Persönlichkeiten sein und sich nicht bereichern auf Kosten anderer. (Marianne)“. In den nächsten Jahren klärte sich die Situation allmählich. Es entstand ein sandinistischer Unternehmer_innenflügel und es war klar, dass die Basis dafür mit der „Piñata“ 1990 gelegt worden war. Der lang andauernde Prozess unseres Vertrau-

ensverlustes gegenüber der FSLN lief parallel zu einer ähnlichen Situation mit dem Projektpartner. Die beiden Prozesse überlagerten sich, denn auch der Projektpartner stand der FSLN sehr nahe. Die entscheidenden Ereignisse waren aber der Vorwurf des sexuellen Missbrauchs von Zoilamérica Narváez gegen ihren Stiefvater Daniel Ortega und der Pacto zwischen Ortega und Arnaldo Alemán. Zumindest in dem Fall Zoilamérica Narváez ging es in erster Linie um Glaubwürdigkeit. „Der Fall Zoilamérica ist etwas besonderes, da steht ja Aussage gegen Aussage, und ein unbeteiligter Beobachter kann kaum wissen, wer Recht hat. Es geht also darum, wem glaubt man. Es stellt sich also die Frage, warum glauben wir in diesem Fall Daniel Ortega nicht? (Eberhard)“ „Das war der Moment, wo Daniel Ortega seine Glaubwürdigkeit verloren hat. (Mathias)“

Zuhören heute

In den Jahren, als unser Verhältnis zur FSLN abkühlte, änderten sich auch unsere Kontakte und unsere Informationsquellen. Die Parteizeitung der FSLN, Barricada, verschwand und die politische Monatszeitschrift *envio*, die für uns immer eine wichtige und vertrauenswürdige Informationsquelle war – Mitte der 80er Jahre als deutschsprachige Ausgabe übersetzt vom Informationsbüro Nicaragua e. V. – wurde zunehmend kritischer gegenüber der FSLN. Auch Organisationen wie die Menschenrechtsorganisation CENIDH und ihre Vorsitzende *Vilma Núñez*, die immer wichtiger für uns wurden, entfernten sich von der FSLN. Diese Entwicklungen haben uns wahrscheinlich in unserer Einschätzung der Politik Daniel Ortegas beeinflusst. Bei weiteren Reisen nach Nicaragua und verbesserten Sprachkenntnissen ergaben sich neue private Kontakte, die sich nicht mehr automatisch auf FSLN-Sympathisant_innen beschränkten. In den 1980er Jahren waren diese Kontakte von unseren Partner_innen ja nicht gerade gern gesehen gewesen. Wir lernten Leute kennen, die glaubwürdig von Dingen in den 1980er Jahren berichteten, die nicht so toll waren. Sie berichteten von Unfähigkeiten, von Korruption und Drangsalierungen.





Ein wesentlicher Aspekt des sich verändernden Zuhörens ist ein technischer. Mit dem problemlosen Zugriff auf die nicaraguanischen Medien über das Internet ist es heute wesentlich einfacher geworden, aktuelle Informationen zu Nicaragua zu bekommen. „Früher, wenn du da einen Wunsch geäußert hast, der in ihren Augen etwas grenzwertig war, bist du immer auf eine Mauer gestoßen. Das ist jetzt nicht mehr so, nicht nur, weil es Internet gibt, sondern auch, weil der Bedarf nach anderen Informationen steigt, nachdem klar ist, dass die FSLN nicht das Gelbe vom Ei ist. (Eva-Maria)“. Das Bewusstsein, dass man jetzt mit dem Internet im Prinzip, wenn man die entsprechende Zeit investiert, fast genauso gut über das politische Tagesgeschehen in Nicaragua informiert sein kann wie die Menschen, die dort leben, ist ein Riesenunterschied zu der Situation der 1980er Jahre, wo man bei interessierenden Themen darauf hoffen musste, dass jemand ein Buch darüber schrieb.

Fazit

Beim Zuhören in einem fremden Land, wo es sehr stark darum geht zu lernen, Neues zu erfahren, ist Vertrauen in die Kommunikationspartner_innen ganz entscheidend. Wenn man ihnen vertraut, glaubt man ihnen die Informationen, die man kaum überprüfen kann. Dieses Vertrauen hatten wir in den 1980er Jahren. Wir waren von der sandinistischen Revolution überzeugt. So sehr, dass Zweifel gar nicht erst aufkamen. Wenn uns ausnahmsweise

doch etwas „schräg“ vorkam, dann gab es immer den Contra-Krieg, der alles entschuldigte. Vor allem aber waren wir selbst nicht an Zweifeln interessiert. Dass die rechte Zeitung La Prensa von der Regierung zensiert wurde, hat uns nicht sonderlich betroffen: wir haben ihr sowieso nicht geglaubt. Dass wir fast nur Menschen zuhörten, die mit der Regierung der FSLN einverstanden waren, hat uns nicht irritiert, denn wir wussten ja, dass die überwältigende Mehrheit hinter der Regierung stand.

Heute sehen wir das anders. Wie viele Nicaraguaner_innen auch haben wir große Zweifel daran, dass sich Daniel Ortega und die FSLN in ihrer Politik ausschließlich von den Interessen der armen Bevölkerungsmehrheit leiten lassen. „Ich habe das Gefühl, in Nicaragua geht es nur noch um Scheißpolitik, wie überall auf der Welt. (Eva-Maria)“. Ganz sicher ist, dass Ortega und die FSLN zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele Methoden anwenden, die nicht akzeptabel sind. Hier sei nur exemplarisch auf die Politik des Pacto verwiesen, auf den Missbrauch der Justiz im Falle Arnoldo Alemán oder auf den Wahlbetrug bei den Gemeindewahlen im November 2008. Auch werden wir der FSLN in ihrer Politik nicht überallhin folgen. Vor allem dann nicht, wenn sie aus reinem Opportunismus zu Entscheidungen wie dem totalen Abtreibungsverbot führt.

Sicherlich gibt es einen Zusammenhang zwischen unserem Sinneswandel und dem Zuhören. Wir sind der Meinung, der Grund dafür, dass wir die FSLN heute anders sehen als vor 20 Jahren, liegt an der FSLN, die heute eine andere Politik macht als damals. „Für mich persönlich glaube ich, dass ich nicht durch anderes Zuhören meine Meinung geändert habe, sondern dass sich dort tatsächlich etwas geändert hat. Ich reagiere auf die Veränderung der FSLN bei meiner geänderten Beurteilung der FSLN. (Eberhard)“. Wegen dieser politischen Entwicklung hören wir heute teilweise anderen Menschen zu. Denn die Erklärungen der FSLN für ihre Politik waren nicht mehr überzeugend. Wir mussten woanders Erklärungen suchen. Zum großen Teil fanden wir sie bei Freund_innen in Nicaragua, denen

es ähnlich gegangen war wie uns – bei Medien und Organisationen wie envio und CENIDH, die auch nicht mehr von der FSLN zu überzeugen waren.

Im Augenblick ist die politische Situation in Nicaragua geprägt von einer sehr problematischen Polarisierung. Der Regierung Ortega, die zum großen Teil für diese Polarisierung verantwortlich ist, glaubt man nichts mehr. In jeder ihrer politischen Initiativen sucht und findet man einen Pferdefuß. Leider scheint diese Polarisierung Erfolg zu haben. Man gewinnt den Eindruck, dass Kritiker_innen der Regierung sich politisch nach rechts bewegen. Jedenfalls hat es das vor ein paar Jahren noch nicht gegeben, dass der Dachverband der nicaraguanischen Nichtregierungsorganisationen Coordinadora Civil Veranstaltungen zusammen mit der Konrad-Adenauer-Stiftung durchführt und sich mit der Bischofskonferenz der Katholischen Kirche solidarisiert, wenn die von der Regierung angegriffen wird.

In dieser Situation genau hinzuhören ist nicht einfach, denn die Regierung sucht nicht gerade die Kommunikation. Ihre Zusammenarbeit mit der Presse ist eine Katastrophe – Daniel Ortega hat seit 2006 in keinem nicaraguanischen Medium mehr ein Interview gegeben. Ganz allgemein ist die Regierung nicht sehr auskunftsfreudig. Man ist also häufig auf das angewiesen, was die Medien zu politischen Initiativen der Regierung veröffentlichen, d. h. Auf die Interpretation derjenigen, die der Regierung misstrauisch gegenüber stehen.

Entscheidend ist aber weiter zu hören, was die Menschen an der Basis denken und dafür sind wir weiter auf Vermittler_innen angewiesen, wie die Mitarbeiter_innen unserer Partnerorganisation Movimiento Comunal, Vermittler_innen, zu denen wir Vertrauen haben.

¹ Mit *piñata* bezeichneten die Nicaraguaner_innen die Bereicherung in der Führung der FSLN nach der verlorenen Wahl Ende 1989. Die Zeit zwischen den Wahlen und der Übergabe der Regierungsgeschäfte an die rechte Opposition Anfang 1990 nutzten einige, um in beträchtlichem Umfang öffentliches Eigentum auf ihren Namen umzuschreiben. (Siehe auch Info-Blatt 63: <http://www.oeku-buero.de/index.php/info-blatt-63/articles/pinata-und-huaca.html>)

„Jeder Weg beginnt mit einem ersten Schritt“

Zuhören und Selbstbemächtigung

[Brigitte Hauschild] Als ich eingeladen wurde, über das Thema „Zuhören und Macht“ einen Artikel zu schreiben, habe ich mich an meine eigene Geschichte erinnert und daran, welche Bedeutung für mich das Zuhören inzwischen im Leben gewonnen hat. Und wie von selbst führen diese Reflektionen und das Erinnern zu „Aguas Bravas Nicaragua“.



Brigitte Hauschild

Gern teile ich mit den Leserinnen und Lesern meine Gedanken und meine Geschichte.

Wie oft werden wir in unserem Leben eingeladen zuzuhören? Verleiht uns jedes Zuhören Macht? Verleihen wir der zuhörenden Person Macht? Hören wir immer zu, wenn wir dazu eingeladen werden?

Wie oft schweifen unsere Gedanken ab, wenn wir eigentlich aufmerksam zuhören wollen oder sollen? Verstehen wir immer alles so, wie die Sagende oder der Sagende das Gesagte verstanden wissen will, wenn wir zuhören?

Ich kann mich gut an eine Übung erinnern, die ich während meines Studiums gemacht habe: *der kontrollierte Dialog*. In dieser Übung stellten die meisten von uns fest, dass wir häufig NICHT aufnehmen, was der oder die Sprechende uns mitteilen wollen. Einer der Gründe dafür ist, dass wir schon beim Zuhören interpretieren, deuten, uns eine Meinung

bilden, während das Gegenüber mit uns spricht und wir eigentlich eingeladen sind „nur“ zuzuhören und das Gehörte wiederzugeben.

Wie oft laden wir andere Menschen ein, UNS zuzuhören? Welche Macht verleihen wir damit dem oder der Zuhörenden? Oder wie viel Macht üben wir mit dem aus, was wir sagen?

Die meisten Menschen meiner Generation wurden von Kindesbeinen von den Erwachsenen dazu angehalten, zuzuhören. Das Zuhören als Kind sollte uns

gleichzeitig dazu bewegen, das Gehörte auch brav zu befolgen. Hat es uns bemächtigt, hat es uns befähigt?

Wie oft werden wir in unserem Leben **gezwungen** zuzuhören? Verleiht erzwungenes Zuhören uns Zuhörenden Macht?

Sehr oft saß ich gelangweilt im Schulunterricht und musste zuhören. Kaum etwas von dem, was ich gezwungen wurde anzuhören, ist mir im Gedächtnis haften geblieben. Wie oft zwingen wir andere Menschen, uns zuzuhören?

Diese Fragen will ich hier NICHT beantworten und auch nicht vertiefend über sie reflektieren, das überlasse ich den Leserinnen und Lesern. Ich will hier über das Zuhören sprechen, das mich „mächtig“, das mich eigenmächtig gemacht hat und das dazu geführt hat, dass es jetzt „Aguas Bravas Nicaragua“ gibt.

Es gibt Themen, über die selten gesprochen wird und denen auch kaum jemand zuhören möchte.

Sexuelle Gewalt in der Kindheit ist so ein Thema. Betroffenen fällt es schwer, darüber zu sprechen, weil das Thema entweder mit tiefen emotionalen Schmerzen verbunden ist, oder weil sie die Erinnerungen an den erlebten Missbrauch „begraben“ mussten, um weiterleben zu können.

Nicht betroffene Menschen kommen hingegen selten oder nie auf die Idee, über sexuelle Gewalt in der Kindheit zu sprechen, obwohl es - angesichts der Tatsache, wie verbreitet sie ist -, wahrlich allen Grund gäbe, darüber zu sprechen und insbesondere darüber, wie sie abgeschafft werden könnte. Und wenn nicht betroffene Menschen in die Situation kommen, einer Missbrauchsgeschichte zuhören zu müssen, fällt ihnen das oft genug sehr schwer.

Zuhören ist für Überlebende der verschiedensten Traumata besonders wichtig. Anderen zuhören und angehört werden. Einer der Gründe, warum viele Menschen nicht über ihre erlebten Traumata sprechen können, liegt m. E. darin, dass ihnen unsere Gesellschaft keine Möglichkeiten für das nötige Zuhören anbietet.

Meine intensive Erfahrung mit verschiedenen Formen des Zuhörens habe ich gemacht, als ich in einer tiefen Lebenskrise steckte und meine Kindheitsgeschichte aufarbeitete.

Diese Krise begann in Nicaragua, und ich fand in Nicaragua Menschen, die mir freiwillig und weniger freiwillig zuhörten. Ich stellte aber fest, dass ich außerdem dringend Frauen brauchte, denen **ich** zuhören konnte, um Erinnerungen an meine früheste Kindheit aktivieren zu können. In Nicaragua gab es dazu keine Möglichkeit, denn Selbsthilfegruppen speziell für Frauen, die in ihrer Kindheit sexuelle Gewalt erlebt hatten, gab es noch nicht. Ich kehrte nach Deutschland zurück und erfuhr u. a. in meiner Selbsthilfegruppe die heilende Kraft des Zuhörens: ich hörte zu und mir wurde zugehört. Zuhören bedeutete für mich in meinem Prozess der Aufarbeitung, dass ich in meinen Gedanken, die ich aussprach, begleitet wurde und die zu begleiten, denen ich zuhörte. Zuhören bedeutete auch, Puzzleteile einer „vergrabenen“ Vergangenheit freizulegen, die mir ohne das Zuhören nicht zugänglich geworden wären, und die ich dringend brauchte, um aufarbeiten zu können. Zuhören bedeutete, nicht bewertet zu werden und nicht zu bewerten. Zuhören schloss aus, dass das Gesagte gedeutet wurde, und wenn doch, dann nur von der sprechenden Person. Die zuhörende Person begleitete bis dahin, wo eine Deutung möglich war. Zuhören erlaubte, nach und nach Schmerz abzubauen. Zuhören war dringend erforderliche Gegenseitigkeit in dem Prozess der Aufarbeitung unserer Missbrauchsgeschichte. Dadurch, dass jemand zuhörte, verlor der Schmerz an Gewicht und Ausmaß. Und irgendwann blieb in meinem Prozess der Aufarbeitung lediglich eine Realität zurück, die nicht mehr schmerzt, sondern Teil des gelebten Lebens ist und deren Aufarbeitung mir Würde und Kraft verliehen hat. Je mehr Fortschritte ich im Prozess des gegenseitigen Zuhörens (und damit der Aufarbeitung meiner Geschichte) erreichte, um so mehr fühlte ich mich befähigt, meine eigenen Ressourcen und Fähigkeiten zu erkennen und zu nutzen und konnte Verhaltensweisen ablegen, die ich vorher zu meinem Schutz brauchte.

Im Frühjahr 2004 kam der Augenblick, wo ich diese neu erworbene „Macht“ teilen wollte. Ich begann, meine Erfahrung mit anderen zu teilen und arbeite seitdem in Berlin in der

Frauenselbsthilfe bei „Wildwasser Arbeitsgemeinschaft gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen e.V.“. Ich höre anderen Betroffenen zu, damit auch sie ihre eigenen Ressourcen und Fähigkeiten erkennen und nutzen. Ab 2007 habe ich dann in Nicaragua mit anderen Frauen zusammen den Grundstein für „*Aguas Bravas Nicaragua*“ gelegt.

In Nicaragua gibt es auf Grund der Geschichte und der Lebensbedingungen sehr viele mehrfach traumatisierte Menschen: Krieg, gesundheitliche Unterversorgung, Erdbeben, Hurrikans, alltägliche Gewalt, sexuelle Gewalt, das Leben in extremer Armut und fehlende Bildungsmöglichkeiten haben die Bevölkerung seit Jahrhunderten geprägt. Ereignisse, die Traumata begründen können, lösen sich fast ohne Pause ab.

Für die „gesellschaftsfähigen“ Traumatisierungen wie Erdbeben und Hurrikans fehlt die Zeit, sie aufzuarbeiten, und Traumatisierungen durch sexuelle Gewalt in der Kindheit zum Beispiel sind tabuisiert.

Ich war entschlossen, meine gewonnene „Eigenmächtigkeit“ mit Frauen zu teilen, die EINE der erfahrenen Traumatisierungen, den sexuellen Missbrauch in der Kindheit, aufarbeiten wollten. In öffentlichen Veranstaltungen lud ich ab 2004 Nicaraguanerinnen und Nicaraguaner ein, meiner Geschichte zuzuhören und bot an, ihnen zuzuhören. Es ist in Nicaragua nach wie vor viel schwerer als hier, öffentlich über sexuellen Missbrauch zu sprechen, weil das Thema noch viel stärker tabuisiert ist: „In Nicaragua leben wir in einer Gesellschaft, die verleugnet, wie verbreitet der sexuelle Missbrauch in den Familien ist und die das hohe Vorkommen von Inzest leugnet“ (Martha Cabrera in: „Wir leben und überleben in einem vielfach verwundeten Land“, ENVIO No. 249, Dezember 2002) . Es kommt hinzu, dass Inzest durchaus als „traditionelles Recht“ angesehen wird.

Auch Zoilamérica Narváez ist es nicht gelungen, in Nicaragua **nachhaltig** das Schweigen über dieses Thema zu brechen. Sie hatte 1998 offen über den sexuellen Missbrauch gesprochen, den ihr Adoptivvater Daniel Ortega über viele Jahre an ihr begangen hat und wofür er nie vor Gericht gestellt wurde. Daniel Ortega ist seit 2007 wieder Präsident in Nicaragua.

2006 bot ich dann im Frauennetzwerk gegen Gewalt (Red) an, Workshops über die Gründung von Selbsthilfegruppen mit „Wildwasser“-Profil durchzuführen. Etliche Frauen und Frauenzentren äußerten Interesse, und es waren auch sofort Frauen bereit, mit mir die Workshops inhaltlich und methodisch vorzubereiten und durchzuführen.

Den Leitfaden, der in Berlin von den Selbsthilfegruppen benutzt wird, hatte ich bereits auf Spanisch übersetzt und eine Gruppe im RED bot sich an, ihn „zu nicaraguanisieren“. In einer Auflage von 6.000 Stück lag er dann im März 2007 vor: „Todo camino comienza con un primer paso“ (Jeder Weg beginnt mit einem ersten Schritt).

Im Team mit drei betroffenen Frauen erarbeiteten wir im Februar 2007 die Methodik für die Workshops und führten von März bis August 2007 insgesamt 12 Fortbildungen durch, an denen über 200 Psychologinnen, Sozialarbeiterinnen und andere Beschäftigte aus Frauenzentren und Institutionen teilnahmen. Während der Work-



shops sprachen wir nicht nur, sondern hörten auch sehr viel zu: viele der teilnehmenden Frauen sprachen in den Workshops zum ersten Mal in ihrem Leben über die sexuelle Gewalt, die sie in ihrer Kindheit erlebt hatten. Zu sprechen und zu erleben, dass ihnen jemand zuhört, wenn sie bis dahin Unausprechbares berichten, begann, den unsichtbaren Schutzwall aufzuweichen und war für einige von ihnen der erste kleine Schritt auf einem langen Weg der Aufarbeitung. Die Auswertung der Workshops hat u. a. ergeben, dass mindestens 45 % der teilnehmenden Personen sexuelle Gewalt in der Kindheit erlebt und bis dahin noch keinen Rahmen gehabt hatten, wo sie darüber sprechen konnten und ihnen zugehört wurde. Schon im Mai 2007 hat sich dann die erste Selbsthilfegruppe gegründet, die bis heute besteht.

Aus den Workshops hat sich *Aguas Bravas Nicaragua* entwickelt. Für die Frauen, die dort arbeiten, ist der schmerzhafteste Weg der Aufarbeitung noch nicht abgeschlossen und es ist bewundernswürdig, dass die Frauen beides gleichzeitig in Angriff nehmen: ihre eigene Geschichte aufarbeiten und andere Frauen einladen, denselben Weg einzuschlagen. Zuhören und angehört werden. Es gibt in-

zwischen in verschiedenen Regionen Selbsthilfegruppen, und die Frauen von *Aguas Bravas* reisen nach Ocotlán, León, Estelí und andere Städte, um dort Gruppentreffen zu begleiten. Die Idee ist, dass die Gruppen nach mehreren Treffen unbegleitet weitermachen. Die Begleitung ist unterschiedlich lange. Sie hängt sehr von der Zusammensetzung der Gruppe ab und von der Häufigkeit, mit der die Frauen sich treffen können.

Aus der 1. Selbsthilfegruppe sind Frauen hervorgegangen, die inzwischen andere Gruppen begleiten.

Aguas Bravas Nicaragua ist innerhalb sehr kurzer Zeit zu einer wichtigen Anlaufstelle geworden und die Frauen, die dort arbeiten, können den Anforderungen oft gar nicht gerecht werden.

Aguas Bravas ist auch Mitbegründerin vom *Movimiento contra el Abuso Sexual (MCAS)*, der „Bewegung gegen sexuelle Gewalt“. Die Bildung dieser Bewegung beruht auf der Initiative einer Gruppe junger Männer, die jahrelang von einem italienischen Priester sexuell missbraucht worden waren. Er wurde im Mai 2007 in Italien zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt. In der Bewegung arbeiten inzwi-

schen ca. 30 Organisationen und Einzelpersonlichkeiten mit. Das MCAS hat erreicht, wöchentlich einen Artikel zu verschiedenen Aspekten der sexualisierten Gewalt in der Tageszeitung „El Nuevo Diario“ veröffentlichen zu können und bewirkt mit den Publikationen eine andere Art des Zuhörens: Die Menschen, die Artikel schreiben, erfahren Reaktionen und fühlen sich angehört, und Menschen, die lesend „zuhören“ werden aufmerksamer im Hinblick auf das Thema sexueller Missbrauch. Einige Frauen von *Aguas Bravas* und den Selbsthilfegruppen haben diese Möglichkeit bereits genutzt.

Zurzeit sind drei Mitarbeiterinnen von *Aguas Bravas Nicaragua* in Berlin. Der Besuch dient dem professionellen Austausch mit den Frauen, die in den verschiedenen Bereichen bei *Wildwasser Berlin* arbeiten. Sie hören sehr aufmerksam zu und ihnen wird gespannt und begeistert zugehört, wenn sie davon sprechen, wie sich ihre Arbeit in Nicaragua entwickelt. Der Austausch über die Anfänge beider Organisationen und die Entwicklung ist ein lebendiges gegenseitiges Zuhören, das die Eigenmacht jeder einzelnen stärkt, sie animiert und zum Weitermachen auf dem eingeschlagenen Weg motiviert.

„Wir sind ins Wasser gesprungen ...“

Ausschnitte aus einem Gespräch mit Abigail Figueroa, Nora Rugama und Zoraida Soza über die Arbeit von *Aguas Bravas*, Nicaragua

Wie seid Ihr zu *Aguas Bravas* gekommen?

Zoraida: Wir sind beim Netzwerk von Frauen gegen Gewalt. Das ist ein Netzwerk auf nationaler Ebene und ein Teil der breiten Frauenbewegung Nicaraguas. Brigitte Hauschild ist auch immer mit uns bei diesem Netzwerk aktiv gewesen. Nachdem sie ihren eigenen Aufarbeitungsprozess abgeschlossen hat, kam ihr die Idee, das Konzept der Selbsthilfegruppe (SH) nach Nicaragua zu bringen, um es mit uns zu teilen. Sie

hatte den *Wildwasser*-Leitfaden bereits ins Spanische übersetzt und wir haben ihn dann „nicaraguanisiert“. Es gab ein Treffen mit denjenigen, die an mehr Informationen interessiert waren, an dem Abigail und ich teilgenommen haben. Danach hat Brigitte uns angesprochen, ob wir nicht bei der Verbreitung dieser Methode mithelfen wollten, um sie in den Frauenzentren bekannt zu machen. Wir haben mit Brigitte 12 Workshops in 15 Regionen angeboten, an denen ungefähr 220 Frauen teilgenommen ha-

ben. So begannen wir, die Methode selbst besser kennen zu lernen. Von Seiten der Frauen bestand große Nachfrage und wir haben gemerkt, dass wir einen Prozess angestoßen hatten, den wir auch weiterhin begleiten mussten. Wir befinden uns auch selbst noch immer mitten drin in diesem Prozess der Aufarbeitung unserer eigenen Missbrauchsgeschichte... Wir haben dann im Mai 2007 die erste SH-Gruppe gegründet, in der auch Nora zu uns gestoßen ist.

Nora: Ich war zu einem Workshop mit dem Titel „Leitfaden für die Gründung von Selbsthilfegruppen von Überlebenden von sexuellem Missbrauch“ eingeladen worden. Ich bin selbst Überlebende. Ich bin zu diesem Workshop gegangen, weil ich in so eine Gruppe wollte. Als die erste Gruppe gegründet wurde, habe ich mitgemacht. Und seit Februar diesen Jahres – begleite ich jetzt eine Gruppe, die sich gerade im Aufbau befindet. Ich habe irgendwie die Notwendigkeit verspürt, etwas von dem zurückzugeben, was mir gegeben worden ist. Aguas Bravas ist eine Initiative, wie es sie in Nicaragua bis jetzt nicht gegeben hat. Die Arbeit mit den Überlebenden und ihren Zeugnissen davon, was der Missbrauch für sie bedeutet und die Arbeit in der SH-Gruppe ist eine Form der Therapie, um mit den Folgen leben zu können.

Abigail: In Nicaragua gibt es viel pädagogische und rechtliche Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Aber eine Arbeit mit erwachsenen Frauen, die solche Erfahrungen hatten, gibt es nicht bzw. gab es nicht bis zur Gründung von Aguas Bravas.

Nora: Das ist etwas ganz Neues und deswegen gibt es jetzt auch eine große Nachfrage.

Abigail: Letztlich haben wir auch gemerkt, dass es viel mehr Frauen gibt, die Überlebende von sexuellem Missbrauch sind, als wir uns vorgestellt hatten. Und es war ziemlich schwer, das Thema des Missbrauchs und seiner Folgen in die Frauenzentren zu bringen, weil das für viele Frauen bedeutet, sich selbst als Betroffene (an)zuerkennen. Wir merkten also, dass es praktisch unmöglich war, die Selbsthilfegruppen von den Frauenzentren organisieren zu lassen. Es war an uns, weiter zu machen. Wir sind ins Wasser gesprungen, ohne schwimmen zu können. Wir befanden uns ja mitten in unserem eigenen Prozess der Aufarbeitung, waren gleichzeitig in unserer eigenen SH-Gruppe, in der Nora und ich jetzt noch sind. Wir treffen uns jetzt seit zwei Jahren. Und sich in dem eigenen Prozess der Aufarbeitung zu befinden und gleichzeitig an dem Aufbau weiterer Gruppen mitzuarbeiten, ist häufig sehr schwierig gewesen. Das kostet viele Energien und oft sind wir völlig

am Boden (tocar fondo) und es ist schwierig, sich wieder aufzurichten. Das Gute ist, dass unsere Lebenskraft viel größer ist, wenn wir es geschafft haben, uns wieder aufzurichten. Wir sagen immer, dass diese Arbeit, eine Chance für das Leben ist, die wir uns geben. So eine Chance muss man ja erst einmal bekommen. Wir haben an diesen Prozess geglaubt, ohne ein Vorbild in Nicaragua zu haben. Unser einziges Vorbild war Brigitte.

Wie kann man sich die konkrete Arbeit in den Selbsthilfegruppen vorstellen?

Abigail: Das Schwierigste ist, den Prozess zu beginnen und zu sagen: „Ich bin Überlebende von Sexuellem Missbrauch“. Es ist nämlich nicht leicht, sich in dieses Mädchen hineinzuversetzen, der das damals so weh getan hat. Besonders weil es ja meistens sehr nahe stehende Personen waren. Väter, Mütter, Tanten, Brüder, Nachbarn... Da begibt man sich auch in große Widersprüchlichkeiten, was die eigene Familie angeht. Weil es bedeutet, anzuerkennen, dass z.B. der eigene Vater nicht der Beschützer, sondern der Missbrauchende war. Das braucht viel Kraft und die holen wir uns aus der Gruppe. Wir hören uns zu,

wir reden miteinander, wir teilen unsere Gefühle und unsere Geschichten. Manche erinnern sich kaum noch an ihre Erlebnisse. Aber über das Anhören der Geschichten der Anderen beginnen wir auch, unser eigenes Puzzle zusammenzufügen. Manchmal bleibt die Missbrauchserfahrung nur wie ein Film mit Bildern und Szenen, aber wenigen konkreten Erinnerungen. Ein anderer wichtiger Aspekt ist die Körperarbeit. Wir wissen, dass der Körper uns vieles mitteilen kann über seine Schmerzen und Leiden. Wir versuchen unserem Verhalten auf die Spur zu kommen, und Folgen wie Depressionen, Selbstmordgedanken und – versuche zu erkennen und zu verstehen. Da hilft es uns sehr, darüber zu reden und angehört zu werden. Es sind viele Fragen, die wir uns stellen und letztlich versuchen wir, ein halbwegs „normales“ Leben leben zu können. Das Zuhören hat da eine sehr große Bedeutung, weil es uns ermöglicht, zu sagen: „Das habe ich erlebt! Genauso wie sie es erzählt!“ Jemanden treffen, die das gleiche erlebt hat und beginnen, sich gegenseitig zuzuhören gibt viel Kraft. Du fühlst dich nicht mehr so alleine und kannst auf einmal andere Auswege und Handlungsmöglichkeiten erkennen.



Nora Rugama, Zoraida Soza und Abigail Figueroa

Zoraida: Abigaíl hat ja schon gesagt, dass wir ins Wasser gesprungen sind, ohne schwimmen zu können. Aber ich habe das Gefühl, dass wir so langsam den Kopf – und manchmal sogar schon die Schultern – aus dem Wasser bekommen. Aber ich habe zum Beispiel nach dem Beginn meines ersten Gruppenprozesses relativ schnell eine Pause machen müssen, weil es mir zuviel war. Und so geht es vielen.

Wie schätzt Ihr den politischen Einfluss Eurer Arbeit ein? Seid Ihr angefeindet worden wegen dem Tabubruch, den Ihr begeht?

Zoraida: Ich würde gerne vorher noch etwas ergänzen: Was wir möchten, ist die Spuren zu erkennen, die der Missbrauch in uns hinterlassen hat. Uns geht es oft so, dass wir weinen und gar nicht mehr genau wissen, warum. Meine Mutter hat über mich immer gesagt: „Sie ist ein sehr nervöses Kind. Meine Mutter ist gestorben, als ich schwanger mit ihr war. Da hat sie etwas von dem Stress abgekriegt.“ Aber eigentlich sind es Spuren von Missbrauch. Und wir glauben oft, dass es Krankheiten sind, weil wir diese Spuren nicht identifizieren können. Und unsere Arbeit fokussiert genau darauf: die verschiedenartigen Folgen sichtbar zu machen, die der Missbrauch nach sich zieht.

Nora: Unsere Arbeit ist sehr politisch. Meine Priorität ist es im Moment, meine eigene Aufarbeitung voranzutreiben, ein neues Leben zu führen. Dieser Weg mit Aguas Bravas hat mir die Möglichkeit gegeben, mich für meine Rechte einzusetzen. Ich weiß, was ich für Rechte habe und wie ich sie verteidigen kann. Unsere aktuelle Regierung hat die Frauenbewegung ziemlich angegriffen.

Wie seid Ihr denn an die Öffentlichkeit getreten?

Abigaíl: Wir begleiten öffentliche Anklagen wie sie zum Beispiel die jungen Männer aus Chinandega gemacht

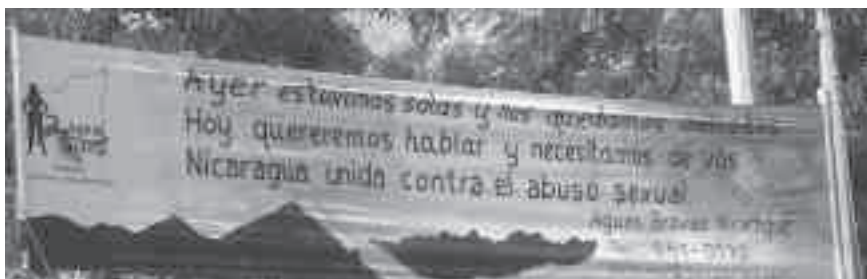
haben, die einen italienischen Priester angeklagt haben, der sie missbraucht hat. Es sind eben auch Männer betroffen, denen es auch sehr schwer fällt, sich als Überlebende anzuerkennen. Um also einen größeren und offeneren Raum zu schaffen, haben wir das „Movimiento contra el abuso sexual“ (Bewegung gegen sexuellen Missbrauch) mitgegründet. Das war dann schon ein sehr viel öffentlicherer Raum und da ging es dann darum, das Thema vom sexuellem Missbrauch und seinen Folgen für die Überlebenden auf den Tisch zu bringen. Das war in so einem öffentlichen Kontext noch mal um einiges schwieriger. Wir haben außerdem verschiedene Materialien und zuletzt eine Broschüre gemacht, um einen Sensibilisierungsprozess anzuregen. Wir nennen das „Alphabetisierung“ in Bezug auf die Bedeutung von sexuellem Missbrauch. Wir geben den Frauen diese Broschüre, damit sie beginnen, zu reflektieren – ob individuell oder in Gruppen. Außerdem haben wir den Leitfaden mit dem Titel: „Jeder Weg beginnt mit einem ersten Schritt“. Andere Materialien dienen dazu, die Vergewaltigten sichtbar zu machen und wir führen mit ihnen öffentliche Aktionen durch. Diese Aktionen haben insbesondere für die betroffenen Frauen einen großen symbolischen Wert und sie fühlen sich stärker und besser. Besonders gilt das natürlich in einer Zeit wie der jetzigen, in der die Gewalt allgegenwärtig ist, und auch vieles außerhalb unserer Kontrolle liegt.

Woran liegt es, dass die sandinistische Regierung die Frauenbewegung so im Visier hat? (Frage und Antwort beziehen sich nicht explizit auf Aguas Bravas, sondern auf die Frauenbewegung allgemein)

Abigaíl: Wir als Frauen waren diejenigen, die sie immer in Frage gestellt haben und ihre Scheußlichkeiten angeprangert haben. Es geht jetzt nicht nur um die aktuelle Regierung und Daniel

Ortega. Es geht da auch um andere Persönlichkeiten aus Regierungskreisen und aus der Politik. Und es wird der jetzigen Regierung nicht gelingen, dass so viele Jahre harter Arbeit, Gewalt gegen Frauen abzubauen und Versuche, Strukturen zu verändern, jetzt einfach von einer Person wie Ortega vom Tisch gewischt wird. Wir haben leider nicht die Macht und die Mittel, um Gerichtsprozesse anzustreben und formale Klagen einzureichen. Aber wir machen Dinge öffentlich und positionieren uns. Die ganze Macht der Regierung kommt daher, dass sie Pakte schließt, in denen sie unter anderem das Leben der Frauen verhandelt. Z.B. jetzt aktuell mit dem Thema des Totalverbots von Abtreibung. Das ist eine unerträgliche Situation für uns Frauen. Denn was bedeutet es für das Leben der Frauen, nicht abtreiben zu dürfen, wenn ihr Leben in Gefahr ist durch das Austragen des Kindes? Oder, wenn es sich um Kinder und Jugendliche handelt, die durch Vergewaltigungen schwanger geworden sind. Wir gehen davon aus, dass die Regierung Angst vor uns hat. Sie verfolgt uns, sie will uns einschüchtern, sie bedroht uns und lanciert Schmutzkampagnen gegen exponierte Frauen der unterschiedlichen Frauenorganisationen. Aber wir sind vorsichtig gewesen in letzter Zeit. Weil wir – ehrlich gesagt – auch nicht die Ressourcen haben, uns mit diesem patriarchalen-politischen System anzulegen.

Zoraida: Es gibt da ja auch viele Widersprüchlichkeiten. Wir Frauen haben in dem revolutionären Prozess – Abigaíl war auch Teil dieses Prozesses – viele Möglichkeiten gehabt. Wir haben mehr partizipiert und ein Bewusstsein für die Rechte bekommen, die uns zustehen. Und jetzt möchte die gleiche Regierung wie damals uns unsere Erfahrungen und unsere Fähigkeiten absprechen. Das geht nicht. Wir sind inzwischen nicht mehr 10 Frauenorganisationen, sondern 300. Das alles ist sehr widersprüchlich. Als ob sie jetzt ausbremsen wollten, was mit ihnen überhaupt erst möglich geworden ist. Sie wollen die Befreiung der Frauen bremsen, weil sie Angst haben, dass ihre patriarchale Macht umgestoßen werden könnte. Aber wir Frauen – und das kann ich in einem globalen Kontext sagen – sind die, die die Geschichte ändern werden.



Auszüge aus dem Manifest der Anderen Kampagne

Die Andere Kampagne ist nun ein Schritt in die Offensive. Und damit ein Klang, der sich, obwohl noch klein, aus dem Mexiko von unten erhebt. Und er erhebt sich, um sich selbst in ein Murmeln zu verwandeln, dann in einen Schrei, und schließlich in eine Bewegung. Mit dieser Reise hat die Andere Kampagne eine Botschaft für die Oberen: „Ya Basta. Es reicht. Jetzt nehmen wir es mit euch auf.“ Ein kalter Schauer läuft über den Rücken des Systems: Anstatt den Oberen zuzuhören, ziehen es die Unteren vor, sich selbst zuzuhören.¹

Positionierung gegenüber der Politik von oben, Hinweis: dieses Kommuniqué wurde von verschiedenen Gruppen der Anderen Kampagne erarbeitet, darunter die EZLN, Mexiko-Stadt 2.7.2006²

ERSTER TEIL

Von den VertreterInnen der Bundesstaaten aus dem Norden Mexikos

Angesichts des Kapitalismus, dem System, das alles in eine Ware verwandelt und darauf abzielt, unsere Kultur abzulehnen, zu unterdrücken und auszulöschen, hat unser Volk seit mehr als 500 Jahren – und seit der Besetzung Mexikos in 1848 – eine Kultur des eisernen Widerstandes bewiesen.

Viele sind gefallen gegen den überwältigenden Druck einer Realität, die nur den Ausdruck der vorherrschenden Kultur erlaubt, als Schau für Touristen und als Vorwand, um Waren zu verkaufen, und nicht selten Menschen. Aber die Andere Kampagne erschafft und entwickelt eine neue Kultur, basierend auf humanen Prinzipien wie Freiheit, gegenseitigem Respekt, Liebe und Solidarität. [...]

Oben ist der Hass gegen den Schwachen und die Frauen. Oben sind die Misshandlung, die Verachtung, die

Schläge, die Vergewaltigung, der Mord. Oben ist die politische Kultur der Korruption, der Günstlingswirtschaft, derer, die sich die Herrschaft kaufen.

Oben sagen sie, dass die kulturelle Arbeit und die Kunst nur eine weitere Sache sind, die verkauft und aufgeteilt werden kann. [...] Oben setzen sie durch, dass man nur in der gleichen Sprache kommuniziert, mit der gleichen Musik, der gleichen Information, dem gleichen Rhythmus, vermengt zu einer einzigen Denkweise.

Oben wird die Verachtung gegenüber allem gefördert, das anders ist: die Indígenas, die Compas, die Armen, die Jugendlichen, die Schwulen, Lesben, Transvestiten, Transsexuellen, gegen alle, die eine andere, eigene Art haben. Oben sagen sie, jung zu sein bedeute, die Musik zu hören, die sie bestimmen, sich anzuziehen, wie sie es vorschreiben, zu reden, wie sie reden, und sogar zu lieben, wie sie das festlegen.

Oben schlägt man vor, dass alles nur eine Sache ist, und als Sache kann man es mit einem Etikett versehen und verkaufen. Oben bestimmt der Konsum, was man kaufen soll und wie viel, und zu welchem Preis.

Oben sagt man, dass jeder alleine ist, dass alle auf sich selbst gestellt sind. [...]

Unten haben wir, die Otra, die einfachen und bescheidenen Menschen getroffen, die dem Oben nicht glauben, die NEIN rufen, die Widerstand leisten und kämpfen gegen dieses Oben, gegen das kapitalistische System. Unten haben wir gemeinsam gelernt und die Men-

schen gesehen, die für den Respekt der Frauen, Mädchen, Alte und Arbeiterinnen kämpfen. Unten bewundern wir die Frauen, die gegen die Ungerechtigkeit kämpfen und rebellieren. [...]

Unten treffen wir jene, die mit anderen Stimmen und auf andere Sprachen kämpfen und sich zuhören: die indigenen Völker, die ihre Kultur verteidigen, die Jugendlichen, die ihre Jugend und ihr Frausein verteidigen, die Schwulen, Lesben, Transsexuellen, Bisexuellen, Transvestiten, die anderen Lieben, die ihr Recht verteidigen, auf ihre Art zu lieben, sich nach ihrer Art zu kleiden und ihre Wünsche zu haben. Unten sagen die Anderen, sagen wir, dass das so nicht geht. Dass es viele Arten von Musik, und viele Formen zu lieben und sich zu kleiden gibt, nicht nur eine einzige, und dass alle leben sollen, wie sie wollen. [...] Unten ist das Kollektiv, die Autonomie, die Solidarität, der Respekt und die Liebe.



<http://www.indymedia.org/de/2006/07/830912.shtml>

In der Anderen Kampagne vereint sich das Unten, und das Oben erzittert. Das Unten beschließt, sich anzusehen, zu reden, sich zu organisieren und zu kämpfen. [...]

Die von oben brauchen wir nicht mehr. Vereinen wir das Unten, das wir sind, und kämpfen wir nach links. [...]

ZWEITER TEIL

Von den VertreterInnen der Bundesstaaten aus dem Zentrum Mexikos

[...] Hier sind wir, hier sprechen wir unser Wort, hier vereinen wir unsere Stimmen, um sie stärker und größer zu machen. Hier erschaffen wir, alle zusammen, diese landesweite Bewegung des Volkes von unten und links, der bescheidenen und einfachen Menschen aus Mexiko.

Hier ist die Andere Kampagne, geboren aus der Sechsten Erklärung aus dem Lakandonischen Urwald, die dazu aufruft, zuzuhören und angehört zu werden, uns zu organisieren, unsere eigenen Formen zu erschaffen, Politik zu machen, gemeinsam unsere Entscheidungen zu treffen, jeden so respektieren, wie sie sein wollen, die Art jedes einzelnen respektierend, jeder Gemeinde, jedes Stadtviertels, jedes Volkes. In der Anderen Kampagne muss niemand aufhören zu sein, was sie sind, um zu sein, zu leben und zu wachsen.

Und wir kündigen an, dass wir den Kapitalismus zu Fall bringen werden. In der Anderen Kampagne werden wir alle die Arbeiter des Volkes sein, die sich beteiligen, kollektiv überlegen und gemeinsam über die großen nationalen Probleme entscheiden. Nur die Bevölkerung ist in der Lage, Lösungen zu finden, die allen Mexikanern zunutze kommen. Deshalb sagen wir, dass das Volk befehlen und die Regierung gehorchen soll. [...]

[...] Die Andere Kampagne lädt Dich ein, Dein Wort vorzutragen und bietet sich an, aufmerksam und respektvoll zuzuhören. Und wenn wir alle vollständig sind, werden wir alle „Mexiko“ sagen, und das Land und die ganze Welt werden dann anders sein, neu und besser, für alle. Eine Welt, in der es für jeden und jede einen Platz gibt, Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie für alle. [...]

DRITTER TEIL

Von den VertreterInnen aus den südlichen Bundesstaaten und der Küste Mexikos

Wir, Männer und Frauen von unten und von links, die immer diskriminiert worden sind und nun das bilden, was wir die Andere Kampagne nennen, rufen alle auf, sich diesem Kampf anzuschließen, um der Verachtung derer von oben ein Ende zu setzen.

Wir alle können von unseren kleinen Orten aus sehen, wie in Mexiko und auf der ganzen Welt die Diskriminierung herrscht, denn wenn sie einen von uns verachten, verachten sie alle, und setzen damit auch der menschlichen Würde ein Ende. [...]

Weil wir jung sind, schikanierten sie uns jeden Tag. Die Polizei hält uns auf der Strasse auf und behandelt uns wie Verbrecher. [...] Wir dürfen nicht so aussehen, wie wir wollen, sondern wie sie das anordnen. Für die da oben macht uns sogar unsere Kleidung zu Kriminellen. [...]

Als Kinder und Alte, und als Menschen, die eine fremde Sprache sprechen, als Ausländer oder Indígenas passiert

uns das gleiche: sie ignorieren uns und denken, wir wüssten gar nichts, dass sie keinen Grund haben, uns zuzuhören. Und wenn sie sehen, dass wir dunkle Haut haben oder arm sind, ist es noch schlimmer, weil sie, ohne uns auch nur einmal anzuhören oder mit uns zu sprechen, bereits entscheiden, dass wir nutzlos sind, und wollen uns unsichtbar machen, dass wir uns schämen zu existieren.

Wenn irgendeiner von uns mal krank wird, erhalten wir von den Ärzten weder Beistand noch Respekt. Wenn wir eine Behinderung haben, wird keine Rücksicht darauf genommen, wie uns das beeinträchtigt [...]. Jene von uns, die HIV-positiv sind, behandelt man, als ob wir keine Menschen wären, sie sagen uns, dass es unsere Schuld sei, dass wir ein schmutziges Leben führen und Sex mit jedem hätten. Und schlimmer, wenn wir effeminiert oder vermännlicht aussehen, wenn sie denken, dass wir Homosexuelle, Lesben und Bisexuelle sind, fragen sie uns über unser Intimleben aus, sie respektieren nicht unser Recht, ein gesundes Privatleben zu haben. Wenn wir unseren Freund oder Freundin in der Öffentlichkeit küssen, wenden sie das Gesicht ab und sagen, wir wären widerlich, gefährliche Kranke. [...]

Wenn wir Straßenkinder sind, sagen sie, wir wären schmutzig und verjagen uns mit der Polizei von den Orten, an denen wir leben. Sie lächeln uns nie an, sie runzeln nur die Stirn, und wenn die Polizei kommt und uns zwingt, ihnen sexuelle Dienste zu leisten, sagt niemand etwas. Weil wir nichts wüssten, weil wir hässlich sind in ihren falschen glücklichen Städten. Weil wir nichts sind.

So gehen sie auch mit uns Frauen um. Wir gelten weniger als Männer und sind das Eigentum jener, die uns beherrschen. Sie sagen uns, dass wir nicht die gleichen Anrechte hätten, dass wir tun sollen, was sie sagen. Wir haben kein Recht auf sexuelle Wünsche, denn unser Körper gehört uns nicht. Wenn wir dick sind, können sie uns auslachen, und das Fernsehen stachelt sie dazu an. Und weil wir Frauen sind, rufen sie uns auf der Strasse dreckige Sachen hinterher, ohne uns zu kennen, als ob wir keine Würde



<http://zapateando.files.wordpress.com/2007/06/laotra>

hätten und nur ein Sexobjekt wären. In unserer Erziehung bringen uns die Ideen derer von oben von Kindheit an bei zu glauben, dass es so gut ist, dass es so sein soll, und dass wir glücklich sein sollen und aufhören sollen, uns so hysterisch zu empören.

Von klein auf fangen sie an, uns diese Lügen beizubringen, denn die von oben fürchten nichts mehr, als uns frei und gebildet zu sehen. Deshalb erlassen sie Gesetze, die das Leben für Mütter und Großmütter schwierig machen, sie erlassen Gesetze, um unsere Körper zu kontrollieren und das, was wir mit unser Leben machen, und sie ermutigen jene, die uns missbrauchen und ausbeuten wollen, es zu tun. Wenn wir zuhause geschlagen werden und das bekannt machen, glauben uns die Medien nicht, es gibt Menschen, die uns beschuldigen, zu lügen und unsere Familien nicht zu lieben. Wenn sie uns töten, lassen sie unsere Mörder frei herumlaufen und sagen, sie wären vorbildliche Bürger, dass wir die Kriminellen gewesen wären, die schlechten Ehefrauen und schrecklichen Weiber.

Und wenn wir zu Sexarbeitern und Sexarbeiterinnen werden, weil wir arm sind und weil das System und der Machismo unser Leben zerstören, ist es, als ob man nicht tiefer sinken könnte. In dieser Sprache, in unserem täglichen Leben, schien es nichts Schlimmeres zu geben, als „puta“ [Hure] genannt zu werden. Wegen unserer Arbeit erlaubten sie uns nicht, uns gut um unsere Kinder zu kümmern, sie in der Schule einzuschreiben, und sie behandelten uns auch nicht gut, wenn wir ins Krankenhaus mussten. Außerdem hatte die Polizei die Erlaubnis, alles mit uns zu machen, was sie wollten, weil wir für die von oben weder Rechte noch eine würdige Identität hatten. [...]

Jenen von uns, die transsexuell sind oder intersexuell, sagt man alles mögliche nach, ganz gleich, was wir tun. Wir können nicht baden gehen ohne Angst zu haben, weil die Gesetze und die Erziehung von oben uns zwingen wollen, entweder völlig männlich oder völlig weiblich zu sein, und wenn wir sagen, dass wir menschlich sind, dann existieren wir gar nicht. Deshalb macht unsere Art uns zu kleiden, zu Verbrechen, unsere Gesichter führen dazu,



<http://zapateando.wordpress.com/>

dass wir von allen politischen Parteien und der Kirche beleidigt werden, und wenn wir glücklich sein wollen, sagt uns der Kapitalismus, dass das nicht geht, nicht so, wie wir sind, dass wir uns seinem Spiel und seinen Definitionen unterwerfen müssen.

Für jene, die diskriminieren, ist es am wichtigsten, dass wir nicht wissen wer wir sind. Aber wir in der Anderen Kampagne glauben, dass wir alle zusammen und verschieden schöner sind und es macht uns stolz, dass man uns zuhört, wenn wir sagen, wer wir sind. Und so werden wir alle, dort wo wir unsere Kämpfe führen, unterdrückt, weil wir versuchen, uns zu organisieren. Sie wollen uns spalten. Jene von oben, mit ihren schlechten Regierungen, versuchen, uns mit Geld, Versprechen und Lügen und ihren falschen Wahlkampagnen zu kaufen. Aber wir werden nicht schweigen. Sie wollen uns zum Schweigen bringen, uns unterdrücken, uns schlagen, uns einsperren, weil wir soziale Kämpfer sind, uns verschwinden lassen und uns sogar töten. Aber wir sind bereits viele Stimmen, die Echos haben.

All dies sind unsere Geschichten, die gleichen, die wir mit den Stimmen der Anderen Kampagne geteilt haben. Gemeinsam lernen wir, einander zuzuhören, uns kennenzulernen und zu kämpfen, um unsere Welt zu verändern. Denn wir fühlen alle den Schmerz, verachtet zu werden. Aus diesem Grund laden wir alle ein, sich mit diesem Schmerz zu identifizieren. Und wenn sie es genau so satt haben, verachtet zu werden, wie wir es tun, sollten wir uns alle zusammentun und immer kämpfen, um dieses System zu beenden, diesen Kapitalismus, der uns aussondert, uns verurteilt und uns tötet.

Kämpfen wir jeden Tag gegen die Diskriminierung, um für uns eine andere Art zu leben zu schaffen: würdig und gerecht. Ein Hoch auf die Andere Kampagne! Ein Hoch auf alle, die diskriminiert werden!

VIERTER TEIL

Von den VertreterInnen der Bundesstaaten aus dem Südosten Mexikos

[...] Wir sind alle hier versammelt, weil wir sehen, dass der Kapitalismus Raub und Ausbeutung bedeutet. Der Ursprung all dieser Unterdrückungen ist das kapitalistische System, in dem eine Minderheit sich unsere Arbeit aneignet, unser Land, Wasser und unsere natürliche Ressourcen, unsere Gesundheit, unser Brot, unsere Wohnungen und unsere Bildung. [...]

In der Anderen Kampagne organisieren wir uns, damit alle Personen, auf dem Land und in der Stadt, gemeinsam ein Land und eine Welt aufbauen, in der wir alle Obdach, Land, Arbeit, Schulbildung, ärztliche Versorgung und gute Ernährung haben. [...]

Wir rufen dazu auf, uns zu organisieren, damit wir alle einen Platz haben, um in Würde leben zu können [...]. Wir bitten nicht um einen Posten bei der Regierung und wollen uns auch nicht über irgend jemanden stellen. In der Anderen Kampagne versuchen wir, einen Platz im Kampf für die Befreiung aller Völker Mexikos und der Welt zu haben.

Gracias Compañer@s. Es leben alle Frauen und Männer, die für eine bessere Welt kämpfen! [...]

- 1 Aus: *Die ersten anderen Winde, Zapatistische Armee der nationalen Befreiung, Mexiko, 2006, Online: 7.07.2009* <http://projekte.free.de/bankrott/basta/c20060218.html>
- 2 *Leichte Überarbeitung: Gruppe B.A.S.T.A., Übersetzung von Dana, Online: http://projekte.free.de/bankrott/basta/c20060702.html, Quelle: http://enlacezapatista.ezln.org.mx/la-otra-campana/370/ (Text + Audio)*

Tropischer Obstsalat

Der 1. Mai in San Salvador

[Ulf Baumgärtner] Der Internationale Tag der Arbeiter und Arbeiterinnen – hier und anderswo und bis hinein in die sozialen Organisationen und linken Parteien zum Tag der Arbeit verunstaltet – ist in El Salvador noch ein Barometer für die politische Stimmung im Lande.

Dieses Jahr ganz besonders, fiel er doch zwischen den Wahlsieg von Mauricio Funes und der FMLN am 15. März, den auch die Friedrich Ebert Stiftung (FES) „einen Aufbruch in der Geschichte des Landes“ nennt, und die Amtsübernahme Funes' am kommenden 1. Juni. Also trafen am 1. Mai auf den Straßen San Salvadors Traditionen und Demoregionen als Ausdruck von politischen Strategien zusammen, Stolz darüber, endlich einen Sieg errungen und eine Wende einge-

hinter der anderen, mit gewaltigen Transparenten, Plakaten an Stangen, T-Shirts in den jeweiligen Farben.

Die Gewerkschaften machen durch diese Methode einen mächtigen Eindruck, und auch weil in El Salvador jeder Betrieb, jedes Amt eigene Gewerkschaften hat, deren Verbände und Dachverbände häufig schwach sind, kaum mehr als auf dem Papier existieren. Tatsächlich ist durch den Krieg und die 20 Jahre neoliberale Strukturanpassung und „Staatsreform“ der Organisationsgrad immer mehr gesunken. Die Sektoren, die vorübergehend gewachsen sind, wie die Maquila, oder ständig weiter wachsen, wie der sogenannte informelle Sektor (heute lebt praktisch jede zweite Person in El Salvador selbst, die im arbeitsfähigen Alter ist, von der Hand in

benbei könnte man auch ohne Insignien am Zustand des Lautsprecherwagens erahnen, ob da eine Gewerkschaft marschiert, die schon bessere Tage gesehen hat, oder eine NGO, die erfolgreich Mittel der „internationalen Gemeinschaft“ einwirbt.

Eine alte Tradition ist auch die Beteiligung der StudentInnen, ArbeiterInnen und DozentInnen der Nationaluniversität UES, der einzigen öffentlichen im Land, in ihrer ganzen Vielfalt oder Zersplitterung – je nachdem, wie man es sehen will. Der Bloque Universitario zum Beispiel mit seinen 17 Organisationen ist nur einer von einem Dutzend Demoblocks der UES. Sie sind jedenfalls nicht zu übersehen, im Gegensatz zu den StudentInnen und Angestellten der zahlreichen Privatuniversitäten – die man übersehen muss, weil sie schlicht nicht organisiert sind und deshalb allenfalls als Einzelpersonen in anderen Blöcken an der Maidemo teilnehmen. Die UES-DemonstrantInnen pflegen sich am Haupteingang ihres Campus zu formieren und ein paar Straßen weiter zum Hauptzug zu stoßen. Bis dahin und auch danach pflastern Grafitis, eingeschlagene Reklamevitрины, das eine oder andere zerdepperte Auto und Böllerschüsse, vorzugsweise in Unterführungen, ihren Weg. Die überwiegend jungen Leute, die auf diese Weise verhindern, dass der internationale Kampftag der Arbeiterklasse mit einer Latschdemo begangen wird, gehören einigen der unzähligen studentischen Gruppen der UES an, bilden Cliques von Straßenjugendlichen (in den rechten Medien natürlich immer Angehörige von „maras“, Jugendbanden) und verummten sich häufig.

Das ist auch schon Tradition – in San Salvador genauso wie in Kreuzberg oder Friedrichshain, Santiago de Chile oder Seattle – wo es nicht ein radikalisiertes Element ist, wie dereinst in der Anti-AKW-Bewegung oder in den Anfängen der Antiglobalisierungsbewegung, ist es ein Ritual, ebenso wie das anschließende La-



leitet zu haben, und Erwartungen, vor allem an die Leitfigur, Mauricio Funes. Skeptische Stimmen, Unkenrufe, die jetzt auch schon wieder seit Monaten ertönen und manchmal anmuten, als sehe man das Pferd bereits im Schlachthaus, bevor es noch aus dem Stall gekommen ist, haben bei einem solchen Massenaufmarsch allenfalls am Rande, wo man alte FreundInnen und Bekannte trifft, Platz.

Neben altbekannten Gesichtern in der Stunden dauernden Demo auch alte Traditionen. Streckenweise wird der Marsch als Gänsemarsch organisiert, eine Gewerkschaft ordentlich

den Mund), sind praktisch gewerkschafts“frei“. Auch in Zeiten von Internet und Handy, die in El Salvador womöglich noch hochgradiger fetischisiert sind als in Europa und den USA, verzichten die Gewerkschaften selten auf ein eigenes Flugblatt, in dem an Chicago 1886 und den Kampf um den Acht-Stunden-Tag erinnert wird, und alle haben mindestens ein Megaphon, meist einen Lautsprecherwagen. Das sorgt für Kakophonie, vor allem, wenn die Demo das historische Zentrum erreicht, wo sich auch an diesem Tag watt-verstärkte MarktschreierInnen überbieten. Ne-

mento über den schändlichen Angriff auf das Privateigentum – als ob Immobilienkrise und Börsencrash nicht unendlich viel mehr Privateigentum an Produktions- und Lebensmitteln zerstörten.

Spätestens an dieser Stelle kommen neue Elemente (seit sich die FMLN für die Wahlstrategie mit dem zunächst unabhängigen Sozialdemokraten Mauricio Funes entschieden hat, auch nicht mehr ganz neue) in das 1. Mai-Bild vom Zustand der sozialen und linken Bewegung El Salvadors. Wie schon bei seiner Wahlsiegesrede hat Mauricio Funes auch bei seiner über weite Strecken rhetorisch brillanten Mai-Rede ein deutliches Bekenntnis zum Privateigentum abgeliefert – wobei er klar das Privateigentum an Produktionsmitteln meint und nicht jenes an Subsistenzmitteln, das wir meinen, wenn wir uns z. B. für Landzugang für Parzellenbauern einsetzen. Es ist also nur folgerichtig, wenn die Lautsprecherwagen während der Demo die StudentInnen ein ums andere Mal aufforderten, Kapuzen, Tücher und andere Textilien zum Vermummen abzulegen, wenn der Hauptdemozug von der traditionellen Route, die schnurstracks am Nationalpalast vorbei führt, umgeleitet wurde, weil dort selbst der neue Arena-Bürgermeister von San Salvador anlässlich seiner Amtseinführung einen Cocktail offerierte. (Zu den eigenartigen Traditionen El Salvadors zählt, dass die neu gewählten Bürgermeister immer am 1. Mai in ihr Amt eingeführt werden – vermutlich weil die ArbeiterInnen und Angestellten der Gemeindeverwaltung bei so was eh nichts verloren haben und daher getrost auf der Straße für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze demonstrieren können, die wechselt die Parteifarbe einer Gemeinde, ebenfalls traditionell ins Wackeln kommen.)

Auch wenn die FMLN offiziell nicht die Demo-Leitung innehat und immer am Ende der Maidemo marschiert, wohl wissend, dass die Frauen und Männer vor ihr eh alles Militante (Aktive d. R.) oder zumindest WählerInnen sind, war ihre Handschrift in der Demoregie nicht zu übersehen, und die entspricht der Politik der nationalen Einheit, die sich Funes auf die Fahnen geschrieben hat.

Auch nicht mehr ganz neu, weil seit ein paar Jahren Bestandteil der Maidemos, war der kleine Block von „Entre Amigos“, einer Organisation von Lesben und Schwulen, deren sichtbare Köpfe immer wieder Morddrohungen erhalten, und die am Tag



zuvor eine Niederlage einstecken musste, als das Parlament der auslaufenden Legislatur mit 75 von 84 Stimmen (also auch der Mehrzahl der FMLN-Stimmen) das Verbot, homosexuelle Partnerschaften „Ehe“ zu nennen, nebst des Verbotes für solche Paare, Kinder zu adoptieren, in die Verfassung schrieb.

Und dann sind da, ebenfalls seit ein paar Jahren, die stets mobilen und somit fast allgegenwärtigen selbsternannten Pastoren der Iglesia Luterana Popular, der Lutherischen Volkskirche (die im Gegensatz zur Lutherischen Kirche des Bischofs Medardo Gómez keine Partnerschaft mit der Bayrischen Landeskirche hat) mit ihrer Anhängerschaft – neuerdings in Konkurrenz aber sich annähernd mit dem Star unter den linksradikalen evangelikalen Predigern, William Chamagua, Haupteigentümer des bei der FMLN-Militanz überaus beliebten Radio Cadena Mi Gente, wo er den Apostel Paulus und Karl Marx locker in einen Topf wirft und, wenn er den Prediger ablegt und den Eigentümer betont, darauf hinweist, dass er ein Pastor ist, der zur Regierung Gottes gehört und dass es in der Regierung Gottes keine Demokratie gibt. So vor einem Jahr in einer Auseinandersetzung mit David Rivas, dem damaligen Direktor des Radios, der heute Spre-

cher und Kommunikationsverantwortlicher von Mauricio Funes ist. Die Volkslutherischen jedenfalls hatten an diesem 1. Mai Ordnerdienste übernommen, mit einheitlichen T-shirts und entschlossenen Gesichtern an neuralgischen Stellen und

vor allem zum Schutze der Prominenz um die Tribüne auf dem Kundgebungsplatz vor der Kathedrale Ketten bildend.

Weniger sichtbar, weil eben zur Prominenz gehörend, die „Amigos de Mauricio“, jene Truppe, die Mauricio Funes um sich geschart hat und von der böse Zungen behaupten, dass sie näher an seinem Ohr ist als die Politische Kommission der FMLN. Unter den Amigos sind einige Gestalten, deren Vergangenheit und Status für Skepsis gegenüber der künftigen Regierungslinie von Funes sorgen. Luis Angel Lagos zum Beispiel war Mitbegründer der paramilitärischen Organisation ORDEN, oder der als künftiger „Verteidigungs“minister gehandelte Ex-Oberst Mungía Payés, der der letzte Kommandeur des Bataillon Atlacatl war, oder der Unternehmer Enrique Rais, der vor Jahren in den Korruptionsfall der Banco de Fomento Agropecuario verwickelt war und damals für eine halbe Million Colones Kautions auf den freien Fuß gesetzt wurde, auf dem er heute Mit-eigentümer und Leitungsfigur von MIDES ist, der Firma, die die zentrale Mülldeponie von Groß-San Salvador betreibt, an der auch zehn FMLN-regierte Gemeinden beteiligt sind, und deren Präsident der Ex-General Orlando Zepeda ist, der im Bericht

der Wahrheitskommission von 1993 als Kriegsverbrecher genannt wird. Enrique Rais soll Mauricio Funes eine namhafte Spende für dessen Wahlkampf gemacht haben – vielleicht im Hinblick auf eine künftige nationale Abfall-Politik, bei der die expandierende Firma MIDES sicher mitspielen wollen. Vielleicht auch nur, weil selbst bestimmte Unternehmerkreise nach 20 Jahren ARENA-Herrschaft voller Willkür, Korruption und Straflosigkeit genug hatten. Ähnlich mag es sich mit dem Großkredit verhalten, den Funes von der Unternehmerfamilie Nicolas Sálume erhalten hat – Nicolas Sálume Junior ist jedenfalls Präsident der noch staatlichen Elektrizitätsgesellschaft CEL, die das neue Wasserkraftwerk El Chaparral bauen lässt, das wegen der befürchteten Umweltschäden und Landvertreibungen umstritten ist.

Regierungsjahren handhaben werde. „Ich stehe hier als Arbeiter, fuhr er fort, ...und als Präsident werde ich Euch in Euren Kämpfen begleiten.“ Anders als klassische FMLN-FührerInnen, die selbstverständlich davon ausgehen, dass die Partei die Avantgarde der Arbeiterklasse, wahlweise des Volkes ist, und wenn das mal klargestellt ist, die Führungsrolle des Volkes betonen können: El pueblo manda – das Volk befiehlt, unterstrich Funes zwar, dass „heute der Tag jener ist, die El Salvador bauen“, wies den Baumeistern aber dann klar ihren Platz zu: „Ihr werdet einen partizipativen Platz in meiner Regierung haben.“ Die Friederich-Ebert-Stiftung hat also völlig recht, wenn sie Mauricio Funes als Sozialdemokraten eingemeindet – und tatsächlich hat er daraus auch nie einen Hehl gemacht. Angesicht bestimmter Befürchtungen,

Da es offensichtlich darum ging, am Tag der Arbeiterklasse die Treue zur Arbeiterklasse, zum Volk, zu den Wahlversprechen, zur neuen Hoffnung und zum „cambio“ zu betonen, hoben Funes und sein Vorredner, der gewählte Vizepräsident Sánchez Cerén, weniger die zentrale Strategie der kommenden Regierung und der Partei hervor: die Herstellung der nationalen Einheit.

Ob diese, mit dem erbärmlichen Zustand des Landes und der internationalen Wirtschaftskrise begründete Politik, die gleichwohl an die alte Politik lateinamerikanischer Kommunistischer Parteien, das Bündnis mit den „nationalen Bourgeoisien“ zu suchen, gelingen wird, wird sich vielleicht nicht in den ersten 100 Tagen der Funes-Regierung, aber ziemlich bald herausstellen.

Schließlich fiel der 1. Mai auch mit den ersten 100 Tagen der Obama-Regierung in den USA zusammen. Obwohl schätzungsweise 2,5 Millionen SalvadorianerInnen in den USA leben und zeitgleich große Demonstrationen in Washington, Los Angeles und anderen Städten stattfanden mit den Forderungen, die Razzien an den Arbeitsplätzen und die Deportationen zu stoppen, endlich eine gerechte und humane Einwanderungsreform zu machen und die Verfolgung von Papierlosen mit lokalen und bundesstaatlichen Gesetzen und Verordnungen einzustellen, nahm dieses Thema keine breiten Raum ein am 1. Mai in San Salvador. Obama mit seinem „change“ und „yes, we can“ und seinem Wahlsieg, der die lange Bush-Herrschaft beendete, war das Vorbild für die Funes-Wahlkampagne. Kurz vor dem 1. Mai hat Obama neuerlich betont, dass die Grenzsicherheit sein vorrangiges Ziel ist, um so zunächst mal das öffentliche Vertrauen in eine Einwanderungsreform zu gewinnen. Über die anhaltenden Razzien in den Betrieben, um Papierlose zu verhaften und anschließend abzuschicken, hat er bei dieser Gelegenheit wieder kein Wort verloren. Ähnlich versucht Funes das Vertrauen der Privatwirtschaft zu gewinnen, um wenigstens die bescheidenen Reformen und Verbesserungen, die sein Regierungsprogramm vorsieht, durchführen zu können.



Die ob solcher Zusammenhänge skeptischen ZuhörerInnen auf dem Kundgebungsplatz waren sicher in der Minderheit, verglichen mit all jenen Militanten und Sympathisanten, die ebenfalls gespannt auf Mauricio Funes' Rede warteten. Politisch korrekt begrüßte er als erstes die Arbeiter und Arbeiterinnen, dann die Führer der sozialen Bewegung, seinen Vize Salvador Sánchez Cerén und schließlich die Genossin First Lady. Da gemunkelt worden war, man habe ihn darauf aufmerksam gemacht, dass er am 1. Mai in San Salvador sein müsste und nicht in Chile (offiziell hat er diesen Termin wegen Problemen mit den Flugverbindungen verschoben), erinnerte er zuerst daran, dass er vor einem Jahr versprochen habe, gegebenenfalls als gewählter Präsident wieder bei der Maikundgebung zu sein – und es so auch in den kommenden

die mit seiner Geheimnistuerei um sein künftiges Kabinett zu tun haben, betonte er sodann, „ich weiche keinen Millimeter vor der Rechten zurück“, und mit den Führern der sozialen Bewegung habe man Mechanismen der Verständigung vereinbart. Leider erwähnte er die fehlende Einheit der sozialen Bewegung, nur kurz, um sich dann wieder dem herbei geströmten Volk zuzuwenden: „Dies ist ein Wechsel wie es ihn nie zuvor gegeben hat. Es wird ein geordneter Wechsel sein. Um die Krise zu meistern, brauche ich eure Beteiligung und euer Verständnis.“ Man könne aber sicher sein, dass es mit ihm „nicht ihr sein werdet, die die Zeche bezahlen.“ Und dann die schon während des Wahlkampfes gesetzten Prioritäten: Beschäftigung, Unterstützung der Bauern und Bäuerinnen, Gesundheit, Bildung – Verbesserung des Lebensstandards.

Konkrete Fortschritte für die Basis

Interview mit Douglas Moran vom Movimiento Comunal Matagalpa

Das Gespräch führten Eberhard Albrecht und Andrés Schmidt am 8. April 2009 im Ökumenischen Büro.

Die Regierung Daniel Ortega wird von vielen Seiten kritisiert. Wir haben aber den Eindruck, dass diese Kritik vor allem von Menschen kommt, die in den großen Städten leben und denen es persönlich ganz gut geht. Du lebst in San Isidro und arbeitest mit dem MCM, einer Organisation, die sich sehr stark mit Basisarbeit beschäftigt. Durch Deine Arbeit und Dein Leben in San Isidro hast Du guten Kontakt zu Menschen, die auf dem Land leben, und die teilweise sehr arm sind. Hat sich mit der Regierung Daniel Ortega die Situation der armen Menschen, vor allem auf dem Land, verändert und wie sehen dies die Betroffenen?

Dies ist eine Frage, die den Kern trifft, denn tatsächlich hat es ganz wesentliche Veränderungen gegeben. Dies kann ich aus den tagtäglichen Erfahrungen meiner Arbeit mit den Ärmsten der Landbevölkerung behaupten. Im Vergleich zu den vorhergehenden neoliberalen Regierungen hat sich viel geändert. Die Änderungen, die weitergehen, ergeben sich aus dem Prozess der politischen Arbeit und aus den Entwicklungs- und Sozialprogrammen der Regierung. In den Medien hört man fast nur scharfe Kritik an der Regierung. Das hängt damit zusammen, dass die unter dem Einfluss der Rechten stehen und nur den Standpunkt der Opposition wiedergeben. Dort werden nur die Fehler der Regierung breitgetreten, das Gute, was die Regierung auch macht, taucht nicht auf. Da sind einige ganz konkrete Maßnahmen, die von der Bevölkerung als wesentliche Verbesserungen wahrgenommen werden. Zum Beispiel das Erziehungswesen: während der 16 Jahre, als das neoliberale System vorherrschte, wurde auf Privatisierung gesetzt. Erziehung als Ware

war das Motto, sowohl in den Grundals auch in den weiterführenden Schulen und Universitäten. Mit der neuen Politik des Erziehungsministeriums hat es Änderungen gegeben, von denen die Mehrheit profitiert. Zum Beispiel wurde beschlossen, dass auch Kinder, deren Familien nicht in der Lage sind, die blau-weiße Schuluniform zu kaufen, die Schulzentren betreten dürfen. Ein ähnlich großer Fortschritt ist, dass Schüler

„Ich glaube, man kann mit Recht behaupten, dass die FSLN mit der neuen Politik der linken Regierung Präsident Daniel Ortegas ganz wichtige konkrete Schritte gemacht hat“

aus wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen beim Erwerb von Schultaschen und Unterrichtsmaterialien unterstützt werden. Auch die früher üblichen Beiträge zu den Verwaltungskosten der Schulzentren wurden abgeschafft. Das ist ein sehr konkreter Schritt in Richtung kostenfreie Bildung für alle. Für die Wirtschaft der Kleinbauern und -bäuerinnen ist das Entwicklungsprogramm *Hambre Cero* (Null Hunger) wichtig, von dem ich denke, dass es sehr positive Ergebnisse haben wird, vor allem in den Bereichen Ernährungssicherheit und wirtschaftliche Entwicklung der Familien auf dem Land. Also ich glaube, man kann mit Recht behaupten, dass die FSLN mit der neuen Politik der linken Regierung Präsident Daniel Ortegas ganz wichtige konkrete Schritte gemacht hat.

Hat sich Deine Arbeit an der Basis mit dem MCM durch die Regierung Ortega geändert?

Für die Arbeit des Movimiento Comunal ist es ganz wichtig, sich auf die politischen Rahmenbedingungen

einzustellen. Daher gehört es zu seinen Aufgaben, vor Wahlen eine politische Analyse durchzuführen, z. B. was es bedeutet, wenn die PLC (Partido Liberal Contitucionalista) gewinnt, die ALN (Alianza Liberal Nicaraguense) oder die Frente Sandinista. Dabei kamen wir zu folgendem Schluss: Wenn die PLC gewinnt, geht der Kampf weiter, und wenn die Frente Sandinista gewinnt, auch, nur ist es dann einfacher. In diesem Kampf geht es immer darum, die Regierungspolitik so zu beeinflussen, dass sie der Bevölkerung Nicaraguas nützt. (...)

Viel Kritik gibt es von einigen NGOs, die teilweise mit der Regierung Ortega große Probleme hatten. Wir denken dabei z. B. an die Frauenorganisation Grupo Venancia aus Matagalpa. Was hältst Du von diesen Konflikten?

Zuerst einmal, wir, das MCM, bedauern die Art und Weise, in der die Überprüfungen bei diesen Organisationen durchgeführt wurden. Aber ich glaube, die Sache selbst entspricht der Gesetzeslage. Auch wenn in den Jahren des neoliberalen Systems solche Überprüfungen nicht gemacht wurden, mit denen der Staat einen Einblick gewinnt, wie die NGOs und sozialen Bewegungen funktionieren, und vor allem etwas erfährt über die Mittel, die über sie ins Land gelangen. Wir als Organisation sehen ein, dass die dabei gewonnenen Informationen für den Staat interessant sind. Außerdem ist es im Fall Grupo Venancia aus Matagalpa so, dass die dort gegenüber der Regierung geäußerte Kritik mit politischen Differenzen zu tun hat, dass es um Personen geht, die behaupten, links zu stehen und sich in Wirklichkeit eher in der Mitte positionieren und die nicht wirklich eine Politik unterstützen, die der Bevölkerung Matagalpas dient. Ich glaube, dass es dabei um die Positionierung

einzelner Personen aus Matagalpa geht und nicht die einer politischen Organisation. Ich glaube, daher rührt das Problem und daher, dass dort Führung und Aufgaben nicht klar definiert sind.

Also heißt dies, dass es sich in diesem Fall eher um ein persönliches Problem handelt?

Ja, nach meiner politischen Analyse, meinen Erfahrungen von meiner Arbeit und dem, was ich über die politische Situation Nicaraguas weiß, denke ich, dass es um sehr persönliche Gefühle und Abneigungen geht. Und vielleicht kommt dies in den Nachrichten, die die internationalen Medien verbreiten, nicht so rüber.

Heißt das, dass Du nicht den Eindruck hast, der Fall Grupo Venancia hat mit den allgemeinen Problemen zu tun, die Daniel Ortega mit

und den Somozismus unterstützt hat. Vielleicht wurde die Entscheidung zum Schwangerschaftsabbruch gar nicht so sehr von der politischen Positionierung Daniel Ortegas bestimmt. (...) Denn Daniel Ortega entscheidet im Parlament nicht über die Annahme von Gesetzen. Außerdem ist es so, dass für die Verabschiedung eines Gesetzes in Nicaragua 47 Stimmen notwendig sind und die hat die FSLN nicht. Deshalb muss man sagen, die Rechte greift manchmal die Regierung für Dinge an, an denen sie selbst maßgeblich beteiligt war, aber nicht, um der Bevölkerung zu nützen, sondern um die Regierung anzugreifen. Was den zweiten Punkt betrifft, das Thema des sexuellen Missbrauchs der Stieftochter, so ist es für mich sehr schwer, mich damit zu beschäftigen. Es geht dabei um persönliche

schen Spiel mitmachen, das über internationale Finanzierung läuft. Denn den Einfluss der Amis gibt es zweifelsohne. Die Regierung der Amis versucht immer, über solche Organisationen in die Politik einzugreifen. Daher glaube ich, muss man sagen: Jawohl, wir arbeiten für die Verteidigung der Rechte, aber ohne dass die Amis Einfluss nehmen. Dann dies ist eines der großen Probleme.

Ein Teil der Kritik richtet sich gegen die CPC. Wie sieht dies bei Dir in San Isidro aus? Gibt es dort einen CPC und hat dort der Consejo del Poder Ciudadano Bedeutung und wie sind Deine persönlichen Erfahrungen damit?

Hierbei geht es um ein Projekt der Regierung, die versucht, ihre politischen Initiativen zu unterstützen. Es ist eine groß angelegte Strategie mit großer politischer Bedeutung. Aber die Erfahrung, die wir bisher im Kreis und im Rahmen unserer Arbeit im Movimiento Comunal damit gemacht haben, zeigt uns, dass kein Fundament dafür existiert und dass das Wissen fehlt, wie man für die Verteidigung der Rechte kämpfen muss. Eine Ursache dafür ist der Anspruch, der auf nationaler Ebene und auch im Kreis San Isidro erhoben wird, nämlich dass sich im CPC Menschen aller politischen Richtungen engagieren. Und das stimmt einfach nicht. Es gibt eine Struktur mit diesem Anspruch, aber zum Schluss findet man dort nur Sympathisanten und Aktivisten der FSLN. Die Organisation wird nur in geringem Maße von der Bevölkerung akzeptiert. Eigentlich nur von der politischen Partei, die die Struktur geschaffen hat. In San Isidro fehlt ihnen außerdem die Kraft, die Bevölkerung zu mobilisieren. Erstens, wegen der Art und Weise, wie sie sich organisiert haben. Zweitens, weil ihnen die Kenntnisse fehlen, wie man mit den Leuten arbeiten muss. Drittens, weil sie keine klare Strategie haben, was sie als CPC eigentlich machen wollen und viertens, weil sie nicht in allen Gemeinden des Kreises organisatorisch präsent sind. Ich bin mir dessen bewusst, dass es CPC in San Isidro gibt, aber ich habe nicht die geringste Angst, dass sie die Arbeit des MCM behindern. Wir begegnen dem CPC auf Augenhöhe. Unsere Überzeugung

Zu einigen der in diesem Interview vertretenen Positionen möchten wir – als Redaktion – Stellung beziehen: Wir halten das derzeitige absolute Abtreibungsverbot in Nicaragua für eine Menschenrechtsverletzung. Jede Frau hat in jeder Situation das Recht alleine über ihren Körper zu entscheiden. Wir sind der Ansicht, dass die Anklage des jahrelangen sexuellen Missbrauchs von Zoilamérica Narváez gegen ihren Stiefvater Daniel Ortega keine „Familienangelegenheit“ ist. Außerdem gibt es zweifelsohne eine Einflussnahme durch Geldgeber der „Internationalen Gemeinschaft“, aber dies eignet sich nicht als Erklärung der kritischen Einstellung der NGOs gegenüber der Regierung Ortega.

Frauengruppen hat? Ich beziehe mich auf den Kampf der Frauen gegen die Ausweitung der Strafbarkeit beim Schwangerschaftsabbruch und darauf, dass Daniel Ortega von seiner Stieftochter des sexuellen Missbrauchs beschuldigt wird. Ein Vorwurf, der seit zehn Jahren im Raum steht und bei dem sich die Frauenorganisationen auf die Seite der Stieftochter gestellt haben. Bist Du also nicht der Meinung, dass die Überprüfung der verschiedenen Frauenorganisationen sehr wohl als Teil einer politischen Auseinandersetzung bezeichnet werden müsste?

Zuerst einmal: der Schwangerschaftsabbruch ist natürlich ein sehr politisches Thema, das mit der Geschichte Nicaraguas zu tun hat. Das sage ich, weil es damit zu tun hat, dass die Kirche zur Zeit der sandinistischen Revolution immer dagegen war

Probleme, um die Probleme einer Familie, der es nicht gelungen ist, dieses Problem zu lösen. Es wurde daraus ein öffentlicher Skandal, dessen Ursache vor allem in den rechten Medien zu suchen ist. Es gibt also Einflüsse, die mit der Ausweitung der Strafbarkeit beim Schwangerschaftsabbruch zu tun haben und die auch mit dem sexuellen Missbrauch der Stieftochter, aber sie sind nicht so, wie sie in den Medien dargestellt werden. Mir fällt es sehr schwer, das Thema in seiner Tiefe anzusprechen und vielleicht gelingt es mir auch nicht, das zum Ausdruck zu bringen, was ich dazu denke. Aber ich schließe nicht aus, dass diese beiden Probleme Einfluss darauf haben, dass die Frauenorganisationen ein bisschen unterdrückt werden, bzw. Gruppen, die sich wirklich für die Verteidigung der Rechte einsetzen und nicht im politi-

als soziale Organisation ist es, dass es unsere Aufgabe ist, zu koordinieren, keine parteipolitischen Aktionen, sondern soziale politische Initiativen zum Wohl der Bevölkerung (...)

Wir hatten den Eindruck, dass das MCM der Mitarbeit im Consejo Nacional de Planificación Económica Social (CONPES) auf Departementsebene große Bedeutung beigemessen hat. Mit der Schaffung der CPCs hat sich innerhalb des CONPES einiges geändert. Hat das Einfluss auf die Mitarbeit des MCM in diesem Gremium? Wie nennen sich überhaupt die entsprechenden Strukturen auf Departements- und Kreisebene?

CONPES war eine Institution auf nationaler Ebene, in der verschiedene Organisationen der Zivilgesellschaft Nicaraguas vertreten waren. Er wurde von dem neoliberalen System geschaffen. Unsere Organisation war da auch vertreten. Auf der Ebene der Kreise und Departements gab es Entwicklungskomitees (Comité de Desarrollo). Diese Institutionen boten Räume, in denen man auf den verschiedenen Regierungsebenen auf die öffentliche Politik Einfluss ausüben konnte. Sie waren aber auch der Ort, wo man informiert wurde über Diskussionen im Parlament zu Programmen der sozialen Entwicklung. Aber im Jahr 2008 ist CONPES, die Institution auf nationaler Ebene, verschwunden. Und auch auf den Ebenen der Departements und Kreise scheinen die Entwicklungskomitees verschwinden zu wollen. Diese Entwicklung hat heftige Kritik hervorgerufen, denn sie bedeutet, dass der Raum für eine Partizipation der Bürger eingeschränkt wird und ihnen auf allen Ebenen, lokal, regional und national, die Möglichkeiten zur Einflussnahme beschnitten werden. Aber ich glaube, unser großes Problem ist es, dass viele der Organisationen der Zivilgesellschaft entweder gegen oder für die Regierungspolitik sind und dass es deshalb wohl das Beste ist, dass die Mehrheit im CONPES entschieden hat, sich aufzulösen und statt dessen direkten Einfluss in den Regierungskabinetten der verschiedenen Ebenen auszuüben. Denn ihnen, den CPCs ist diese Funktion auf allen Ebenen zugewiesen worden. Das ist ganz klar defi-

niert und deshalb verschwinden die alten Strukturen. Stattdessen heißt es, in den neuen Strukturen der Regierung bzw. der sie tragenden Partei arbeiten. (...)

Die Entwicklung, die Du für den CONPES beschrieben hast, erweckt bei mir den Verdacht, dass sich darin die Strategie der Regierung zeigt, die alten Strukturen durch die Strukturen der CPC zu ersetzen. Was bedeutet das für das Movimiento Comunal?

Auf der nationalen Ebene könnte es sein, dass es so eine Tendenz hinsichtlich der Arbeit des Movimiento Comunal gibt. Aber das wird sehr schwer werden, denn nicht nur in Matagalpa und San Isidro, sondern überall sind wir davon überzeugt, dass die einzige Form, das Movimiento Comunal zum Verschwinden zu bringen, darin besteht, dass man ihm den Rechtsstatus nimmt. Das würde aber nicht bedeuten, dass wir nicht als Basisorganisation weiter kämpfen könnten. Wir würden weiter existieren. Die andere Möglichkeit, wie das Movimiento Comunal verschwinden

kaum gelingen könnte, das Movimiento Comunal zu ersetzen. Klar es gibt noch ein anderes Problem, dessen wir uns bewusst sind, nämlich dass viele Mitglieder des Movimiento Comunal Aktivisten der Frente Sandinista sind. Ja mit diesen neuen Strukturen erkennen wir dies als mögliche Schwäche, denn damit können Widersprüche in unseren eigenen Reihen auftreten. Das zweite Problem im Zusammenhang mit der Förderung der CPCs durch die Regierung könnte sich daraus ergeben, dass es zur Abwerbung einiger unserer Führungskräfte (MCM) kommt, mit Sicherheit sind dies aber nur einzelne. Es wird nur die betreffen, die nicht mehr kämpfen wollen, oder solche mit persönlichen Problemen, denen die CPCs oder die Partei, die dahinter steht, ein angenehmeres Leben bietet. Sie werden gehen, das können wir nicht ausschließen.

Eine letzte Frage: Wir haben den Eindruck, dass sich Daniel Ortega, statt einen Dialog zwischen allen, NGOs, sozialen Bewegungen, der Frente, Gewerkschaften usw. zu för-



Selbstorganisation von unten. Douglas Moran beim Besuch im Ökumenischen Büro in München

könnte, ist, dass die Leute sich nicht mehr bei uns engagieren. Mit anderen Worten, so lange die Leute ihr politisches Bewusstsein behalten, dass es wichtig ist, in einer sozialen Bewegung für ihre Rechte zu kämpfen, können die CPCs sagen, was sie wollen. Ich glaube, dass es gegenüber der Idee des sozialen Kämpfers den CPCs

dern, auch zwischen allen, die sich darum bemühen mittels sozialer Kämpfe die Lebensbedingungen der Nicaraguaner_innen zu verbessern, gegen jede Organisation stellt, die außerhalb der Frente steht. Warum? Warum gibt es nicht mehr Dialog?

Dazu kann ich zwei Dinge sagen. Da gibt es die politischen Ziele der

NGOs, deren politische Ziele vom Kapitalismus der Amis beeinflusst werden, was von Daniel Ortega kaum zu akzeptieren ist. Es scheint schwer vorstellbar, dass er mit solchen Leuten einen politischen Dialog führt, wenn man seine politische Einstellung zu den Amis kennt. Und mit den sozialen Bewegungen ist es auch so eine Sache. Ich glaube, es gibt keine Regierung, die Sympathie für die hat, die die Bevölkerung dabei unterstützen, den sozialen Kampf zu führen. Die Regierungen werden sagen, moment mal, die jagen uns die Leute an den Hals, die sind gegen uns. Auch wenn NGOs und soziale Bewegungen davon überzeugt sind, dass sie dazu beitragen, dass sich die Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessern,

sieht das die Regierung anders. Sie sieht, dass eine Politik gegen den Staat gemacht wird. Ich glaube, da regiert ein anderes Politikverständnis, ein eher hierarchisches: Die Überzeugung bei der Regierung, dass sie weder auf soziale Bewegungen noch auf NGOs angewiesen ist, um Nicaragua voranzubringen. Für mich hängt das zusammen mit einem hierarchischen Verständnis der Rolle der Partei und mit Autoritarismus. Der Autoritarismus in der Regierung ist groß und das hat Bedeutung für Koordinierung und einen offenen Dialog. Und dann sind da noch die Medien, die die Regierung ärgern mit all den Spekulationen, die z. B. im Fall der Organisation Grupo Venancia von ihnen auf der internationalen Ebene lanciert wur-

den. Im Anbetracht all dieser Probleme hat Daniel Ortega die Leitungen der über 2000 Organisationen, die es in Nicaragua gibt, zusammengerufen und erklärt, dass die Politik der NGOs, sozialen Bewegungen und Kirchen reformiert werden müsste. Er zeigte sich flexibel und bat sie um Änderungsvorschläge für das Ley de Amparo, unter dessen Schutz die Organisationen stehen. Da hätten sich all die Organisationen, denen die neue Regierung missfällt, einbringen und Vorschläge machen können, um die Arbeit in ihren Organisationen besser zu schützen. Das war eine gute Gelegenheit. Aber von den über 2000 Organisationen sind nur 500 erschienen. Wir sind hingegangen.

Kritik und Befürchtungen gegenüber der Regierung Daniel Ortegas

Die Taktik war in Wirklichkeit Strategie

(Carlos Ruiz, Übersetzung ea)
Der Autor dieses Artikels, Carlos Ruiz Castillo, ist Rechtsanwalt in Matagalpa und ehrenamtlicher Mitarbeiter des dortigen Movimiento Comunal. Es ist ihm wichtig, klar zu stellen, dass im Folgenden nur seine persönliche Meinung dargestellt ist und er damit für keine Organisation spricht.

Während des Kampfes gegen die Somozadiktatur gab es in der FSLN drei verschiedene politische Strömungen. Das versuchte man damals nicht als inhaltliche Meinungsverschiedenheiten, sondern als Unterschiede taktischer Natur zu erklären. [...]

Eine der drei Strömungen waren die Terceristas, zu deren nationaler Führung die Brüder Humberto und Daniel Ortega gehörten. Um die Diktatur zu stürzen, verbündeten sie sich mit der Oligarchie und der Bourgeoisie. Man glaubte lange Zeit, dies sei ein taktisches Zusammengehen und dass im Laufe der Geschichte strate-

gisch der Sozialismus durchgesetzt werden würde.[...]

Man kann heute einige Schlüsse ziehen. Wahrscheinlich haben zum Zeitpunkt des Triumphs der Revolution in den Reihen der FSLN verschiedene Gruppen nebeneinander gelebt. Es gab diejenigen, die nur für den Sturz der Diktatur kämpften, die aber nicht dafür waren, deren Praktiken und Kultur zu ändern, nach dem Motto: mach Du Dich davon und lass mich ran. Dann gab es die, die für den Sturz der Diktatur und die Beseitigung des Somozismus kämpften, die aber nicht den Sozialismus anstrebten, d. h., für sie war die Fortdauer des Kapitalismus als Produktions- und Lebensform legitim. Und dann gab es noch die, die tatsächlich für den Sturz der Diktatur, die Beseitigung des Somozismus und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft kämpften, das waren aber letztendlich die wenigsten.

Ab 1990 war die Situation in der FSLN klarer zu erkennen. Man sah, dass eine Elite einen dreisten

Bereicherungswettbewerb eröffnete, sich des Parteiapparates bemächtigte und ihn nach ihren Interessen ausrichtete, Interessen die von einem kapitalistischen Bewusstsein bestimmt waren.

Heute kann man, ohne in die Gefahr zu geraten sich zu irren, behaupten, dass diejenigen, die die FLSN kontrollieren, eine verbürgerlichte Elite sind, die die historische Sympathie eines beträchtlichen Teils des nicaraguanischen Volkes betrogen hat, um ihre Interessen in einem Kampf innerhalb der Bourgeoisie zu sichern.

Die von einer korrupten Elite kontrollierte FSLN, die sich bereichert hat und dabei das Blut und die Gebeine der Gefallenen in Besitztümer verwandelte, die im Überfluss lebt, ohne sich von der Bourgeoisie und der Oligarchie zu unterscheiden, obwohl sie diese demagogisch kritisiert, hat aufgehört, eine revolutionäre Kraft zu sein.

Jene Allianz mit der Bourgeoisie war also dauerhaft und besteht fort, nur dass sie heute nicht mehr von

Guerilleros angeführt wird, sondern von Neureichen, von neuen Bourgeois und von konterrevolutionären Oligarchen, die aus einer revolutionären Bewegung stammen, die in jenem historischen Moment von einer FSLN geführt wurde, die es so heute nicht mehr gibt.

Seit 1990 haben sich angesichts der neoliberalen Offensive in Nicaragua verschiedene Widerstandsformen gebildet, die die Kräfte, die sich selbst als links einschätzen, auf die Probe gestellt haben: in den ersten Jahren bei der Verteidigung der Errungenschaften der Revolution und im Kampf gegen die Privatisierung, dann gegen die Freihandelsverträge, die Korruption, die imperialistische Militarisierung in Lateinamerika, der Wi-



Carlos Ruiz Castillo

derstand gegen ALCA und gegen den Irak-Krieg.

Wir beklagen die Abwesenheit der FSLN in diesen Kämpfen und die Einstellung, die ihre Führung, mit Daniel Ortega an der Spitze, zu diesen eingenommen hat. Anstatt ihre ganze Organisationskraft und ihren politischen Einfluss in der Gesellschaft einzusetzen, um gegen die konterrevolutionäre neoliberale Offensive Widerstand zu leisten und sie zu besiegen, entschieden sie sich für Verhandlungen mit diesen Kräften. In unheiliger Allianz mit ihnen zerschlugen die Eliten der FSLN, die sich am Staatseigentum bereicherten, letztendlich die Revolution und unterwarfen sich der neoliberalen Entwicklung in unserem

Land, sehr zu ihrem eigenen Vorteil.

In diesem Zeitraum, wie in keinem anderen sonst, schritt der ideologische und politische Zersetzungsprozess der FSLN derart voran, dass sich ihr Denken und Verhalten vom Sandinismus und Sozialismus entfernte und sich gefährlich dem Kapitalismus genähert hat. Inzwischen bestimmte ihre Art zu leben ihr Bewusstsein und ihre Praxis.

Wir, die nicaraguanischen Revolutionäre, versuchen, Revolutionäre zu sein und so zu wirken, aber im Falle der FSLN und vor allem in dem ihrer Führung ist dies nicht echt: sie sind nicht die, die sie behaupten zu sein.

Seit dem Jahr 2007 konnte die FSLN ihre Beziehung zur Macht verbessern und es gelang ihr, den Posten des Präsidenten zu gewinnen. Damit konnte sie ihre politische und wirtschaftliche Macht, die sie im Pakt mit der PLC und den Kräften der Rechten erworben hatte, weiter ausbauen. Aber die Politik, die sie seither betreibt, beschränkt sich auf die Wiederholung der neoliberalen Politikmuster, wie sie die Vorgängerregierungen eingeführt haben: Erfüllung von CAFTA, Weiterführung der Verhandlungen zum Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union, Erfüllung der Auflagen des IWF und der Weltbank, Anerkennung der unmoralischen Inlandsverschuldung, die aus dem Zusammenbruch der Banken resultiert, Anerkennung und Absicherung der ausbeuterischen Rolle, die die Privatunternehmen auf Kosten der Arbeiterklasse spielen, Schutz des nationalen und internationalen ausbeuterischen Kapitals dadurch, dass die Diskussion über eine Reform hin zu einem progressivem Steuersystem aufgeschoben wird und es dabei bleibt, dass die Steuerlast vor allem die tragen müssen, die vom kapitalistischen System am wenigsten begünstigt werden, Ausrichtung der nationalen Politik zu Gunsten des kapitalistischen Modells der Agrarexportwirtschaft, welche auf der Ausbeutung und Unterdrückung der großen Massen der ländlichen und städtischen Arbeiter_innen beruht, welche in unbarmherziger Armut und in Elend dahin vegetieren.

Die FSLN hat sich mit der überaus reaktionären katholischen Kirche verbündet, hat den Katholizismus über-

nommen und befördert ihn als Ideologie der FSLN. Damit übertritt sie die Verfassung: obwohl das Land keine Staatsreligion kennt, wird bei öffentlichen Aktivitäten auf Plätzen oder in Schulen der katholische Ritus gefördert. Und was soll man zur Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruches aus therapeutischen Gründen sagen? Und was zur Unterstützung von katholischen Schulen und Universitäten mit öffentlichen Mitteln?

Nach meiner Einschätzung findet man weder in ihrer Theorie noch in ihrer Praxis etwas, was diese Linke von der Rechten unterscheidet. Und dies gilt nicht nur für die formale Politik, die sie macht, sondern vor allem wegen ihres tagtäglichen Verhaltens. Denn statt sich in einem Prozess der proletarischen Revolution anzunähern, neigen ihre Parteiführung und ihre Aktivist_innen im allgemeinen dazu, in Körper und Seele und mit allen denkbaren Konsequenzen zu verbürgerlichen.

Armutsbekämpfung als Hauptanliegen der Regierung Ortega?

Im Diskurs der Regierung Ortega ist die Situation der Armen gegenwärtig, aber in ihrer Praxis ist dies nicht so. Meiner Ansicht nach müsste eine revolutionäre Partei unter den aktuellen historischen Bedingungen Nicaraguas all ihre Kräfte, ihre Intelligenz und die Kraft ihrer Aktiven dafür einsetzen, Arbeiter_innen, Bauern und Bäuerinnen, die Stadtbevölkerung, Student_innen und Schüler_innen zu organisieren und zu mobilisieren. Sie müsste täglich für ihre Forderungen und für ein alternatives Projekt zum Kapitalismus kämpfen, ohne den Wahlakt zu diskreditieren.

Doch die Anstrengung der FSLN war es, sich um permanente Harmonie mit der Bourgeoisie zu bemühen. Daher kommt es, dass so viel Sorgfalt darauf verwendet worden ist, dieser die Gewinne zu garantieren, wohl wissend, dass diese soziale Klasse die Arbeiterklasse ausbeutet und unterdrückt. Von Seiten der FSLN existieren keinerlei sichtbare und andauernde Anstrengungen zur Organisation und Mobilisierung der Arbeiter_innen und der Armen im Allgemeinen, dass

diese sich gegen die Ausbeutung und Unterdrückung, der sie ausgesetzt sind, auflehnen würden. Vielmehr scheint die FSLN ein standhafter Verbündeter der Bourgeoisie zu sein und dabei die Aufgabe zu übernehmen, die Mobilisierung des Volkes zu neutralisieren.

Die sozialen Programme, die von der Exekutive vorangetrieben werden, wie „Null Hunger“¹ und „Null Wucher“², dienen eher dazu, die brutalen Auswirkungen des Kapitalismus zu lindern, eines Kapitalismus, der immer mehr Armut und Elend in der nicaraguanischen Bevölkerung hervorruft. Bis jetzt ist nicht zu erkennen, dass diese Programme ein Instrument sind, mit dem es gelingen könnte, ein politisch-soziales Subjekt zu organisieren, das entschlossen zu einem revolutionären Szenario aufbricht. Die Bestrebung, glauben zu machen, dass mit diesen Programmen die Armut zu beseitigen sei, – was den Einklang zwischen der FSLN und der Bourgeoisie in Politik und Ideologie bloßstellt –, versucht in heuchlerischer Art und Weise, die wahren Gründe der Armut und die Verantwortlichen dafür zu verschleiern.

Es gibt kein kohärentes Vorgehen der FSLN, das uns versichern würde, dass es ihr darum geht zu erreichen, dass diese breite soziale Basis sich politisch und ideologisch zum revolutionären Subjekt erklärt. Außer man ist so naiv zu glauben, die bloße Tatsache, arm zu sein, ist schon revolutionär. In Nicaragua hat es sich gezeigt, dass die Armut die Einzelnen dazu zwingt, den größten Teil ihrer Energie dem Überleben zu widmen und dass unter diesen Bedingungen Politik für sie eine Nebensache bleibt.

Meine Einschätzung ist es, dass die Armen von der FSLN immer als Wesen angesehen und behandelt werden, die Mitleid und Erbarmen verdienen, zu deren Gunsten deshalb etwas getan werden muss, aber keinesfalls etwas, das sie veranlassen könnte, gegen dieses Unrechtssystem zu rebellieren.

Andererseits pflegt die FSLN gegenüber dieser ungeheuren Mehrheit einen manichäischen³ Diskurs. Dabei wiederholt sie eine Lüge tausendmal, damit die Armen in ihrer Unwissenheit letztendlich glauben, es sei die

Wahrheit. Auf diese Weise versucht die FSLN, Wähler zu gewinnen, die sie bisher noch nicht erreicht hat.

Meines Erachtens ist es ein Irrtum zu glauben, allein über die Kontrolle und Handhabung des Staatsapparates ließe sich die kapitalistische Gesellschaft in eine sozialistische umwandeln. Ich gehöre zu denen, die meinen, dass ohne eine politische Organisation und Mobilisierung der Basis entsprechend ihren unmittelbaren und strategischen Interessen der Staatsapparat auch dann alleine ungenügend und ineffizient ist, wenn er sich in den Händen der radikalsten Linken befinden würde. Unser geliebter und unvergessener Kommandant Guevara hat es uns sehr deutlich gemacht, dass der Sozialismus nur bewusst erreichbar ist und ich sehe nirgends, dass die FSLN versuchen würde, Bewusstseinsarbeit (Theorie und Praxis) zu machen, noch nicht einmal bei ihren Aktiven.



Quelle: La Republica

„Unser geliebter und unvergessener Kommandant Guevara“

Die Wirtschaftspolitik der Regierung

Es ist eine Fortsetzung der neoliberalen Politik, wie sie von den Vorgängerregierungen betrieben wurde. Die Wirtschaftspolitik basiert auf den Abkommen, die mit dem IWF und der Weltbank unterzeichnet worden sind. Die Rolle des Staates ist es, die Gewinne der nationalen und transnationalen Konzerne zu fördern. Dazu wurde der juristische Rahmen

angepasst. Die Produktivkräfte sind zu Lasten der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln auf den Export ausgerichtet, die Steuerpolitik ist diesem Ziel unterworfen. Der Außenhandel wird von Freihandelsverträgen reguliert, die nur das nationale und transnationale Kapital im Export und Import begünstigen. Die Finanzpolitik dient der Garantie der Gewinne der Banken; ein bedeutender Prozentsatz des Haushalts wird während der nächsten 20 Jahren dazu bestimmt sein, die Inlandsschuld zu „ehren“ (Anm. der Red.: abzutragen), die durch den Zusammenbruch der Banken entstanden ist.

Neu ist die Eingliederung Nicaraguas in die ALBA-Initiative. Aber dies berührt überhaupt nicht das Agrarexportmodell der Wirtschaft, das auf der Ausbeutung der Arbeitskraft der Landbevölkerung basiert und in unserem Land solch eine Armut erzeugt. Auch die Ausbeutung der billigen Arbeitskraft durch die Maquila-Industrie ist davon nicht betroffen. Diese Eingliederung in ALBA reicht nicht aus, wenn kein wirkliches revolutionäres Projekt existiert, das einen radikalen Wandel in den sozialen Verhältnissen anstrebt, die offensichtlich von den Produktionsverhältnissen bedingt sind.

Mir fällt es schwer zu verstehen, dass es in meinem Land dadurch, dass das kapitalistische Agrarexportmodell ausgebaut wird und weiterhin die neoliberalen Prinzipien in der Wirtschaftspolitik eingesetzt werden, gelingen soll, den Sozialismus zu schaffen, wie es Daniel Ortega verkündet. [...]

Wahlen, Partizipation und CPCs

Seit 2007, seitdem die FSLN die Exekutive kontrolliert, hat sie ihre Macht ausgebaut. Dies ist ihr nicht gelungen, weil ihr Einfluss in der nicaraguanischen Gesellschaft gewachsen ist, sondern mittels einer Wahlrechtsreform, die den Stimmenteil, der für die Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten benötigt wird, auf 35 Prozent reduziert hat. Mit der Kontrolle der Mehrheit der Gemeinden des Landes ist diese Macht gewachsen.

Jetzt muss man sehen, welchen Nutzen sie mit dieser Situation erzeugen werden. Meiner Ansicht nach ist diese Idee der Bürgermacht bisher noch instrumentell und nutzenorientiert, denn jede Beteiligung wird kontrolliert gemäß den Interessen, so wie die FSLN sie definiert. Damit wird jegliche autonome Initiative verhindert.

Die Wahlprozesse in meinem Land sind nicht sauber und entfernen sich jedes Mal weiter von der Ausübung der nationalen Souveränität durch das nicaraguanische Volk.

In der nicaraguanischen Verfassung ist ein Bild der politischen Teilhabe vorgezeichnet, das sowohl repräsentative als auch direkte Elemente enthält. Dabei ist der Staat der Garant, der dafür sorgt, dass die Bevölkerung, wenn sie will, diese Teilhabe mit uneingeschränkter Freiheit ausüben kann.

Mit dem neuen Ansatz will die Regierung aber de facto diese Partizipationsformen einschränken und eine von der FSLN rigoros kontrollierte Partizipation durchsetzen. Dabei tut sie so, als wäre ihr die Vielfalt der Organisationen und Interessen, die in der nicaraguanischen Gesellschaft zusammenleben, unbekannt.

Wie die vorhergehenden Regierungen lehnt es auch die augenblickliche ab, beim Regieren die Gesellschaft zu Rat zu ziehen. Deshalb hat sie den in der Verfassung verankerten Nationalen Rat für Wirtschafts- und Sozialplanung (CONPES) außer Kraft gesetzt. Auf lokaler Ebene haben die Gemeinderegierungen die entsprechenden Gemeindeentwicklungskomitees nicht aktiviert. Die vom Gesetz vorgeschriebene Vorschrift, dass die Bevölkerung zu den Gemeindefausthalten befragt werden muss, wird nicht befolgt, und dort, wo es angeblich doch geschieht, werden nur die Investitionspläne zur Konsultation vorgelegt.

Die Erfahrung, die mit den Bürgerräten (CPC) gemacht wurden, ist, dass sich dort nur die Sympathisanten_innen der FSLN organisieren und wenn wir uns daran erinnern, dass die FSLN auch bei all den Zweifeln noch nicht einmal 50 Prozent der Wähler_innen erreicht, muss man diese Gremien als sektiererisch bezeichnen.

Geld, Prügel und Blei

Es gibt Organisationen, die kritisch gegenüber allen Regierungen gewesen sind, – nicht nur gegenüber der Regierung der FSLN –, und die im Augenblick unterdrückt werden. Die Haltung der FSLN erinnert mich an die Politik des Somozismus, die man ungefähr so beschreiben kann: „Geld für die Freunde, Prügel für die Unentschlossenen und Blei für die Feinde.“ Es ist unverständlich, dass die FSLN jetzt genau diese Politik verfolgt und sich intolerant verhält und nicht anerkennen will, dass es in Nicaragua Menschen gibt, die wir dieser Politik nicht zustimmen, dass wir gegen den Kapitalismus sind und dass wir nach einer anderen Gesellschaft streben.

Dass die vorhergehenden Regierungen Repression eingesetzt haben, hat uns nicht verwundert, aber es erschreckt uns, dass die FSLN, die sich selbst als links bezeichnet, Repression und Allianzen mit der Rechten einer Annäherung an die Organisationen der Zivilgesellschaft (Frauen, Jugendliche usw.) vorzieht, die anderen Ansätzen folgen.

Ein verwirrendes Phänomen ist, dass ein Teil der Bourgeoisie sich selbst als Zivilgesellschaft bezeichnet hat, sich in Nichtregierungsorganisationen eingemischt hat und in diesem Durcheinander eine politische Konfusion entstanden ist. Auf dem politischen Schlachtfeld erscheinen Aktionen, die mit den Interessen der Bourgeoisie und der Rechten verbunden sind, und entkräften die Rechtmäßigkeit der Forderungen.

Beunruhigende Entwicklung

Im Augenblick beobachte ich so etwas wie eine Ebbe bei der Mobilisierung und den Aktionen der sozialen Bewegungen. Diejenigen, die am meisten Aktivität verwirklichen, sind NGOs, was aber nicht notwendigerweise mit sozialen Bewegungen zu tun hat.

Es ist beunruhigend, dass angesichts der brutalen Arbeitslosigkeit, die die Bevölkerung durchmacht, und der erbärmlichen Löhne, die den Arbeiter_innen im Land gezahlt werden, starke Gewerkschaftsorganisationen wie die FNT⁴ und die Ge-

werkschaftsbewegung allgemein nicht organisatorisch und mobilisierend aktiv werden.

Es ist beunruhigend, dass Organisationen wie ATC⁵ oder andere Bauernorganisationen noch nicht einmal angesichts des Dramas reagieren, das die bäuerlichen Familien durchmachen.

Es ist beunruhigend, dass große Organisationen wie das Movimiento Comunal Nicaragüense und andere, die im kommunalen Bereich aktiv sind, angesichts der dramatischen Teuerungswelle, die die städtische Bevölkerung erlebt, nicht reagieren, nicht mobilisieren.

Es ist beunruhigend, dass es die Bourgeoisie ist, die auf die Straße geht und dabei Bauern und Bäuerinnen und die Armen zur Verteidigung von Interessen mobilisiert, die nicht deren Interessen sind.

In diesem neuen Zusammenhang wird eine Neugruppierung derjenigen sozialen Bewegungen und NGOs notwendig, die weiterhin für den Kampf und radikalen Wandel in der nicaraguanischen Gesellschaft stehen. Seit dem Sieg der FSLN hat ein Teil der Organisationen, die gegen die neoliberale Politik der vorhergehenden Regierungen mobilisiert hatten, wegen ihrer Sympathien und Bindungen an die neue Regierung damit aufgehört, obwohl die neue Regierung nicht mehr ist als die Fortdauer der vorherigen. Die sozialen Bewegungen sind in meinem Land dringend notwendig.

¹ *Hambre Cero: Null Hunger* siehe den Länderbericht Nicaragua im Jahresbericht 2008 – <http://www.oeku-buero.de/jahresbericht-2008/articles/machtmissbrauch-und-wohltaet-laenderbericht-nicaragua.html>

² *Usura Cero: Null Wucher = Staatliches Kreditprogramm für kleine und mittlere Produzent_innen und Händler_innen*

³ *Manichäisch: Manichäismus eine orientalische Religion aus dem dritten Jahrhundert. Mit manichäisch wird auf den Dualismus von Licht und Finsternis angespielt, der in dieser Religion eine große Rolle spielt.*

⁴ *FNT: Frente Nacional de los Trabajadores = Gewerkschaftszusammenschluss, der der FSLN nahe steht.*

⁵ *ATC: Asociación de Trabajadores del Campo = Landarbeiter_innengewerkschaft*

Die Aktuelle Situation ein Sinnbild für die Herausforderungen an die Menschenrechte im 21. Jahrhundert

Schweinegrippe-Pandemie: Sind wir Mexikaner schuld?

Wie sich unser Leben auf einmal in eine Filmserie zweiter Klasse verwandelte
Von Quetzalcoatl g. Fontanot

Wie jeden Tag rief ich am Mittwoch den 22. April am Vormittag im Internet die wichtigsten mexikanischen Zeitungen auf. Die Liste der Artikel enthielt Nachrichten wie die über die Auflösung einer Gruppe von Bürgern, die eine Entspannung im Verhältnis zwischen einer der Hauptguerillagruppen und der Regierung suchten, oder die Notiz der Narcos neben zwei ermordeten Militärs, die laut El Universal verkündete: „Weder Regierung noch Priester bezwingen El Chapo“. In einem Land mit durch-

schnittlich 18 Morden täglich, die mit dem organisierten Verbrechen in Verbindung gebracht werden, erscheinen die acht Spalten der Zeitung Reforma mit der Überschrift „Mexiko-Stadt von Grippe erfasst“ übertrieben. Die Zeitung berichtete, dass allein am Wochenende vom 18./19. April in verschiedenen Krankenhäusern der Hauptstadt fünf Personen gestorben sind. Das war der Beginn einer Ge-

schichte, deren Ende nicht einmal absehbar ist.
Am folgenden Tag brachte sogar Reforma auf seiner Titelseite zwei Nachrichten. Zusammen mit der Information, dass um die Krankenhäuser der Hauptstadt Gesundheitszonen gebildet worden seien, berichtete sie von einer Gesetzesreforminitiative, die von Felipe Calderon dem Parlament vorgelegt worden war. Das Ziel war eine Konstruktion zur „Feststellung der Gefährdung der inneren Sicherheit“, was

stadt starben, ein schweres Problem darstellten. In der informierten Bevölkerung begann sich eine gewisse Unruhe breit zu machen.

Die Bombe platzte dann im Fernsehen in jener Donnerstagnacht, als die Bundesregierung zu unpassender Zeit und ohne jegliche Vorankündigung ihren Entschluss verkündete, in der Hauptstadt und im Bundesstaat Mexiko die Schulen zu schließen. Die Maßnahme galt für alle öffentlichen und privaten Schulen, einschließlich der Universitäten und Kindertagesstätten. Das Problem war, dass die Ankündigung um 23 Uhr erschien, als viele Familien schon schliefen. Am nächsten Tag mussten viele Kinder wieder nach Hause gehen. Der ganze Vorgang bedeutete auch den Beginn einer Woche voller Panik und Angst, die vor allem von einer voreiligen und willkürlichen Informationspolitik geschürt wurde. Warum wurde die Schließung der Schulen nicht um acht Uhr oder zehn Uhr abends angekündigt? Waren die Informationen tatsächlich so, dass eine Zurückhaltung der Ankündigung bis zu jener Stunde gerechtfertigt war?

Die ersten Tage, von der Panik zur Nachlässigkeit, die Folge von Verschwörungstheorien

Wie in dem Musikblog *En g bemol* in dem Eintrag *Die Zukunft* erwähnt wird, waren die Folgen des Regierungsbeschlusses zum einem Komplikationen für die Familien, die keinen Spielraum haben für unsichere Zeiten (viele, muss man sagen, in diesen andauernden Krisenzeiten), zum anderen gab es die, die Vorsorge treffen konnten und sich einfach an die



www.ksta.de

schnittlich 18 Morden täglich, die mit dem organisierten Verbrechen in Verbindung gebracht werden, erscheinen die acht Spalten der Zeitung Reforma mit der Überschrift „Mexiko-Stadt von Grippe erfasst“ übertrieben. Die Zeitung berichtete, dass allein am Wochenende vom 18./19. April in verschiedenen Krankenhäusern der Hauptstadt fünf Personen gestorben sind. Das war der Beginn einer Ge-

schichte, deren Ende nicht einmal absehbar ist.
Am folgenden Tag brachte sogar Reforma auf seiner Titelseite zwei Nachrichten. Zusammen mit der Information, dass um die Krankenhäuser der Hauptstadt Gesundheitszonen gebildet worden seien, berichtete sie von einer Gesetzesreforminitiative, die von Felipe Calderon dem Parlament vorgelegt worden war. Das Ziel war eine Konstruktion zur „Feststellung der Gefährdung der inneren Sicherheit“, was

Empfehlungen zu halten versuchten. Und neben den chronisch Unachtsamen (die, die sich aus eigenem Antrieb weder um sich selbst noch die Leute um sie herum kümmern) entstand von Anfang an eine Gruppe von Leuten, so bunt wie ein Regenbogen, die der Theorie einer Verschwörung anhängen. Vorhersehbar für eine Stadt, in der nach dem Erdbeben von 1985 viele Menschen dadurch gerettet werden konnten, dass man dem Aufruf des Präsidenten, in den Häusern zu bleiben, da alles unter Kontrolle sei, keine Beachtung schenkte. Vorhersehbar für ein Land, in dem die letzte Erklärung des Präsidenten kurz vor der schweren Finanzkrise 1994, bekannt als „Tequilaeffekt“, war, alles sei unter Kontrolle.

Das Misstrauen gegenüber den Regierungserklärungen brachte Theorien hervor, dass in Wirklichkeit gar nichts passiert sei und dass man nur versuche, die Aufmerksamkeit umzulenken. Sicher ist, dass der Kongress am 28. März dem Urteil über das polemische Sicherheitsgesetz zustimmte, das von Calderon eingebracht worden war. Die Gesetzesgeber verzichteten angesichts des Gesundheitsnotstandes auf die Lesung des Gesetzes und stimmten nur ab. Auf der Gegenseite standen jene, die glaubten, dass es sich um eine Verschwörung der Regierungen handle, um Schrecken zu verbreiten und die Zivilbevölkerung zu kontrollieren. So muss man nur daran erinnern, dass am Mittwoch, den 29. April Human Rights Watch Mexiko den Bericht „Impunidad uniforme“ überreichte, in dem die Organisation 17 Fälle schwerer Menschenrechtsverletzungen im Rahmen der Militäroperationen gegen den Drogenhandel dokumentiert, Operationen, die typisch für die aktuelle Bundesregierung sind und von mexikanischen Zivilorganisationen als verfassungswidrig bezeichnet wurden, da dabei generell Hausdurchsuchungen und Verhaftungen ohne Rechtsgrundlage vorgenommen wurden. Das heißt also, dass außergesetzliche Maßnahmen des Staates mit Beginn der derzeitigen Regierung verschärft wurden, nicht erst mit dem Virus.

Trotzdem ist es offensichtlich, dass es im Gesundheitsbereich große Probleme gibt, die schon viele Opfer

verursacht haben. Dementsprechend vergehen die Tage und wir sind damit konfrontiert, dass sich der mexikanische Staat in Wirklichkeit nicht im Klaren ist darüber, was passiert. Diese Behauptung wird dadurch gestärkt,



www.elfinanciero.com.mx

dass der Gesundheitsminister zwar am 24. April berichtete, dass es 20 „bestätigte“ Tote gegeben habe, in der Pressekonferenz am Dienstag, 28. März, aber rhetorische Kunststücke vollbrachte, um zu erklären, wie sich diese 20 Fälle auf nur sieben reduziert hatten. Am 2. Mai begannen verschiedene Medien, den Zahlenkrieg zwischen der Bundesregierung, den Länderregierungen und der Weltgesundheitsorganisation WHO zu betonen. Tatsache ist, dass bis zum 29. April von 159 mit der Epidemie in Verbindung gebrachten Toten berichtet wurde. Wenn diese tatsächlich der Grippe zum Opfer gefallen waren, ist es ziemlich Besorgnis erregend, aber wenn nicht, ist es sogar noch beunruhigender.

Hat Grippe etwas mit Menschenrechten zu tun?

Bekanntlich haben sich die Staaten dazu verpflichtet, den in ihren Territorien lebenden Menschen die Menschenrechte zu garantieren. Sie sind in den jeweiligen Landesgesetzen und in den internationalen Verträgen festgelegt und von jedem Staat unterschrieben und ratifiziert. Sie sind weder Zugeständnisse noch Gesten des

guten Willens: sie sind der Daseinsgrund für moderne Staaten. Das Recht, das mit dieser Epidemie am deutlichsten verbunden ist, ist das Recht auf Gesundheit. Gemäß dem Bericht, der 2003 vom Hoch-

kommissariat der UNO in Mexiko (UNHCR) veröffentlicht wurde, findet man in der mexikanischen „Sozialpolitik“, „wie dem Bildungs- und Gesundheitsbereich, neuartige und gut durchdachte und organisierte Programme“. Trotzdem betonte der Bericht „die sehr knappen Ressourcen und fehlenden finanziellen Mittel“, „das ständige Risiko einer schlechteren Versorgung und Qualität“, „die Einschränkung des Handlungsspielraums aufgrund der Vorschriftenflut“, „die arbeitsmäßige Mehrbelastung“, „den gewerkschaftlichen Korporatismus“ und „den Verlust der Mystik des Dienstes an der Allgemeinheit“.

Artikel 12 des ICESCR (Internationales Abkommen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte, d. Ü.), dem Mexiko verpflichtet ist, nimmt einen positiven Begriff als Kriterium für die Anerkennung des „Rechtes aller Menschen auf die bestmögliche körperliche und geistige Gesundheit“. Das Abkommen umfasst „gesunde Entwicklung für die Kinder“, „umfassende Verbesserung der Arbeitshygiene und der Umwelthygiene“, die Vorsorge vor und Behandlung bei Epidemien, endemischen Berufs- und anderer Arten von Krank-

heiten und der Kampf gegen diese“ und „die Schaffung von Bedingungen, die für alle medizinische Hilfe und Dienstleistungen im Krankheitsfall sicher stellen.“

Das Erlebnis der Epidemie als Maß für das Recht auf Gesundheit

Vianey, eine Jugendliche aus Mexiko-Stadt, erzählte in einem Interview mit dem Online-Medium *Reporte Indigo* ihre Geschichte, wie sie von einem Arzt zum anderen Arzt ging, um sich die lästige Krankheit diagnostizieren zu lassen, bis sie und ihre Familie am 18. April als Notfall in das Instituto Nacional de Enfermedades Respiratorias (INER, Staatliches Institut für Atemwegserkrankungen, d. Ü.) eingewiesen wurden, in eines der Zentren für diesen Gesundheitsnotfall. Sie wurde gesund entlassen, weshalb die Journalistin von *Indigo* den Fall „ein Zeichen der Hoffnung“ nannte mitten in einer Krise „nicht nur des öffentlichen Gesundheitswesens, sondern auch des Vertrauens in die Fähigkeit des mexikanischen Staates, der Epidemie die Stirn zu bieten.“

[...]

Schon in der Ausgabe vom 26. April weist die Zeitschrift *Proceso* 1695 darauf hin, dass die Regierung seit einiger Zeit den Grippeausbruch erwarte. Die Vorhersagen sprachen von „35 Prozent der Bevölkerung angesteckt, 200.000 Toten, 25 Millionen Arztbesuchen und 500.000 auf der Flucht.“ Trotzdem, schreibt der Reporter Daniel Lizárraga, „als sie kam, konnte sie nicht sofort eingedämmt werden.“

Der Journalistin Marcela Turatti, ebenfalls von *Proceso* 1695, berichtete die Mutter des Mädchens Paola Osnaya, dass es eine falsche Diagnose gegeben habe insofern, als sie schließlich sagten, dass das Mädchen keine Grippe hatte, obwohl an der Tür ihrer Wohnung ein Schild angebracht war mit dem Hinweis „Personen mit Grippevirus“. Die Journalistin erhielt auch einen anonymen Anruf, in dem ein angeblicher Arbeiter des INER ihr berichtete, dass das Krankenhaus die Kontrolle über die Krise verloren habe. Vorsichtig relativierte Turatti diese Behauptung, aber es ist überzeu-

gend, wenn man die Geschichte von Ricardo Jarquin betrachtet. Er wurde ebenfalls von Krankenhaus zu Krankenhaus geschickt, vom „Hospital General“ zu „Doctor Simi“ (eine mexikanische transnationale Apothekenkette für Generika, die Sprechstunden anbietet) und schließlich zum „INER“.

[...]

Wie man an dieser kurzen Aufzählung sieht, wurden alle Abschnitte des Artikel 12 des ICESCR zumindest teilweise nicht erfüllt, wie es Organisationen der Zivilgesellschaft in ihrer Alternativstudie zum ICESCR 1997 – 2006 dokumentierten, in der sie die „Ungleichheit“, die Zersplitterung und Verschlechterung des Gesundheitswesens (schon vor drei Jahren vom OACNUDH (UN-Hochkommissariat für Menschenrechte d. Ü.) diagnostiziert) und die fehlende Transparenz in Bezug auf Kostendeckung und andere Indikatoren, die zumindest die Ineffizienz der Gesundheitspolitik demonstrieren, als Mängel bei der Erfüllung des Rechts auf Gesundheit betonten.

Mundschutz und die nächste Zukunft

BBC zeigt die Überraschung einer seiner Reporterinnen bei der Ankunft auf einer offiziellen Pressekonferenz, als sie alle Gesundheitsbeamte ohne den Mundschutz sieht, der die Mexikaner in diesen Tagen in der ganzen Welt berühmt gemacht hat. Miguel Ángel Lezana, der Direktor des Bundesamtes für Seuchenschutz und -kontrolle, gestand, dass sie vorgeschrieben seien, weil „die Bevölkerung sie nachfragt. Die Leute fühlen sich mit ihnen sicherer, ruhiger und es schadet ja nicht.“ Wir wissen nicht, ob der Beamte der Meinung ist, dass das eine effiziente Öffentlichkeitspolitik ist.

In jedem Fall zeigen die Vorhersagen, dass wir lernen müssen, mit diesem Virus und dem, was auch immer in den letzten Tagen den Tod so vieler Menschen verursacht hat, zu überleben. Die nächste Herausforderung für die Welt wird während der Monate November/Dezember, der nächsten Grippesaison, kommen. Die nächstliegenden Maßnahmen für Einzelpersonen und Familien sind die Stärkung des Immunsystems über den Verzehr

von gesunden Essen (Zitrusfrüchte, Obst, Gemüse) und eine Verbesserung in unseren Gewohnheiten hinsichtlich unserer Gesundheit im allgemeinen.

Was die öffentliche Politik angeht, können wir, wie es scheint, keine radikalen Veränderungen erwarten. Es sieht so aus, dass die Regierung ihre Verpflichtungen aufgegeben hat und alles scheint darauf hinzuweisen, dass sie nach einer Möglichkeit sucht, wie sie die negativen Auswirkungen auf ihre Popularität im Hinblick auf die nächsten Wahlen so gering wie möglich halten kann. [...]

Klar ist, dass die Herausforderung, vor der wir als Gesellschaft stehen, die demokratische Stärkung des Staates durch friedliche Ausübung unserer Rechte ist. Wir dürfen nicht vergessen, dass das Prinzipien sind, die aus der Erfahrung der Menschen entstanden sind, nach der Barbarei, die unsere Spezies besonders im letzten Jahrhundert begangen hat. Im Rahmen einer weltweiten Krise, die nicht nur eine Umwelt- und Wirtschaftskrise ist, sondern auch eine epidemiologische, bedeutet das notwendigerweise eine Transformation des politischen und wirtschaftlichen Modells hin zu einem wahrhaft positiv am Wohlergehen der Einzelnen wie der Familien interessierten Modells.

Wir Mexikaner sind nicht Schuld an der Grippepandemie, aber wir sind schuldig, es zugelassen zu haben, dass sich unser Staat so verschlechtert, dass er nicht mehr dazu imstande ist, seine originäre Aufgabe zu erfüllen, uns zu schützen. Wir sind verantwortlich für ein System, das den Menschen nicht mehr sieht, sondern die Unternehmerinteressen schützt, um die Kontrolle der öffentlichen Macht sicher zu stellen. Aber in diesem Punkt ist der Rest der Welt so schuldig wie wir.

Erschienen in Rebelión
04.05.2009

Übersetzung: Eva Maria Bach,
redaktionelle Bearbeitung:
Eberhard Albrecht

Der Feind deines Feindes als besserer Freund?

Antiimperialistische Allianzen und Antisemitismus in der Lateinamerikanischen Linken

[eb] Am 17. Mai diesen Jahres fand vor der israelischen Botschaft in Buenos Aires, wenige Blocks entfernt von der zentralen Plaza de Mayo, eine Feier anlässlich des 61. Jahrestags der Staatsgründung Israels statt. Organisiert wurde diese Feier von der Bot-



„Wir sind alle Hisbollah“

schaft gemeinsam mit der Stadtregierung. Es wurden israelische Musik, Poesie, Kunsthandwerk und Tänze dargeboten. Das Straßenfest wurde allerdings jäh unterbrochen, als ca. zwanzig mit Stöcken und Ketten bewaffnete Menschen aus der nahe gelegenen U-Bahn-Station stürmten und begannen, auf die Teilnehmer_innen der Versammlung einzuschlagen. Drei Menschen wurden mit schweren Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht. Der Schlägertrupp hatte Flugblätter bei sich, in denen die israeli-

sche Intervention im Gazastreifen kritisiert wurde. Unterzeichnet war das Flugblatt von der marxistisch-leninistischen „Revolutionären Aktionsfront“ FAR (Frente Accion Revolucionaria). Einige der Angreifer_innen, die festgenommen wurden, sind schon bei früheren „anti-zionistischen“ Aktionen - unter anderem an der israelischen Botschaft - aufgefallen. Teile der FAR entspringen der „Patriotischen Revolutionären Bewegung Quebracho“, eine Gruppierung, die sich dem „Brudervolk der Palästinenser“ im antiimperialistischen Kampf gegen den „zionistischen, imperialistischen, terroristischen Besatzerstaat Israel“ verbunden fühlt. „Der Holocaust wiederholt sich im Gazastreifen“, heißt es in ihren Aufrufen.

Vom Lateinamerikanischen Jüdischen Kongress über das argentinische Justiz- und Außenministerium und das Institut gegen Diskriminierung (INADI) bis hin zum palästinensischen Bund bezeichneten verschiedene Institutionen den Überfall als barbarisch, antisemitisch und eine Bedrohung für die Demokratie. Aber auf vielen Websites der sich selbst als links verstehenden sozialen Bewegungen herrscht Unverständnis gegenüber dieser Kritik. So heißt es in einer Rundmail der Frente Popular Darío Santillán¹: „Aktionen der Solidarität mit unterdrückten Völkern, die der Brüderlichkeit zwischen denen entspringen, die gegen den Imperialismus kämpfen – wie auch immer der aussehen mag – mit antisemitischen Aktionen zu verwechseln, ist eine grobe Lüge...“ und auf der Webseite des chavistischen Radios MUNDIAL ist zu lesen: „Obwohl der Protest anti-zionistischen, und nicht antisemitischen Charakter hatte, dominieren in der Presse und in der Anklage die Vorwürfe des Antisemitismus – die Tatsachen haben keine Bedeutung.“

Am Tag nach der Attacke demonstrierten ca. 200 Menschen gegen die „Polizeirepression“, der die Angreifer angeblich ausgesetzt waren. In der Demonstration waren Schilder zu lesen wie: „Palästina ist das neue Warschauer Ghetto“ oder „Zionismus ist nicht Judentum, sondern Nazismus“.

Wahllos auf eine friedlich feiernde Menschenmenge vorwiegend argentinischer Jüdinnen und Juden einzuprügeln, wird hier also als eine Form des legitimen Protests gegen israelische Politik verkauft und die Folgen für die Angreifer als Polizeirepression. Grund genug, sich die heterogene Linke Lateinamerikas und ihre antiimperialistischen Allianzen, ihre Verschwörungsideologien und ihre Israelkritik mal genauer anzusehen.

Antijudaismus als koloniales Exportprodukt

Die Traditionslinien des Antisemitismus sind vielschichtig, manche Auswüchse des linken Antizionismus müssen als eine weitere Schichtung begriffen werden: Der Begriff Antisemitismus entstand erst im 19. Jahrhundert. Vom christlichen Antijudaismus unterschied sich dieser durch die rassistische Komponente. Während die Kirche es akzeptierte, wenn Jüdinnen/Juden zum Christentum konvertierten und sie auf diese Art und Weise der Diskriminierung und Verfolgung entgehen konnten, definiert der moderne Antisemitismus Jüdinnen/Juden über Abstammung. Ein weiteres wichtiges Element des modernen Antisemitismus ist die Zuordnung von Jüdinnen und Juden zur Zirkulationssphäre des Kapitalismus, d.h. ihnen wird unterstellt, den Mehrwert aus der Arbeit anderer abzuschöpfen, ohne dabei selbst produktiv zu sein. Damit verbunden ist die Identifikation von Jüdinnen und Juden mit

allen als negativ empfundenen Ausformungen der globalisierten Moderne. So werden sie für ökonomische Krisen verantwortlich gemacht und mit gesellschaftlichen Umbrüchen identifiziert. Die Komplexitäten des globalisierten Kapitalismus werden dann auf die Vorteilsnahme eines angeblichen „Internationalen Judentums“ oder einer „zionistischen Lobby“ reduziert.

Der bereits erwähnte christliche Antijudaismus war auch ein Exportprodukt, den europäischer Kolonialismus und aggressive Mission (unter anderem) nach Lateinamerika brachten. In Schichten legten sich dann ein nicht zuletzt von den Auslandsorganisationen der NSDAP gepflegter rassistisch motivierter Antisemitismus und in jüngerer Zeit ein von vielen Linken gepflegter Antiamerikanismus mit antisemitischen Zügen und einer Verteufelung Israels darüber.

Chávez' komische Kumpels

So tun sich die linken Präsidenten Chávez, Correa und Morales durch ihre Allianzen im Sinne der Logik „Der Feind deines Feindes sei dein Freund!“ hervor. Der Iran hat in den vergangenen Jahren in Venezuela, Bolivien, Chile und Nicaragua Botschaften eröffnet, während Hugo Chávez und Evo Morales in Reaktion auf die Militäroperation in Gaza alle israelischen Diplomaten_innen des Landes verwiesen und die diplomatischen Beziehungen zu Israel abbrachen. Die Grenze der Diplomatie und der politischen Auseinandersetzungen auf Regierungsebene wird allerdings auch häufig überschritten. So hielt Chávez zu Weihnachten 2004 eine zu trauriger Berühmtheit gelangte Rede, in der er äußerte, dass die Welt zwar eigentlich Reichtum für alle habe, aber einige Minderheiten – er spezialisierte: die Nachkommen der Christuskinder – hätten leider alle Reichtümer der Erde übernommen. Das Simon Wiesenthal-Zentrum intervenierte und wies auf die zwei in diesen Äußerungen enthaltenen Topoi der Juden als „Mörder Christi“ und die Assoziation der Juden mit Reichtum hin, die bereits seit zwei Jahrtausenden als Rechtfertigung für Judenverfolgung und Völkermord gedient hätten.

Chávez fühlte sich missverstanden und zeigte sich versöhnlich. Die stetigen Beteuerungen, alles seien Missverständnisse und Chávez' Rhetorik und Regierungshandeln seien höchstens israelkritisch aber keinesfalls antisemitisch, verlieren aber auch angesichts einiger dubioser Allianzen an Glaubwürdigkeit:

So hat Chávez für einige Zeit den argentinischen Holocaustleugner Norberto Ceresole als Berater beschäftigt. Ceresole vertrat die Auffassung, Lateinamerika solle sich mit den arabischen Nationen verbünden, um die USA und die „jüdische Finanzmafia“ zu bekämpfen. Diese Rhetorik, die Israel eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung der US-Politik unterstellt und in ihm einen Feind im anti-

vor ein gern gesehener Gast auf Weltsozialforen ist und auf indymedia-Seiten gepostet wird. Indymedia.ch musste wegen einer Latuff-Karikatur im Jahr 2002 vorübergehend offline gehen, weil die „Aktion Kinder des Holocaust“ die Schweizer Polizeibehörden auf mögliche Verstöße gegen das Antirassismusgesetz hingewiesen hatte.

Auch Ecuador hat sich dem Iran angenähert, der Vertrag über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen ist bereits unterzeichnet und Handelsabkommen über viele Millionen US-Dollar abgeschlossen. Während des Besuchs des stellvertretenden iranischen Energieministers Hamid Chitchian in Quito im März diesen Jahres gab Correa zu Protokoll, dass



Chávez' komische Kumpels

imperialistischen Kampf zu erkennen meint, ist dabei grundlegend für solche Allianzen.

Chávez unterhält zudem beste Beziehungen zum iranischen Präsidenten Ahmadinejad, der wiederholt die Vernichtung des Staates Israel gefordert und nicht zuletzt durch einen Holocaust-Karikaturenwettbewerb auf sich aufmerksam gemacht hat.

Den 2. Platz bei diesem Karikaturenwettbewerb belegte Carlos Latuff, ein brasilianischer Künstler der sich auf eine Gleichsetzung der israelischen Politik mit der Shoah spezialisiert hat. Dies ändert allerdings nichts daran, dass er nach wie

es keinen Anlass gebe, die Beziehungen zum Iran abzubrechen, da dieser „nichts Falsches“ getan habe.

Der Iran, Hizbollah und die AMIA

Diese Aussage kann man nur als zynisch bezeichnen angesichts der Tatsache, dass das Attentat auf das jüdische Gemeindezentrum von Buenos Aires AMIA² am 18. Juli 1994, bei dem 85 Menschen getötet und mehr als 300 verletzt wurden, von der damaligen iranischen Regierung in Auftrag gegeben worden war. Zu diesem Schluss kommt ein im Oktober 2006

erschienenen Gutachten der argentinischen Staatsanwaltschaft. Es hatte 12 Jahre gedauert, bis dieses Gutachten erschien, obwohl die örtliche jüdische Gemeinde und die Angehörigen der Opfer des Terroranschlages schon Jahre zuvor die Regierung des Irans und die Hizbollah als Verantwortliche für den Anschlag benannt hatten. Die Ermittlungen in dem Fall wurden allerdings erst unter der Regierung von Nestor Kirchner überhaupt in Angriff genommen. In dem Gutachten heißt es, der Anschlag sei ein Racheakt gegen Argentinien gewesen, da der damalige Präsident Carlos Menem im Jahr 1992 auf Druck der USA einen Vertrag über Lieferung von argentinischer Atomtechnologie an den Iran aufgekündigt hatte. In dem gleichen Kontext sei auch der Anschlag auf die Israelische Botschaft 1992 zu sehen, bei dem 22 Menschen ums Leben kamen.

Verschwörungsideologien und Solidaritätsbekundungen

Es wäre aber falsch anzunehmen, das Erscheinen des Gutachtens hätte bei linken Gruppen Betroffenheit ausgelöst oder zu einem Umdenken in der antiimperialistischen Freund-Feind-Logik geführt. Luis d'Elia von



Porno Hitler

der Piquetero³-Organisation Federación Tierra y Vivienda⁴ stütete der iranischen Botschaft in diesem Zusammenhang einen Solidaritätsbesuch ab und äußerte, der Fall AMIA sei ein Mittel zur Isolierung des Iran, die zum Ziel habe, eine „nordamerikanisch-israelische“ Militärfaktion gegen die islamische Republik zu er-



Demonstration in Buenos Aires

möglichen. Als Luis d'Elia daraufhin von seinem Posten als Vize-Staatssekretär für sozialen Wohnraum zurücktreten musste, sahen Vertreter der muslimischen Gemeinde die Ursache im „starken Druck durch die zionistische Lobby“, unter dem die Regierung Kirchner stehe. So verständlich ein Misstrauen gegenüber Regierungspolitik und -verlautbarungen in Argentinien sein mag, so finden sich hier doch stark verschwörungsideologisch und antisemitisch geprägte Erklärungsmuster.

Die eingangs erwähnte Gruppe Quebracho tat sich angesichts des Regierungsgutachtens zum Fall AMIA durch Demonstrationen vor der Israelischen Botschaft hervor, bei denen sie ebenfalls ihre „Solidarität mit dem palästinensischen und iranischen Volk“ zum Ausdruck brachten.

Im Januar diesen Jahres, zur Zeit des Gaza-Kriegs, erlebten die antisemitischen Attacken einen neuen Höhepunkt. So fand unter anderem im Geschäftsbezirk von Buenos Aires ein Escrache⁵ vor dem Hotel Intercontinental statt, das dem jüdischen Unternehmer Eduardo Elsztein galt. Muslimische und linke antiimperialistische Gruppen riefen gemeinsam zu einem weiteren Escrache gegen den Journalisten Samuel „Chiche“ Gelblung auf, dem sie vorwarfen ein „Sprecher des nach Menschenblut dürstenden Staates Israel“ zu sein.

Dass solche Angriffe unter anderem von einer Gruppe ausgehen, die sich selbst als patriotisch bezeichnet (Patriotische Revolutionäre Bewegung Quebracho), verwundert nicht weiter. Die Wahrnehmung von Jüdin-

nen und Juden als „fremd“⁶ und „Gefahr für Nation und Volksgemeinschaft“ ist weder ein neues noch ein spezifisch lateinamerikanisches Phänomen. Kritisiert werden muss es trotzdem immer wieder. Umso mehr, wenn es von Gruppen und Regierungen ausgeht, die mit ihrer Politik durchaus Sympathieträger und Projektionsfläche für europäische Linke sind.

- 1 Diese Basis-Organisation „für den sozialen Wandel“ nennt sich nach Darío Santillán. Darío Santillán und Maximiliano Kosteki sind am 26. Juni 2002 bei einer Piquetero-Großdemonstration von einem Polizisten erschossen worden.
- 2 Asociación Mutual Israelita Argentina
- 3 Piqueteros waren Arbeitslose, die sich – verstärkt nach dem argentinischen Staatsbankrott 2001 – organisierten und durch die Protestformen der Piquetes – der Blockade von wichtigen Verkehrswegen über längere Zeiträume hinweg – auf sich aufmerksam machten. Wenn sie schon die Warenproduktion nicht lahmlegen konnten, so doch zumindest die Warenzirkulation.
- 4 Verband für Land und Wohnraum
- 5 Aktionsform, die im Kontext der Proteste gegen die Straflosigkeit für die Täter der Militärdiktatur entstanden ist. Sie besteht darin, an den Wohnorten der entsprechenden strafflos lebenden Folterer zu demonstrieren, die Häuser zu markieren und die Nachbarschaft aufmerksam zu machen.
- 6 So haben auch die Vertreter der jüdischen Organisationen AMIA und DAIA vergeblich immer wieder darauf hingewiesen, dass diese Anschläge auf Einrichtungen und Personen als Angriff auf die gesamte argentinische Gesellschaft verstanden werden müssten.

Verdammt lang her

„Aufbruch nach Nicaragua“,
Deutsch-deutsche Solidarität im Systemwettstreit, Erika Harzer,
Willi Volks, März 2008



[ea] Überraschung und leichtes Erschrecken stellen sich ein, wenn man dieses Buch aus dem Christoph Links Verlag liest. Überraschung weil

wir, die deutsche Solidaritätsbewegung mit Nicaragua, offensichtlich dabei sind in die Geschichte einzugehen und leichtes Erschrecken weil in den dargestellten Erinnerungen aus der Zeit vor 20, 25 Jahren Dinge wieder lebendig werden, die einem einmal wichtig waren und die man fast schon vergessen hatte. Im Mittelpunkt des Buches stehen zwei Themen, die heute unheimlich weit weg sind: die Faszination, die die sandinistische Revolution damals in weiten Teilen Deutschlands ausgelöst hat und die Tatsache, dass es damals zwei Deutschlands gab und dass die Solidaritätsbewegung mit Nicaragua auch im Osten Deutschlands, in der damaligen DDR, etwas ganz besonderes war.

Besonders diese Details zum Thema Solidaritätsbewegung in der DDR machen das Buch lesenswert. Damit ist

nicht die „offizielle“ Zusammenarbeit zwischen Nicaragua und der DDR gemeint: Krankenhaus Carlos Marx in Managua, polytechnisches Zentrum Ernst Thälmann in Jinotepe und die damals allgegenwärtigen LKWs der Marke IFA sind auch Nicaraguareisenden aus dem Westen ein Begriff gewesen. Gemeint sind die Erfahrungen von Willi Volks, Christoph Links u. a., die meist unter dem Schutzschild der evangelischen Kirche mühsam versuchten, individuelle solidarische Kontakte zu Gruppen in Nicaragua zu knüpfen. Dabei war auch das Ökumenische Büro als Mittler beteiligt, was ihm das Misstrauen der Stasi und Eintragungen in deren Akten einbrachte. Was uns heute lächerlich erscheint, konnte damals für die Gruppen in der DDR eine konkrete Bedrohung sein.

Erika Harzer, Willi Volks (Hg.): Aufbruch nach Nicaragua, Deutsch-deutsche Solidarität im Systemwettstreit, Christoph Links Verlag, Paperback, 248 Seiten, Euro 19,90 ISBN: 978-3-86153-525-6

Somos Viento Wir sind der Wind.

Globalisierte Bewegungswelten in Lateinamerika von
Georg Schön



[zp] „Aquí estamos. Somos Viento – Hier sind wir. Wir sind der Wind“ steht für die Strategie der Zapatist_innen im lakadonischen Urwald,

sowohl lokal als auch intergalaktisch zu mobilisieren. Die Idee, sich als Teil einer weltweiten globalisierungskritischen Bewegung lokal zu verankern und in Bezug auf einen globalen Horizont zu handeln, ist für den Autor des Buches, Georg Schön, paradigmatisch für das Selbstverständnis derzeitiger sozialer Bewegungen in Lateinamerika. Aus der Perspektive der interdisziplinären Bewegungsforschung untersucht er die Themen, Aktions- und Organisationsformen von sozialen Bewegungen und möchte mit seinem Buch nicht weniger als einen methodischen Werkzeugkasten zur Erforschung der aktuellen sozialen und politischen Prozesse in Lateinamerika bereitstellen. Dabei beleuchtet er aus unterschiedlichen methodischen Perspektiven ökologische und kulturelle Verteilungskämpfe, indigene Bewegungen, Sozialforen

und soziale Netzwerke sowie die Bedeutung von neuen Informations- und Kommunikationstechnologien für die Organisierung und Mobilisierung sozialer Proteste. Gut ist, dass sich der Autor im Rahmen einer kritischen *Action Anthropology* selbst als parteiisch auf Seiten der sozialen Bewegungen verortet. Bisweilen liest sich das Buch etwas schwerfällig. Thematisch und inhaltlich spannend, eignet es sich aber hervorragend, um einen Einblick in die aktuelle Bewegungsforschung und die Organisations- und Vorgehensweise von sozialen Bewegungen in Lateinamerika zu bekommen.

Georg Schön: Somos Viento. Wir sind der Wind. Globalisierte Bewegungswelten in Lateinamerika. Unrast Verlag. Paperback. 192 Seiten. Euro 16,00. ISBN 978-3-89771-033-7

Morgens Nahrungsmittel verteilen, mittags bombardieren und abends eine Schule aufbauen

Interview mit Jürgen Wagner zur Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit

Jürgen Wagner von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) aus Tübingen stellte am 5. Juni im Rahmen der Veranstaltungsreihe La Mirada Distinta seine Studie „Mit Sicherheit keine Entwicklung! Die Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit“ vor. Organisiert wurde diese Veranstaltung vom neu gegründeten EU-Arbeitskreis des Öku-Büros zur Vorbereitung auf das im Herbst stattfindende Seminar zur EU-Außenpolitik „Macht[T]raum EU – Freihandel, Entwicklungs-



Jürgen Wagner

politik, Militarisierung, Migration“ (siehe Anzeige letzte Seite). Das Interview mit Jürgen Wagner fand im Kontext dieser Veranstaltung statt, die Fragen stellte der EU-Arbeitskreis.

Frage: Der Titel einer Studie von dir aus dem Jahr 2008 lautet „Mit Sicherheit keine Entwicklung. Die Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit“. Kannst du uns etwas über die Zusammenhänge von Entwicklungspolitik und Sicherheitspolitik erzählen?

Nun, während des Kalten Krieges war es anfangs so, dass zwischen Entwicklungs- und Sicherheitspolitik kaum differenziert wurde, beide sollten auf die Durchsetzung der Interessen der westlichen Länder abzielen. Selbst Rüstungslieferungen wurden stets als Beitrag zur Entwicklungshilfe bezeichnet. Ab den 1960er Jahren geriet diese unterschiedlose Vermengung jedoch verstärkt in die Kritik und es entstand langsam ein Konsens, dass Sicherheitspolitik und Entwicklungshilfe strikt voneinander getrennt und Letztere – zumindest formal – ausschließlich auf die unmittelbare Armutsbekämpfung fokussiert sein sollte.

Zudem versprachen die im OECD-Entwicklungsausschuss (OECD-DAC) versammelten wichtigsten Geberländer bereits mit UN-Resolution 2626 vom 24. Oktober 1970 künftig 0,7 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Entwicklungshilfe aufzuwenden. Für diese „Official Development Assistance“ (ODA) wurden Kriterien aufgestellt, welche Ausgaben hierunter fallen: militärrelevante Ausgaben wurden strikt ausgeklammert und festgelegt, dass Gelder unmittelbar der Armutsbekämpfung dienen müssen, um als ODA abgerechnet und so als Beitrag zur Erfüllung des 0,7 Prozent-Versprechens deklariert werden zu können.

Was ich nun in letzter Zeit festgestellt und in meiner Studie ausführlich beschrieben habe, ist, dass diese zumindest auf dem Papier existierende strikte Trennung zwischen Sicherheits- und Entwicklungspolitik in den letzten Jahren wieder extrem erodiert.

Wie wird dies begründet?

Also ganz verkürzt gesagt wird dabei folgendermaßen argumentiert: Gewalttätige Konflikte in Ländern der sog. Dritten Welt würden zum Zusam-

menbruch von Staaten („failed states“) führen. Dies wiederum verhindere westliche Investitionen und eine Integration in den Weltmarkt, die wiederum die notwendige Bedingung für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung seien.

Mehr oder weniger elegant werden so Kriegseinsätze zu einem entwicklungspolitischen Projekt umdefiniert. Denn aus diesem Konstrukt wird wiederum abgeleitet, dass die (militärische) Stabilisierung sog. gescheiterter Staaten die Vorbedingung für Entwicklung sei und demzufolge die prioritäre Aufgabe nicht nur der Sicherheits-, sondern eben auch der Entwicklungspolitik darstellen müsse.

Teilst Du diese Analyse?

Ich habe ein extremes Problem mit dieser Argumentationskette: Sie basiert auf der Annahme, Gewaltkonflikte in der sog. Dritten Welt seien primär auf Binnenfaktoren zurückzuführen (habgierige Warlords, ethnische Konflikte, etc.), es bedürfe demzufolge westlicher „aufgeklärter“ Interventionen, um diese Staaten aus ihren angeblich selbstverschuldeten Konflikten zu befreien. Das ist schlicht falsch. Der Westen trägt etwa über seine Rüstungsexporte eine maßgebliche Verantwortung für diese Konflikte. Vor allem aber die Auswirkungen des neoliberalen Weltwirtschaftssystems, das zu einer massiven Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung geführt hat, sind hier zu nennen. Denn in der Kriegsursachenforschung ist mittlerweile nahezu unstrittig, dass Armut der bei weitem wichtigste Faktor für die gewaltsame Eskalation von Konflikten in der sog. Dritten Welt darstellt. Da aber von westlicher Seite keinerlei Bereitschaft existiert, an den Spielregeln der herrschenden Wirtschaftsordnung mitsamt ihren Ausbeutungsmechanismen etwas zu ändern, wird

der Rückgriff auf das Militär erforderlich, um den Dampfkessel der Globalisierungskonflikte unter Kontrolle halten zu können. Da im Zuge solcher „Stabilisierungseinsätze“ letztendlich neoliberale „Reformen“ mit vorgehaltener Pistole aufoktroiert werden, wird damit aber lediglich der Kreislauf aus Armut, hieraus resultierenden Konflikten und schließlich westlichen Militärinterventionen zur Absicherung der bestehenden Hierarchie- und Ausbeutungsverhältnisse perpetuiert.

Ein aktuelles Beispiel, wie die Kausalkette zwischen neoliberalen „Reformen“, Verarmung der Bevölkerung, gewaltsamen Konflikten und westlichen Militärinterventionen funktioniert, ist die Pirateriebekämpfung am Horn von Afrika: Als Somalia in den 1980er Jahren in die Schuldenkrise geriet und durch Strukturanpassungsprogramme des IWF zur Übernahme neoliberaler Politiken gezwungen wurde, brach der Staat in der Folge zusammen. Staatsangestellte konnten nicht mehr entlohnt werden, weshalb u.a. die Küstenwache entlassen wurde. Dies hatte zur Folge, dass europäische Fischfangflotten die Region leerfischten und den somalischen Fischern die Lebensgrundlage entzogen. Aus diesen zwei Gruppen – ehemalige Angestell-

europäische Union („ATALANTA“) jüngst Kriegsschiffe in die Region, um das Problem wortwörtlich zu bekämpfen.

Militärischer Stabilitätsexport ist aus meiner Sicht also vielmehr die notwendige Bedingung, um die herrschenden Armutszustände aufrecht zu erhalten und nicht – wie man uns gerne weismachen möchte – eine Vorstufe, um sie zu bekämpfen. Umso trauriger ist es, dass sich mittlerweile auch große Teile der Entwicklungspolitik vor den Karren der neuen „Stabilisierungseinsätze“ spannen lassen. Sowohl der Ende 2006 verabschiedete „Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik“ als auch der OECD-Entwicklungshilfesausschuss haben mittlerweile beschlossen, die Unterstützung des „Stabilitätsexports“ sei eine der vorrangigsten Aufgaben der Entwicklungspolitik. Zwei Autoren des *Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik* (DIE) haben den herrschenden Konsens folgendermaßen treffend zusammengefasst: „‘Keine Entwicklung ohne Sicherheit’ wird immer mehr zu einem entwicklungspolitischen Paradigma, das neue Handlungsweisen in der Entwicklungspolitik erforderlich macht.“ Hierdurch ist der Argumentationsteppich ausgebreitet, mit dem die Unterstützung militärischer „Stabilisie-

relevante Ausgaben ODA-anrechenbar zu machen. Darunter fallen mittlerweile etwa Ausgaben zur Sicherheitssektorreform, also die Finanzierung und Unterstützung des Aufbaus staatlicher Repressionsorgane in Ländern der Dritten Welt.

So wurde beispielsweise im Rahmen „sicherheitspolitischer Beratung“ in Armenien und Aserbaidschan die Erstellung neuer nationaler Sicherheitskonzepte mit jeweils 1 Mio. Euro aus dem deutschen BMZ-Haushalt unterstützt und als ODA abgerechnet. Da die Weißbücher unter anderem die Annäherung an die NATO befördern sollten, ist es kein Wunder, dass sich die durchführende *Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit* (GTZ) dabei eng mit dem NATO-Vertreter vor Ort abstimmt. Auch die Kosten für die Ausbildung der afghanischen Polizei stammen aus dem deutschen Entwicklungshaushalt (Einzelplan 23). Im EU-Rahmen wurden mittlerweile ebenfalls zahlreiche Maßnahmen zur Sicherheitssektorreform gestartet. Dabei wird u. a. bei der mit Entwicklungshilfegeldern finanzierten EU-Mission EUPOL RD Congo (vormals: EUPOL Kinshasa) der Aufbau paramilitärischer „Integrierter Polizeieinheiten“ überwacht und angeleitet, die wiederholt durch überaus brutales Vorgehen gegen die Zivilgesellschaft auffielen und damit die Regierung Joseph Kabilas absichern, der sich gegenüber europäischen Wirtschaftsinteressen stets sehr aufgeschlossen gezeigt hat und deshalb von Brüssel unterstützt wird. Doch auf dem Wunschzettel des Militärs stehen noch ganz andere Dinge: Ex-NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer forderte sogar, die direkte Lieferung von Militärkomponenten ODA-anrechenbar zu machen – Rüstungsexport mit Entwicklungsknete sozusagen.

Darüber hinaus wurde bereits mit der direkten Finanzierung von Militärinterventionen aus Entwicklungshilfepföpfen begonnen. Seit 2004 existiert die mit Geldern des Europäischen Entwicklungsfonds finanzierte „African Peace Facility“ der EU. Sie bezahlt den Großteil der Militäreinsätze der Afrikanischen Union, bis etwa Ende 2007 320 Mio. Euro für den Einsatz im Sudan (AMIS). Für die



Selbstgemachte Piraten?

te der Küstenwache und verarmte Fischer – setzt sich ein Großteil der nun in den Blick der Öffentlichkeit geratenen Piraten zusammen, die am Horn von Afrika Schiffe aufbringen (und damit aus westlicher Sicht den freien Warenverkehr gefährden). Anstatt aber die Ursachen des Phänomens anzugehen, entsandten die NATO („Allied Provider“) und die Eu-

rungsmaßnahmen“ als Armutsbekämpfung umdeklariert und so auch eine Querfinanzierung derartiger Maßnahmen legitimiert werden kann.

Kannst Du hierfür einige Beispiele nennen?

Der Dammbbruch erfolgte auf den OECD-DAC-Treffen in den Jahren 2004 und 2005. Dort wurde beschlossen, erstmals auch sicherheits-

Jahre 2008 bis 2010 sind erneut 300 Mio. Euro eingestellt. Bislang sind diese Gelder noch nicht ODA-anrechenbar, doch die EU-Kommission fordert genau dies immer wieder.

Die derzeitige Kerndebatte ist jedoch, ob künftig westliche Militäreinsätze – wir erinnern uns: „Ohne Sicherheit keine Entwicklung“ lautet die Devise – als ODA angerechnet werden können. Sollte dies geschehen, hätte dies eine sprunghafte Erhöhung der weltweiten Entwicklungshilfe zur Folge, Schätzungen zufolge für Deutschland wohl um etwa 25 Prozent, ohne dass damit auch nur ein Cent mehr in die Armutsbekämpfung investiert würde. Österreich hat nun genau dies für seinen Kostenanteil des EU-Einsatzes im Tschad (EUFOR Chad/RCA) beantragt. Eine endgültige Entscheidung steht diesbezüglich noch aus, es ist aber klar, dass zahlreiche Länder dem österreichischen Beispiel folgen dürften, sollte dies ermöglicht werden.

In Zeiten knapper Kassen tut sich hier für die Militaristen eine wunderbare Möglichkeit auf, Rüstungsausgaben querzufinanzieren. Geradezu entlarvend sind hier die Aussagen des CDU-Haushaltspolitikers Ole Schröder: „Missionen wie zum Beispiel in Nordafghanistan und im Kongo sind eindeutig Entwicklungshilfe.“ Durch eine Finanzierung solcher „humanitärer Missionen“ aus dem Entwicklungshilfe-Etat könne der Wehretat „in Millionenhöhe entlastet“ werden.

Ist es politisch nicht eher kontraproduktiv eine „Militarisierung der Entwicklungspolitik“ anzuprangern? Suggestiert eine solche These nicht eine vermeintlich gute Entwicklungshilfe, die jetzt militarisiert, also böse, wird?

Das ist eine wichtige Frage: Ich sage nicht, dass die Entwicklungshilfe unproblematisch ist, das ist sie sicher nicht und häufig verursacht sie – absichtlich oder unabsichtlich, lasse ich mal dahingestellt – eine Perpetuierung bestehender Ungleichheit. Aber ich finde in jedem Fall, dass es einen graduellen Unterschied zwischen einer Finanzierung fragwürdiger Projekte aus dem Entwicklungshaushalt und einer Bezuschussung von Militäreinsätzen gibt. Ebenso finde ich es absolut

richtig, diese skandalöse Querfinanzierung scharf zu kritisieren und abzulehnen.

Allerdings darf man bei dieser Kritik auf keinen Fall stehen bleiben.



Zivil militärische Zusammenarbeit

Denn unbestreitbar hat die Entwicklungshilfe – wenn überhaupt – zu wenig zur Armutsbekämpfung beigetragen. Doch selbst wenn die Entwicklungshilfe gut gemeint und gut gemacht würde, sollte man sich keinerlei Illusionen über die Reichweite und Relevanz der diesbezüglichen Möglichkeiten hingeben: Im Vergleich zum Weltwirtschaftssystem hat Entwicklungshilfe nur marginalen Einfluss. Deshalb stellt sich die fundamentale Frage, ob angesichts der Tatsache, dass es schlicht unmöglich ist, die negativen Auswirkungen der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung vor Ort in größerem Maße abzumildern zu können, nicht das Problem radikal an der Wurzel angepackt werden müsste und hierauf sämtliche Anstrengungen konzentriert werden sollten. Dies würde aber eine systemkritische Fokussierung der Entwicklungspolitik erfordern, die es sich zur Hauptaufgabe macht, den im Norden liegenden Armutsursachen durch eine Veränderung der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung entgegenzuarbeiten.

Hierzu sehe ich aber leider nur in wenigen Organisationen die Bereitschaft, würde es doch bedeuten, sich mit der herrschenden Politik ernsthaft anlegen zu müssen. Darüber hinaus sind die derzeit ablaufenden Querfinanzierungen nur die Spitze des Eisbergs. Denn Entwicklungshilfe, aber auch andere zivile Akteure, werden in den letzten Jahren über die zivil-militärische Zusammenarbeit (CIMIC)

immer stärker für die Absicherung der neoliberalen Ausbeutungsverhältnisse herangezogen.

Wird durch diese zivil-militärische Kooperation offensichtlicher,

dass Entwicklungshilfe ein verlängerter Arm deutscher Außenpolitik ist?

In jedem Fall zielen die Sicherheitspolitiker auf eine maximale Instrumentalisierung ziviler Akteure für ihre Interessenspolitik ab. Der Bedarf hierzu ergibt sich aus deren Sicht aus der Erkenntnis, dass künftig der dauerhaften „Stabilisierung“ (Kontrolle) eine ebenso große Bedeutung zukommt wie dem eigentlichen militärischen Sieg, wie u. a. die katastrophale Lage in Afghanistan und im Irak zeigt. Hierfür benötigt es aber Kapazitäten, die nur bei zivilen Akteuren, nicht im Militär vorhanden sind, weshalb unter dem Deckmantel der so genannten zivil-militärischen Zusammenarbeit Strukturen zur Effektivierung westlicher Besatzungsregime aufgebaut werden: „Staatliches Handeln bei der Sicherheitsvorsorge wird künftig eine noch engere Integration politischer, militärischer, entwicklungspolitischer wirtschaftlicher, humanitärer, polizeilicher und nachrichtendienstlicher Instrumente der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung voraussetzen“ wie es das Bundeswehr-Weißbuch formuliert.

Im großen Stil wird dies erstmals beim NATO-Krieg in Afghanistan erprobt. Was man sich darunter vorstellen hat, erläutert Daniel Fried, Ex-US-Staatssekretär für europäische und eurasische Angelegenheiten im amerikanischen Außenministerium: „Viele der neuen Kapazitäten werden gegenwärtig in Afghanistan getestet –

dort lernen wir auch, wie zivile und militärische Anstrengungen besser integriert werden können. Mit jedem Monat lernen wir mehr darüber, was im 21. Jahrhundert für eine Aufstandsbekämpfung erforderlich ist – ein kombinierter zivil-militärischer Ansatz, bei dem Soldaten Seite an Seite mit Entwicklungshelfern, Diplomaten und Polizeitrainern agieren.“

Konkret funktioniert dies in Afghanistan über 26 „Regionale



Kollaboratöre der Besatzer?

Wiederaufbauteams“ (PRTs), Einheiten, die sich sowohl aus Militärs als auch Zivilisten zusammensetzen. Dementsprechend umfasst ihr Auftrag nicht nur die Herstellung eines „sicheren Umfelds“, sondern auch Wiederaufbaumaßnahmen. Überspitzt formuliert können diese PRTs, von denen Deutschland zwei kommandiert, in einem Gebiet morgens Nahrungsmittel verteilen, mittags bombardieren und abends eine Schule aufbauen. Ein Beitrag im Small Wars Journal mit dem bezeichnenden Titel „Die Integration von Spezialeinheiten und USAID in Afghanistan“ beschreibt präzise, auf welche Weise die US-Entwicklungshilfeagentur dort einen direkten Beitrag zur Aufstandsbekämpfung leistet. Sie vergibt gezielt Gelder als „Belohnung für Gemeinden, die Aufständische hinausgeworfen haben“ und zur „Stärkung der örtlichen Bereitschaft und der Fähigkeiten, sich den Aufständischen zu widersetzen.“ Weiter gehe es für USAID darum, die „Aufständischen von der Bevölkerung zu isolieren“. Der Beitrag endet folgerichtig mit dem Fazit: „Die Entwicklungshilfeagenturen müssen die Samthandschuhe ausziehen.“ Auch deutsche zivile Akteure sind in diese Prozesse involviert. Ca-

ritas International hat das in einem Positionspapier deshalb scharf kritisiert, dass „die Ausschüttung der Hilfsgelder nicht an den tatsächlichen Hilfsbedarf gekoppelt ist, sondern sich vielmehr an der Aufstandsbekämpfung orientiert.“

Aufgrund des hiermit einhergehenden Verlustes der politischen Neutralität lehnt die überwiegende Mehrheit der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) diese Zusammenar-

beit mit dem Militär – bislang noch – kategorisch ab. Dennoch sind sie nicht mehr in der Lage, sich glaubhaft abzugrenzen, da das Militär – bewusst und erfolgreich – den Eindruck erweckt, Wiederaufbau und Militär seien untrennbar miteinander verwoben. Vor diesem Hintergrund werden alle zivilen Akteure in den Augen des afghanischen Widerstandes zu Kollaborateuren der Besatzer und damit zu legitimen Anschlagzielen. Die Folge ist, dass sich laut dem Afghanistan NGO Safety Office (ANSO) die bewaffneten Angriffe auf NGO-Mitarbeiter im letzten Jahr verdoppelt haben. Das ANSO führt diese Entwicklung vor allem auf den Verlust der politischen Neutralität zurück und prognostiziert eine weitere Verschlechterung der Lage.

Welchen Einfluss haben diese Angriffe auf Mitarbeiter_innen ziviler Organisationen auf das Verhältnis dieser Organisationen zu zivil-militärischen Kooperationen?

Schon jetzt haben sich zahlreiche Organisationen explizit mit der Begründung, CIMIC verunmögliche ihnen den Verbleib, aus Afghanistan zurückgezogen, u.a. Ärzte ohne Grenzen und die Welthungerhilfe. In diesem Kontext veröffentlichte der Verband

Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) in einem im Januar 2009 veröffentlichten Papier eine vernichtende Kritik an der zivil-militärischen Zusammenarbeit. Er äußerte darin aber gleichzeitig auch die Befürchtung, dass die zivil-militärische Zusammenarbeit künftig von Afghanistan „auf andere Konflikt- beziehungsweise Post-Konfliktszenarien übertragen wird.“ Genau in diese Richtung gehen die Vorschläge der der Bundesregierung zurarbeitenden Stiftung Wissenschaft und Politik in einer Studie mit dem bezeichnenden Titel „Aufstandsbekämpfung als Auftrag“. Dort plädiert die Denkfabrik für die Bildung einer strategischen Planungseinheit im Auswärtigen Amt: „Mit Hilfe dieser Planungseinheit ließe sich kontinuierlich eine gemeinsame zivil-militärische Strategie für alle laufenden Auslandseinsätze erarbeiten und realisieren.“ Und: „Es sollte generell erwogen werden, das Personal der mit Auslandseinsätzen befassten zivilen Ministerien für die Dauer der Einsätze in die Strukturen des Verteidigungsministeriums einzugliedern.“

Ich habe es bereits erwähnt und möchte es noch mal deutlich sagen: die meisten Nichtregierungsorganisationen lehnen CIMIC derzeit ab (bei zivilen staatlichen Akteuren stellt sich dies natürlich anders dar). Doch da staatliche Gelder einen großen Anteil an den Haushalten vieler NGOs ausmachen, steht zu befürchten, dass hierüber vermehrt Druck auf sie ausgeübt werden wird, auf den zivil-militärischen Zug aufzuspringen und die Kritik einzustellen.

Es geht dabei um Jobs und Existenzen, der hierdurch erzeugte Anpassungsdruck dürfte immens werden, ein Einknicken bislang noch überwiegend kritischer Positionen zur zivil-militärischen Zusammenarbeit steht somit zu befürchten. Sollte dies geschehen, würde die Entwicklungshilfe noch mehr zu einem integralen Bestandteil des westlichen Imperialismus werden als dies ohnehin bereits der Fall ist, eine Entwicklung, der mit aller Schärfe entgegengetreten werden muss.

Die BUKO braucht Geld

Die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) ist ein unabhängiger Dachverband, dem über 120 Dritte-Welt-Gruppen, entwicklungspolitische Organisationen, internationalistische Initiativen, Solidaritätsgruppen, Läden, Kampagnen und Zeitschriftenprojekte angehören. Der Ursprung der BUKO lag in den Solidaritätsbewegungen mit den Befreiungskämpfen im Süden. Seit geraumer Zeit ist auch das Öku-Büro Mitgliedsgruppe in der BUKO.

Der seit 1977 stattfindende Bundeskongress der BUKO ist für die Linke in der Bundesrepublik zu einer Institution geworden. Gedankenaustausch, Vernetzung und Verständigung über internationalistische, linke Politik und Aktion stehen hier im Vordergrund.

Was auf dem Spiel steht:

Die gute Nachricht gleich vorweg: Die BUKO braucht keine Milliarden Steuergelder, um das System zu retten, der BUKO reichen 30.000 €, damit sie weiterhin die Fragen nach den Ursachen der Krise stellen und Alternativen sichtbar machen kann. Die schlechte Nachricht: Diese 30.000 € brauchen wir wirklich. Kein Spaß! Wir meinen es Ernst. Es geht um die Existenz der BUKO ...

Spendenkonto:

Verein zur Förderung entwicklungspädagogischer Zusammenarbeit

Ev. Darlehensgenossenschaft Kiel

BLZ 210 602 37, Kto.: 234 389

www.buko.info oder www.buko-braucht-kohle.de



Lateinamerika aus anderer Sicht



ila

Die kritische
Monatszeitschrift
zu Lateinamerika

Wir lassen kein Thema aus:

Schwerpunkthemen der ila 2008: Paraguay, Biodiversität, EU-Lateinamerika, Bolivien, Indigene und schwarze Bewegungen, Ciudad Juarez - Gesichter einer Metropole, Linke Regierungen in Südamerika, Wahrheitskommissionen, Tod und Totenkult, Kolumbien; **2007:** Agrotreibstoffe, Lesben/Schwule/Transgender, USA-Mexiko, Wer kontrolliert die Medien?, Jung sein in Lateinamerika, Holz-Zellulose-Papier, Ecuador; **2006:** Kino, Wasser ist keine Ware, Mexiko, Peru, China und Lateinamerika, Cuba; **2005:** Uruguay, Dominikanische Republik, Latinokultur in Deutschland, Caracas - Gesichter einer Metropole, Globalisierung und Stadtentwicklung, Landlosenbewegungen, Frauenmorde in Mexiko und Mittelamerika, Afrika & Lateinamerika; **2004:** Energie, Kunst und Krise, Musikszene Karibik, Argentinien, Nueva York - Gesichter einer Metropole; **2003:** Musik von Frauen, Welthandelsorganisation WTO, Zucker, Transnationale Konzerne und Menschenrechte, Karibik, 100 Jahre Panama, Frauenleben u.v.m.

www.ila-web.de

ila, Heerstraße 205, 53111 Bonn, Tel. 0228/65 86 13, Fax 0228/63 12 26, ila@ila-bonn.de



MachtTraum EU

**Freihandel, Entwicklungspolitik, Militarisierung, Migration
Seminar zur Außenpolitik der EU**

20. – 22. Nov. 2009 | Grafath bei München
Teilnehmer_innen Beitrag: 30 EURO
Fahrtkosten können teilweise erstattet werden
Kinderbetreuung wird bei Bedarf organisiert

Weitere Infos unter: www.oeku-buero.de
Referent_innen, Programm & weitere Infos ab September
Anmeldung & Fragen ab sofort unter: eu@oeku-buero.de

Ökumenisches Büro e.V.: www.oeku-buero.de
Bundeskoordination Internationalismus: www.buko.info



Mit dem Flugdienst zum Faulenzen

Flugdienst des
Ökumenischen Büros
für Frieden und Gerechtigkeit e.V.
Gustav-Otto-Bogen 19
80997 München
Tel.: 089 - 89 22 49 61
Fax: 089 - 89 22 49 62
e-mail: flug@oeku-buero.de
homepage: www.oeku-buero.de/flug

